

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat...

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Die Massentstreikdebatte.

H. St. Jena, 16. September.

Wenn es noch des Beweises bedürft hätte, daß eine Diskussion des Massentstreiks keineswegs Zeitverwässerung oder Übung in „revolutionärer Phrasologie“ bedeutet...

Auch wir betrachten den politischen Massentstreik wahrhaftig nicht als das politische Allheilmittel, als die unübersteigliche Springwurzel, die uns die eburnen Pforten der Zukunft mit einem Schlagsperrenangelweit aufzusprengen vermöchte...

Sicherlich gehören zur möglichst erfolgreichen Durchführung des politischen Massentstreiks die denkbar besten, solidesten Organisationen, die diszipliniertesten Mitglieder...

Die Instanzen und ihre Tüchtigkeit in allen Ehren, aber befohlen, dekretiert werden kann nun einmal der Massentstreik nicht, sondern nur ein genügend vorbereitetes Geschlecht kann im rechten Augenblick die notwendige Energie zur energiegelassen Tat aufbringen.

Singu kommt aber noch ein gewichtiges Moment. Man soll über den Massentstreik nicht sprechen, man soll ihn nicht propagieren, sondern man soll ihn getrost dem politischen Takte des Parteivorstandes und der Generalkommission überlassen...

Es gibt gar mannigfache Nuancen in der Bewertung des politischen Massentstreiks. Viele Genossen betrachten ihn als Mittel der Abwehr, gegen Attentate auf das Koalitionsrecht...

mit der allzu simplen Problemstellung: zur Abwehr ist der Massentstreik gut, zum Angriff dagegen vom Uebel, kommt man in der vielgestaltigen, verzwickten Praxis des politischen Kampfes wirklich nicht allzu weit.

Deshalb war es, wir wiederholen es, ein Verdienst des dritten Jenaer Parteitages, die Massentstreikfrage wieder einmal aufzurollen. Mögen die Gegner tausendmal erfahren, was sie sicherlich auch ohnehin wußten, daß wir heute oder morgen nicht zum Massentstreik greifen werden und können...

Wer selbst nicht ungewöhnliche Leistungen zu produzieren vermag, sollte doch gerechterweise auch von anderen nicht gerade Uebermenschliches verlangen! Und wer polemische Insinuationen anderer Personen rügt, sollte seine eigenen Ausführungen doppelt sachlich zu halten bemüht sein!

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Inhalt der in der Debatte zum Ausdruck gebrachten heberseitigen Anschauungen im einzelnen wiederzugeben. Dazu lese man den Bericht selbst nach. Nur das sei im kurzen gesagt, daß sich in den Reden der Luxemburg und Bauer gewissermaßen die Gegenpole in schärfster Ausprägung gegenüberstanden. Genossin Luxemburg vertrat hier die Richtung der Partei, die die Gegenwartsfolge...

Es war daher hocherfreulich, daß neben anderen Rednern namentlich auch Genosse Frank sich nicht nur gegen das Schweigegebot in Sachen des Massentstreiks wendete, sondern vor allen Dingen auch gegen jene „konserbative Phrasologie“, die Genosse Bauer der vermeintlichen revolutionären Phrasologie entgegenzusetzen zu müssen geglaubt hatte.

Die Massentstreikdebatte fand in später Stunde ihren Abschluß mit der Annahme der Resolution des Parteivorstandes mit 335 gegen 142 Stimmen. Auch die Befürworter des Massentstreikes konnten an sich mit der Annahme dieser Resolution vollauf zufrieden sein, wenn nicht die Reden so mancher Genossen, namentlich manches Gewerkschaftsführers, einen so eigenartigen Kommentar der Resolution gebildet hätten.

der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes um die Erringung des gleichen Wahlrechts für Preußen. Wer indessen die Reden von Bauer und anderen gehört hat, dem wird die durch die Resolution ausgesprochene Entschlossenheit zur Anwendung des Massentstreiks nicht allzu glaubhaft erscheinen. Freilich saßen sich verschiedene Gewerkschaftsführer, wie zum Beispiel Genosse Silberschmidt, veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß sie entschieden hinter den durch die neue Resolution bekräftigten Beschlüssen von Jena und Mannheim ständen...

In der Debatte kreuzten noch einmal die Anreger der Massentstreikdiskussion die Rängen mit denjenigen, die eine Erörterung der Frage für überflüssig hielten. Dann erhielt Scheidemann das Schlusswort. Er rechnete vornehmlich mit der Genossin Luxemburg ab; weniger mit ihren Ausführungen auf dem Parteitag, als mit dem, was sie vorher gesagt und geschrieben. Mit dem ihm eigenen polemischen Geschick charakterisierte er sie als Parteischulmeisterin, die besser täte, ihre Selbstherrlichkeit ein klein wenig einzudämmen.

Es war auch wiederholt davon die Rede, daß die Befürworter des politischen Massentstreiks die Partei von der alibewährten Taktik abzudrängen versuchten. Die große Masse der betreffenden Genossen dürfte doch wohl von vornherein gegen einen solchen Verdacht gefeit sein. Die Gefahr aber, daß einzelne einen unheilvollen Einfluß ausüben könnten, ist für die deutsche Sozialdemokratie geradezu lächerlich gering.

Politische Uebersicht.

Großindustrielle Scharfmacher und Agrarier.

Der halbe Rückzug der Leiter des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf der vorgestrigen Delegiertenversammlung in Leipzig scheint bei den Strategen des Bundes der Landwirte die Befürchtung geweckt zu haben, daß das schöne Herzensbündnis zwischen industriellen Scharfmachern, Landbündlern und reichsdeutschen Mittelstandsrettern zur Verteuerung der nötigen Lebensmittel doch noch schließlich in die Brüche gehen könnte...

In einzelnen Fragen können und werden ja die Meinungen auseinandergehen; aber dieses Auseinandergehen macht ein Zusammenarbeiten in der Hauptsache nicht unmöglich. Wenn der Zentralverband erklärt hat, daß er einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelzölle und einem lückenlosen Zolltarife nicht zustimmen könne, so hat uns diese Erklärung weder überrascht noch enttäuscht. Es muß ihr gegenüber immer wieder daran erinnert werden, daß der Bund der Landwirte weder durch irgendwelche Beschlüsse noch in seiner Presse für die Erhöhung der Lebensmittelzölle Stimmung gemacht hat.







Partei sowie in den Bildungsausschuss sollen abordnen können. Auch der weitere Redner Minioia-Jurisch verlangte, daß die Parteigenossen ihre jugendlichen Söhne und Töchter der sozialdemokratischen Jugendorganisation zuführen und nicht bürgerlichen Jugendvereinen, in denen sie zu gelben Arbeitern und Streikbrechern erzogen werden.

Nachdem alle Abänderungsanträge abgelehnt wurden, gelangt die vereinbarte Resolution einstimmig zur Annahme.

Es spricht dann der Gewerkschaftssekretär des Gewerkschaftsbundes, Duggler, über

#### Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung.

Der Referent geht zunächst auf die Ursachen der Krisen ein und auf die Folgen, unter denen außer der Arbeiterschaft auch noch viele andere weite Volksschichten leiden. Da von den herrschenden Klassen für die Arbeitslosenfürsorge nicht viel zu erwarten ist, erscheint die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge als eine Einrichtung von der höchsten Bedeutung. Ihrer Arbeitslosenfürsorge verdanken z. B. die Buchdrucker und Lithographen in der Hauptsache ihre großen Fortschritte und Erfolge. Darum müssen sich auch die Gewerkschaften, die die Arbeitslosenversicherung noch nicht haben, mit deren Einführung beschäftigen. Daneben sollen trotzdem die Arbeitervertreter in Gemeinden und Staat auf Maßnahmen zur Arbeitslosenfürsorge hinwirken. Für die Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge durch Gemeinde und Staat tritt bekanntlich auch der thurgauische Regierungsrat Dr. Hofmann ein. Mit dieser Hilfe könnten die Gewerkschaften eine höhere Arbeitslosenunterstützung ihren Mitgliedern zahlen. Auch ist dann die Gefahr für den Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung und die Förderung der Arbeitslosen nicht groß. Dagegen ist nicht zu übersehen, daß durch kommunale und staatliche Arbeitslosenfürsorge manche Arbeiter von dem Anschlag an die Gewerkschaften abgehalten werden könnten. Jedemfalls ist für alle Beteiligten das Geringere das Zweckmäßigere. Daneben sollen Gemeinde und Staat in Zeiten außerordentlich großer Arbeitslosigkeit besondere Fürsorgemaßnahmen treffen. Dann behandelte der Referent kurz die Arbeitsvermittlung, und zwar an Hand einer bezüglichen Sonderchrift des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, die zu dem Schlusse kommt, den kommunalen Arbeitsnachweis zu empfehlen, da der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis nicht jene große Bedeutung besitzt, die ihm vielfach in gewerkschaftlichen Kreisen beigelegt wird.

Schließlich empfahl der Referent die von ihm vorgelegten Thesen, namentlich im Sinne der Anregung jener Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenversicherung noch nicht haben, zu deren Einführung.

Metallarbeitersekretär Stabbe-Bern unterstützte den Referenten mit den guten Erfahrungen, welche der Metallarbeiterverband mit der Arbeitslosenunterstützung und mit seinen Unterstützungsvereinigungen gemacht hat.

Stadttrat Pflüger-Jurisch machte Mitteilungen über das Projekt der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Zürich. Der Stadttrat sieht eine städtische Arbeitslosenversicherung mit nach Lohnklassen abgetheilten Beiträgen und Unterstützungen und einem Beitrag von 50000 Frank pro Jahr aus der Stadtkasse, ferner die Subventionierung der Gewerkschaften bis zu 100 Proz. ihrer Unterstützung und zwei Drittel des Lohnes vor.

Kalenderbandspräsident Stauder-Büchli will das Hauptgewicht der Gewerkschaft auf die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse legen und die Sorge für die Arbeitslosen dem Staat und der Gemeinde überlassen, die dazu verpflichtet sind.

Gegen Stauder wandte sich ganz entschieden Grealich, der auch feststellte, daß die belgische Gewerkschaftsbewegung, namentlich in Gené, einen befriedigenden Stand hat. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung ist der kommunalen oder staatlichen vorzuziehen. Im übrigen unterstützt er die Anträge des Referenten.

In der weiteren Diskussion stellte Pflüger fest, daß in Belgien 134 000 Arbeiter freigewerkschaftlich und 90 000 christlich organisiert sind. Er wies auch auf die staatliche Subventionierung in Dänemark hin und bezeichnete die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung als die Schrittmaßlerin für Gemeinde und Staat auf diesem Gebiete.

Typographiesekretär Schlumpf-Bern warnt vor Vorhabe gegenüber der Inanspruchnahme staatlicher oder kommunaler Subventionierung.

Nach dem Schlusssatz Dugglers wurde die Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Als weitere neue Gäste wurden im Laufe des heutigen Vormittags gemeldet: Duggi-Lausanne vom romanischen Typographenbund, Barrio-Madrid (für die spanische Gewerkschaftszentrale) und Heisterbewer-Belgien vom belgischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Hier wird abgebrochen.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

### Scheidemann:

Genosse Liebknecht hat die Genossin Luxemburg noch übertrumpft. Sie hielt mich für einen ganz unwissenden Menschen, er aber sagte, ich sei ein ganz boshaftes Luder. (Heiterkeit.) Er will in mein Inneres geschaut und gesehen haben, daß ich innerlich ein Gegner des Massenstreiks bin. Ich bin aber nur ein Gegner unzeitigender Redereien über den Massenstreik. Ich stimme ganz mit Frank überein: Wir werden das gleiche Wahrscheinliche über den Massenstreik. (Sehr richtig!) Ich gehe noch weiter. Der Massenstreik ist für uns nicht nur Ehrenfrage, sondern eine gebietsweise politische Notwendigkeit. Das steht deutlich in unserer Resolution drin. Die Resolution 100 zeigt im Eingang breitfüßig auseinander, was früher schon in besserer Form beschlossen worden ist. Sie unterscheidet sich von den Resolutionen von Jena und Mannheim nur dadurch, daß sie den Parteivorstand und die Generalkommission als Faktoren bei der Proklamierung des Massenstreiks ausschaltet. Damit beweist sie deutlich, daß es auf die Inangriffnahme wilder Streiks und eine sozialistische Aktion hinauskommen soll. (Lebhafter Beifall.) Ja, Parteigenossen, wenn das nicht so gemeint ist, dann hat die Entscheidung des Parteivorstandes in der Jener Resolution überhaupt keinen Sinn. Die Resolution Luxemburg ist für diejenigen, die unsere alte bewährte Taktik weiter verfolgen wollen, absolut unannehmbar. (Lebhafter Beifall.) Unsere Resolution sagt ganz deutlich, daß der Massenstreik nicht nur Angriffe auf bestehende Volksrechte abwehren, sondern auch neue Volksrechte erobert soll. Sie betont, daß zu diesem Zweck ein unausgesetzter Kampf gegen das Massenwahlrecht notwendig ist, und der vierte Satz kann nur von demjenigen bestritten werden, die puristische Reigungen haben. Die Vermehrung gegen unbesetzte Streiks war angesichts der jüngsten Erörterungen durchaus notwendig. Auch die Betonung der vollkommenen Einigkeit aller Organisationen der Arbeiterbewegung als Voraussetzung des Massenstreiks muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Mit der vorgeschlagenen Resolution des Parteivorstandes wird der Parteitag der gegenwärtigen Situation gerecht. Es kann jeder für sie stimmen, dem es ernst damit ist, im gegebenen Augenblick zur Waffe des Generalstreiks zu greifen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Resolution bremst. Sie befähigt vielmehr unsere Kampfkraft.

Nun ist gesagt worden: wir brauchen eine neue Taktik, um die Massen mehr in Bewegung zu setzen. Diesen Wunsch wird jeder Parteigenosse freudig zustimmen. Aber durch bloße Redensarten und Vortäuscheln werden die Massen nicht in Bewegung gesetzt, sondern nur durch Tatkraft, die ihnen an die Riemen gehen. (Lebhafter Beifall.) Kurz bevor ich in den Saal

trat, wurde mir eine Nummer der Bremer „Bürgerzeitung“ in die Hand gedrückt, in der gefordert wird, daß wir im Reichstag aufzuweisende Reden halten und härtere Töne anschlagen sollen. Diese Mahnung kann an Ledebour, Liebknecht und mich wohl kaum gerichtet sein. (Heiterkeit.) Soweit ich meine Bescheidenheit überwinden kann, werde ich mir Mühe geben, entsprechend der Situation auch weitergehende Wünsche zu befriedigen. Auch Sie sollten sich das zur Notiz nehmen, Genosse Liebknecht! (Große Heiterkeit.) Wir wollen alles tun, um die Massen in Bewegung zu bringen und zu erhalten. Aber ich will hier einen Satz von Kautsky zitieren: „Ein gesunder Organismus kann nicht in ununterbrochener Erregung sein.“ (Sehr gut!) Das wollen wir uns gefälligst merken. Der Arbeiter will auch einmal schlafen, sich Frau und Kinder widmen und ruhig eine Zeitung lesen. Wir haben das Volk monatelang in Erregung gehalten und es war gar kein Wunder, daß es dabei schließlich müde geworden ist. Wir wollen kein unablässiges Handeln, keine Politik der Nervosität. Wir sind uns unserer eigenen Kraft bewußt, kennen aber auch die Macht unserer Gegner. Wir wollen kein Spiel mit dem Feuer. Wir wollen unser Pulver trocken halten, damit in dem Augenblick, wo es ernst wird, wir unsere Schuldigkeit tun können. Ein jeder wird wünschen, daß die Partei vorankommt. Wer aber das will, kann mit gutem Gewissen der Resolution des Parteivorstandes zustimmen, hinter der alle bei Massenbewegungen in Betracht kommenden Körperschaften des Proletariats stehen. (Beifall.)

### Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Liebknecht: Ich habe nicht gesagt, daß die Massenstreikdebatte unzeitigemäßig vom Jaun gebröchen ist. Ich habe dazulegen versucht, daß sie unumgänglich war und mit psychologischer Notwendigkeit aus der ganzen Situation heraus zum Ausdruck kommen mußte. Ich habe aber bedauert, daß die Debatte in eine unangünstige Zeit, nämlich die wirtschaftliche Depression gefallen ist. Ich habe auch Scheidemann nicht als boshaftes Luder bezeichnet. (Heiterkeit.) Ich habe nur aus der Art seiner Ausführungen geschlossen, daß obwohl sein Mund sich zum Generalstreik bekennt, sein Herz unterhalb der bewußten Schwelle den Generalstreik verweigert. Jetzt hat er aus der Schamade eine Fanfare gemacht, und ich kann meine Genugtuung darüber ausdrücken. (Heiterer Beifall.)

Ledebour: Scheidemann hat den Satz unserer Resolution: „Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden“ ganz falsch ausgelegt. Seine Auslegung enthält einen schweren Vorwurf gegen die Antragsteller, gegen den wir protestieren. Wir wollten mit dem Satz nur den Verdacht entkräften, als ob wir glaubten, daß ein Massenstreik künstlich herbeigeführt werden kann.

Klara Zetkin: Ich habe nicht gesagt, nur das Mitteilungsblatt trenne die Organisierten von den Unorganisierten. Ich habe vielmehr erklärt, daß die Krisis den Beweis dafür liefert, daß nicht eine feste Mauer, sondern nur ein dünnes Blättchen Papier Organisierte und Unorganisierte trennt, weil man sie durch die Handumdrehen durch die Kollage in Unorganisierte verwandelt werden. Ich hatte geglaubt, daß der Sinn meiner Ausführungen trotz der gebotenen Kürze ganz klar gewesen ist. Weder in Stuttgart habe ich die Partei- und Gewerkschaftsbeamten irgendwie heruntergesetzt, noch in der Versammlung in der „Neuen Welt“ mich irgendwie ungünstig über die Massen ausgesprochen. Wenn ich betont, daß angesichts des Herodes von der revolutionären Waffe des Generalstreiks die Durchdringung der Massen mit sozialistischer Erkenntnis notwendig ist, so bin ich heute davon um so mehr überzeugt, wo die Vertreter des Zentralverbandes der deutschen Industriellen beim schiffschen König ein Judasausgeiß gefordert haben und ihnen versprochen worden ist, man werde die Ziele des Zentralverbandes immer mit Tatkraft unterstützen.

Scheidemann: Ich habe bei dem, was ich zitierte, nicht an die Genossin Pettin gedacht. Ich habe absichtlich keinen Namen genannt, weil ich auf die ganzen Behauptungen nur durch einen der letzten Debatteredner gekommen bin und während der Rede der Genossin Pettin überhaupt nicht im Saal war. Wenn mir Ledebour den Vorwurf gemacht hat, daß ich mir meine Angriffe auf die Resolution 100 bis zum Schlusssatz aufgespart hätte, so irrt er sich. Als ich mein Referat hielt, lag diese Resolution noch gar nicht vor.

Es folgt die Abstimmung über die Resolution 100. Sie ist auf Antrag Duggi und Genossen namentlich. Das Resultat der Abstimmung wird das Bureau heute abend feststellen und morgen früh mitteilen. Nach der bisherigen nicht offiziellen Feststellung haben für diese Resolution 142 und gegen die Resolution 333 Delegierte gestimmt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch früh 9 Uhr verlagert.

### Resolution zu Punkt 4: Arbeitslosenfürsorge.

Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schnelle Maßnahmen zur Binderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf die sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen. Da nun die ständige und periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann eine dauernde Hilfe für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen nur durch entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung erreicht werden.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung kann vollständig nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die auf dem achten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 einstimmig angenommene Resolution vorschlägt gemäß dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Reichstages 1912 gestellten Antrage.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fördern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

In dem gestrigen Parteitagbericht ist in der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes durch ein Versehen die Wiedergabe der Ausführungen eines Redners unterblieben. Wir tragen sie im folgenden nach:

Clajus-Berlin II: Um den Stillstand in der Organisation entgegenzutreten, ist es notwendig, daß wir uns mehr auf den eigentlichen Grund und Boden jeder Organisation zurückbegeben, das ist die Familie, das heißt, wir müssen die Frauen und die Jugend für unsere Ideen gewinnen, müssen versuchen, überall Einrichtungen zu treffen, welche geeignet sind, die Proletariatsfrauen zum Sozialismus zu erziehen. Wenn der Mann im Berufs- und Kampftage unterliegt und Vorwissen in der Familie findet, wird das der Organisation zum großen Nutzen gereichen, und solche Fälle, wo Kinder gegen ihren eigenen Vater Streikbruch verüben, werden dann nicht mehr vorkommen. Als Mittel für Aufklärung der Frauen kommt in erster Linie die Einrichtung von Frauenleserunden und eine leichtverständliche Schreibweise der Parteipresse in Betracht. Unser Hauptaugenmerk müssen wir auf die Jugendbewegung richten und nicht in letzter Linie auf die Jugend über 18 Jahre, wo im wahren Sinne des Wortes das gefährliche Alter beginnt. Da müssen wir energisch eingreifen, Mittel bereitstellen und nicht den Spuren des Rastlers

folgen, der da meint, man könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen. Die erforderlichen Mittel werden reiche Früchte tragen: wer die Jugend und die Frauen gewinnt, der gewinnt die Zukunft.

## Aus der Partei.

### Unsere Kosten.

In Heidelberg starb in der Nacht zum Sonnabend ein alter Parteiveteran, der Genosse Fritz Lauber, im Alter von 75 Jahren. Seit 1877 war Lauber Mitglied der Partei, er gehörte zu denen, die mit unter dem Sozialistengesetz gekämpft haben. Von 1893—1899 gehörte Lauber dem Bürgerausschuß und von 1899 bis 1904 dem Stadtrat in Forzheim an. Seit 1904 wohnte Lauber in Heidelberg, wo er auch Mitglied des Bürgerausschusses war. Die Partei verliert in Lauber einen pflichterfüllten Genossen.

### Gemeindevahltag.

In Neuhammer, einem Orte im Oberlausitzer Wahlkreis Rostenburg-Hoherswerda, beteiligten sich unsere Genossen erstmalig an der Gemeindevereinerwahl. Sie hatten den Erfolg zu verzeichnen, daß sowohl in der 3. Abteilung als auch in der 2. Abteilung je ein Sozialdemokrat gewählt wurde.

## Soziales.

### Internationale Arbeiterkongress.

In Bern tagt augenblicklich die Internationale Arbeiterkongress, die sich mit gesetzlichen Vorschriften über das Verbot der industriellen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und über den Arbeitstag von höchstens zehn Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter befaßt. Die Konferenz, auf der auch die deutsche Regierung vertreten ist, hat sich in zwei Kommissionen gruppiert, um die Vorschläge einzeln genau zu prüfen. — Die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche und Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter sind so alt und so wohlbegründet, daß die Staaten sich ohne längere Nachprüfung dafür aussprechen mußten. Die Arbeitergesetzgebung hat lange genug stillgestanden, so daß die jetzige Konferenz mit ihren Anregungen nur lange Verarmtes nachholen kann. Die drohende Krise mit der bereits eingetretenen starken Arbeitslosigkeit gibt hoffentlich besonderen Anlaß zu Entschlüssen über die gesetzliche Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit im Interesse der Beschäftigung der Gesamtarbeiterschaft.

Wohlfahrtsvereinigungen. Der Vater Schulze klagte gestern vor dem Gewerbeamt gegen die Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker. Er forderte 21,70 M. Entschädigung für 5 Tage Urlaub. Die Vereinbarungen beim Eintritt waren so getroffen, daß jeder Arbeiter, der 1/2 Jahr im Betriebe ist, 3 Tage, und wer ein volles Jahr tätig ist, 5 Tage Urlaub zugesichert erhält. Erst nachträglich, so behauptet der Kläger, ist ein Zusatz eingefügt worden, daß der Anspruch nur besteht, wenn der Betreffende am Tage des Urlaubsantritts sich in ungeländiger Stellung befindet. Dagegen war nirgends gesagt, daß lediglich der, wer am 1. Mai des laufenden Jahres auf eine einjährige Tätigkeit im Betriebe zurückblickt, Urlaub haben soll. Im vorliegenden Falle war der Kläger am 12. Juni 1912 eingetreten und glaubte 5 Tage Urlaub beanspruchen zu können. Diesen erbat er sich für die Tage vom 24. bis 28. Juni. Als er sich jedoch am 23. Juni den erforderlichen Schein holen wollte, wurde ihm gekündigt! Dieses nicht weniger als wohlthätende Verhalten der klagenden Firma erfährt noch eine ganz besondere Bedeutung dadurch, daß der Vertreter nicht einmal 3 Tage Urlaub wollte, denn der Kläger habe sich ja in geländiger Stellung befunden! So sehen Wohlfahrtsvereinigungen oftmals aus, wenn man sie bei Licht betrachtet. Das Gericht stellte sich nicht auf den Standpunkt, daß der Kläger Anspruch auf 5 Tage Urlaub hatte und verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Summe.

Luffällig ist, daß dieselbe Firma in letzter Zeit schon mehrfach Termine hatte, wo es sich darum handelte, daß Angestellte kurz bevor der Aufsichtsrat zur Beschlusfassung über die zu gewählende Gratifikation zusammentrat, entlassen wurden.

## Aus Industrie und Handel.

### Geschäftspolitik.

Die Information der „Werb-Zentrale“, nach der die griechische Regierung beabsichtigt, nach der Aufnahme einer Anleihe in Frankreich größere Schiffsbestellungen in Deutschland zu machen, wird in der französischen Presse veröffentlicht und eifrig kommentiert. Die Mehrzahl der Zeitungen greift die griechische Regierung an und der „Matin“ erklärt rund heraus, daß es unter diesen Umständen unwahrscheinlich sei, daß die Anleihe in Frankreich zustande kommen könne. Er schreibt: Es gibt in Frankreich nicht nur gutes Geld, sondern auch gute Schiffe und gute Kanonen. Diese drei Dinge gehören zusammen. Nimmt man das Geld in Frankreich, so muß man auch die Schiffe und Kanonen aus Frankreich nehmen. Bleibt man es aber vor, sich nach Stettin um Schiffe zu wenden, so ist es angebracht, sich dort ebenfalls das Geld zu holen.

## Letzte Nachrichten.

### Eine Erklärung Huertas.

New York, 16. September. (W. T. B.) Nach einem Telegramm aus Mexiko erklärt Huerta in seiner Botschaft an den mexikanischen Kongress, daß die Beziehungen zu der Regierung der Vereinigten Staaten, wenn auch nicht zum amerikanischen Volk, gespannt seien. Die Botschaft gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen, die noch nicht abgebrochen seien, zu einer schnellen Lösung der Meinungsverschiedenheiten führen möchten. Weiterhin erwähnt Huerta, daß die Regierungen, darunter die meisten Europas, seine Regierung anerkannt hätten. Er verspricht, im Oktober Wahlen abzuhalten.

### Ein Komplize des Kaplans Schmidt?

New York, 16. September. (W. T. B.) Die Polizei hat einen Zahnarzt Dr. Ernst Ruzet verhaftet, der im Verdacht steht, zusammen mit dem verhafteten Kaplan Schmidt die Falschmünzerei betrieben zu haben. Bei der Hausdurchsuchung wurden in seinem Arbeitszimmer neben zahnärztlichen Instrumenten ein Revolver, geburtsärztliche Instrumente und chirurgische Sägen gefunden. Ruzet erklärte bei der polizeilichen Vernehmung, er sei in Chicago geboren, habe vierzehn Jahre im Ausland studiert, u. a. in Berlin, wo er die Prüfung nicht bestanden habe; im Jahre 1903 sei er nach New York zurückgekehrt. Ruzet wird zunächst wegen des Besitzes des Revolvers festgehalten.

### Grubenunglück.

Weddinghausen, 16. September. Auf der Zeche „Der Mann“ wurden drei Bergleute von herabfallenden Kohlen verschüttet. Zwei waren sofort tot, einer erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

### Schweres Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 16. September. Nach einer Blättermeldung sind auf der Station Courtrai zwei Büge zusammengestoßen; ungefähr 20 Personen sollen verletzt sein.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:  
 Teleph.: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 18. September, abends 5 1/2 Uhr,  
 im Lokal von Hermann Vock, Charlottenburg,  
 Dsnabrücker Straße 24:

## Betriebsversammlung

aller bei der Firma David Crowe, Charlottenburg,  
 Kaiserin-Augusta-Allee, beschäftigten Kollegen.

Da es sich um sehr wichtige Dinge handelt, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.

## Achtung! Erwerbslose (Kranke). Achtung!

Da wegen Quartalschluß sämtliche Bücher der kranken Kollegen eingezogen werden, ersuchen wir, daß bis zum **Dienstag, den 30. September d. J.**, die Unterstüßungen abgehoben werden. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche sich in Krankenhäusern und Heilstätten befinden und die Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abheben.

Am **Mittwoch, den 1. Oktober**, bleibt das **Bureau der Krankenabteilung** den ganzen Tag geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr,  
 bei Voeter, Weberstr. 17:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die „Vollstuförge“. 2. Wahl des Ortsbeamten.  
 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zutritt zur Versammlung haben nur Mitglieder, welche ihren Beitrag bis inkl. 4. Juli-Boche entrichtet haben.  
 Mitgliederbeiträge werden am Zaaleingang entgegengenommen.  
 In Betracht der wichtigen Tagesordnung muß jedes Mitglied erscheinen.

187/14

Die Ortsverwaltung.

# Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
 2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

## Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark **15** **30** **50** **75**  
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer  
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei  
 Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
 resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 8-10 geöffnet.

# Orts-Krankenkasse

der  
 Messerschmiede, Schwert-  
 feger u. Verfertiger chirurg.  
 Instrumente zu Berlin.

Nach Beschluß des königlichen Ober-  
 versicherungsamtes Groß-Berlin vom  
 30. August d. J. wird die Kasse am  
 31. Dezember 1913 geschlossen und  
 gehören die Betriebe sowie die Ver-  
 sicherten unserer Kasse vom 1. Januar  
 1914 der Allgemeinen Orts-Kranken-  
 kasse der Stadt Berlin an.

Die Ausschuhwahlen finden am  
 28. September d. J. statt und ver-  
 weisen wir auf die Bekanntmachung  
 der Allgemeinen Orts-Krankenkasse  
 vom 23. August 1913.

Wir bringen dies gemäß § 301 der  
 R.-V.-D. mit dem Hinweis zur öffent-  
 lichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger  
 ihre Ansprüche innerhalb 3 Mona-  
 ten im Kassenlokal geltend zu machen  
 haben. Die spätere Anmeldung von  
 Forderungen kann verwweigert werden.  
 Der Vorstand, 275/13  
 J. A.: Max Neuscher, Vors.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Berlin-Ober- schöneweide.

### Bekanntmachung.

Durch Beschluß des königlichen  
 Oberversicherungsamtes Groß-Berlin  
 vom 30. August 1913 wird die All-  
 gemeine Ortskrankenkasse für den  
 Amtsbezirk Berlin-Oberschöneweide  
 mit dem 31. Dezember 1913 ge-  
 schlossen, nachdem die Zulassung der  
 Kasse rechtskräftig verlangt worden ist.  
 Wir machen dies gemäß § 301 der  
 Reichsversicherungsordnung hierdurch  
 öffentlich bekannt mit dem Hinweis  
 darauf, daß die Befriedigung von  
 Gläubigern, welche ihre Forderungen  
 an die Kasse nicht binnen drei Mona-  
 ten nach dieser Bekanntmachung  
 angemeldet haben, verwweigert werden  
 kann.

Für Ansprüche aus der Versicherung  
 gilt diese Bestimmung nicht.  
 Ferner geben wir bekannt, daß  
 Arbeitgeber und Versicherte unserer  
 Kasse mit dem 1. Januar 1914 zur  
 Ortskrankenkasse Niedersarnim ge-  
 hören.

Die Wahlen zu dem Ausschuh dieser  
 Kasse werden demnächst vorgenommen  
 werden, wozu noch nähere Bekannt-  
 machungen ergehen. 275/15

Berlin-Oberschöneweide,  
 den 15. September 1913.

Der Vorstand  
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse  
 für den Amtsbezirk Berlin-  
 Oberschöneweide.

Bez.: Schneider, 1. Vorsitzender.

## Reiseführer,

Wanderkarten und  
 Bücher,  
 Kursbücher  
 hält stets am Lager

Buchhandlung Vorwärts  
 Lindenstr. 69.

Ohne jede Anzahlung!  
 Keine Kaffierer, keine Raten!  
 Bett- u. Leibwäsche, Teppiche,  
 Portieren, Bilder, Gardinen,  
 Stores, Stepp- u. and. Decken.  
**MATZNER,**  
 Gutfelandstraße Nr. 41.

# Hosen = Woche

Dauer bis 21. September

## Ausnahme-Angebote

moderner Hosen  
 bedeutend unter sonstigen Preisen!

- Serie I Zwirnbuckskins mit schmalen und breiten Streifen . . . . . jetzt 2.95
  - Serie II Dunkel-u. hellgestr. BUCKSKINS in modernen Mustern . . . . . jetzt 4.95
  - Serie III Gestreifte Cheviots sehr haltbar . . . . . jetzt 5.95
  - Serie IV Kammgarn-Cheviots dunkel-gründig, mit fein. Streifen, z. Cutaway pass., jetzt 6.95
  - Serie V Kammgarnarten in vornehmen Streifen, sehr solide . . . . . jetzt 7.95
  - Serie VI Eleg. gestreifte Kammgarne Ersatz für Maß . . . . . jetzt 10.95
- Große Knaben-Hosen für 3-8 Jahre .. durchweg 60 Pf.  
 Posten für 8-14 Jahre .. durchweg 1.75

# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb. — Sonntags nur von 8-10 geöffnet

Der Hauptkatalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

# WERFT

## ERMUTH Frucht Trunk

Kein Branntwein — Kein Likör

er gesund ist,  
 er gesund bleiben will, trinkt  
**ERFT**, magenstärkend!

Ueberall zu haben à Werftglas 10 Pf.

# Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant  
**J. G. Siems,**  
 Hoflieferant,  
 Apen i. Oldbg.

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

## Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert frischem Rindfleisch. Zu haben in sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beedigter Gerichts-Chemiker, enthält  
 „Siems Kraftfleisch“  
 alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht u. fast restlos verdaulich!



# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Jena, 16. September 1913.

Zweiter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Begrüßungs-Telegramme sind vom Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei Rumäniens und von der sozialdemokratischen Partei Finnlands eingegangen.

Scheidemann

geht in seinem Schlusssatz zum allgemeinen Geschäftsbericht zunächst mit einer Bemerkung auf den Bericht der Kontrollkommission ein. Er hat eine Sachdarstellung in der Geschworenenkammer des Reichstages gegeben und u. a. gesagt: „Nachdem der Parteivorstand auf Grund der Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.“ Diese Annahme der Kontrollkommission stützt sich auf eine mißverständliche Äußerung des Genossen Haase, und gegen diese Annahme hat der Parteivorstand sofort Einspruch erhoben. In einem Brief an die Kontrollkommission vom 20. Juni 1913 sagte er: „Der Parteivorstand hat nicht erklärt, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen, nachdem im vorigen Jahre die Regelung entsprechend dem Wunsch des Genossen Mehring vorgenommen worden ist.“

Mehring ist über schlechte Berichterstattung geklagt worden. Auch ich habe, gestützt auf einen mangelhaften Zeitungsbericht, mich auf die Äußerung eines Genossen in Sachen bezogen, der nach dem „Vorwärts“ gesagt haben sollte, der Mißerfolg in der Agitation und Organisation des letzten Jahres sei dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung geschuldet. Der betreffende Genosse hat mir versichert, daß er sich so nicht ausgesprochen habe. Ich freue mich, das feststellen zu können. Auf die Einwendungen gegen das Pressebureau will ich des näheren nicht eingehen. Ich vermute Ihnen kein Geheimnis, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß der Parteivorstand mit den Leistungen des Pressebureaus auch nicht ganz einverstanden ist und sie besser wünscht. Ich gebe Ihnen von neuem die Versicherung, daß wir alles versuchen werden, um auch das Pressebureau etwas leistungsfähiger zu gestalten. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage. Auch die „Arbeiterjugend“ soll nicht so redigiert sein, wie es gewünscht wird. Ich glaube, dem hier nicht anwesenden Genossen, der sie redigiert, wirklich schuldig zu sein, festzustellen, daß die „Arbeiterjugend“ tatsächlich eine der besten unserer Zeitungen ist. (Sehr richtig!) Es mögen ja hier und da Artikel darin sein, die nicht allen gefallen, aber eine Zeitung, die es allen recht macht, gibt es nicht. Unmögliches kann man von der „Arbeiterjugend“ aber auch nicht verlangen. Stubbe hat angeregt, ob sich nicht eine Abgrenzung der Gebiete für die Parteipresse ermöglichen ließe. Dieser Plan ist sehr alt, ich glaube aber nicht, daß er realisierbar ist. Wir haben eine Anzahl großer, sehr leistungsfähiger Blätter. Die Parteigenossen auch in den entferntesten Gegenden lesen diese Zeitung und würden sich nicht mit einem Blatte abfinden, das auf die Hälfte oder ein Drittel reduziert wäre. Das Ideal wäre, daß wir statt der großen Zeitungen eine vier- oder fünffache Anzahl weniger umfangreicher Blätter über das ganze Land verteilt hätten. Das würde der Agitation wesentlich bessere Dienste leisten. Bis zu einem gewissen Grade ließe sich das auch durch Kopfbücher erreichen. Solchen Wünschen ist der Parteivorstand entgegengekommen und wir haben vielfach, allerdings nicht immer, gute Erfahrungen damit gemacht.

Redner bittet, den Antrag Hammer, der jedesmal noch Schluß einer Reichstags-Sitzung eine Agitationsbrochure verlangt, dem Parteivorstand zu überweisen, ebenso den Antrag, der statistisches Material über Volkswirtschaft in Broschürenform verlangt und schließlich auch den Antrag 55, der vom Ausbau der „Neuen Zeit“ handelt. Mit den Reformvorschlägen der Genossin Jeklin, die eine Geschichte der Parteibewegung in populärer Darstellung in der „Gleichheit“ ankündigt, sind wir alle durchaus einverstanden. Das geplante Familienblatt ist zu einem Preise von höchstens 15 Pf., wie ihn ein Antrag verlangt, nicht herauszubringen. Es ist ganz unmöglich, nach genauer Kalkulation ein wirklich gutes Blatt mit Illustrationen auf anständigem Papier zum Preise von 15 oder gar 10 Pf. zu liefern. Billig ist nicht immer gut. Man weiß auf die Berliner „Illustrierte“ hin. Aber andererseits hat man auch ausdrücklich gesagt: wir wollen keine Inzeratentablätter machen (Sehr richtig), wie das solche Zeitungen sind. Wir wollen ein gut geleitetes illustriertes Familienblatt, das das Unterhaltungsbedürfnis befriedigt und die Wünsche, die unterrichtet sein wollen über neue Erzeugnisse der Wissenschaft usw., erfüllt. Diese Zeitung hat ganz andere Aufgaben als die heute noch vielfach in den Massen verbreiteten Blätter. Ich bitte also, diesen Antrag glatt abzulehnen. Die Verfassung, daß die Massen 25 Pf. für ein wirklich gutes Blatt nicht opfern würden, ist durchaus unbegründet.

Ueber die Jugendbewegung ist geklagt worden und man hat von Schönfärberei gesprochen. Auf mein Referat trifft dieser Vorwurf jedenfalls nicht zu. Ich habe nur festgestellt, daß wir der Jugendbewegung eine außerordentliche Bedeutung beilegen und alles tun, um sie vorwärts zu bringen. Aus den Ausführungen der Genossen Schulz und Rosenfeld, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft der Jugendbewegung widmen, haben wir gehört, daß es voran geht. Bei den Bildungsveranstaltungen für finanzschwache Kreise wird der sonst allgemein festgesetzte Preis bis zur Hälfte herabgesetzt, doch weiter heruntergehen kann der Bildungsausschuß nicht.

Seilmann hat zu seiner Rechtfertigung gesagt, daß er keine Kenntnis von den Flugblättern des Parteivorstandes während der Militärvorlage und dem Krupp-Standal gehabt habe. Er habe das darauf zurückgeführt, daß der Parteiparagraf zu schwerfällig arbeite. In dasselbe Horn hat dann auch Stengle von Hamburg geblasen. Er meinte, es gehe alles schablonenmäßig. Genau das Gegenteil davon hat dann Stubbe vorgetragen, der eine noch schärfere und noch straffere Zentralisation wünschte, meines Erachtens auch mit Recht. Es liegt in der Tat nicht an der Zentralisation. Es kommt wirklich auf die Menschen an, daß der Apparat arbeitet. Wenn der eine oder andere Bezirkssekretär die Sache liegen läßt, so kann dafür die Organisationsform nicht verantwortlich gemacht werden. Distanz hat bei besserer Zusammenarbeit der Fraktion und des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß bei der Agitation gegen die Militärvorlage vermehrt. Was meint er damit? Die drei Körperschaften haben fortwährend in innigster Fühlung zu einander gestanden. Uebrigens hatte Distanz als Ausschussmitglied bei den vielen Besprechungen mit dem Vorstande Gelegenheit, uns rechtzeitig Anregungen zu geben, wenn er meinte, daß etwas verläumt worden sei.

Die Anregung Dittmanns auf bessere Ausgestaltung unseres Nachrichtenendienstes für die Gesamtpartei wird im Vorstand weiter behandelt werden. Heilmann beklagte sich darüber, daß die Anträge des Parteivorstandes zu spät veröffentlicht worden seien. Das erklärt sich daraus, daß wir alle Anträge erst dem Parteiausschuß vorlegen mußten, und als der zusammentrat, waren natürlich die übrigen Anträge längst veröffentlicht. Ein Diskussionsredner glaubte, meine Annahme der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen zurückweisen zu sollen. Er meinte, die Gewerkschaftsbeamten ver-

dienen es nicht, daß ich sie in dieser Weise verteidige. Ich habe nicht übertrieben, ich führe zum Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung nur einen Satz aus der Rede eines Genossen in einer Berliner Versammlung an: „Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, sie besitzen keinen Idealismus mehr.“ Wenn man so etwas liest, muß man in so energischer Weise dagegen Stellung nehmen, wie ich es gestern getan habe. Meine Erläuterungen haben ergeben, daß der Redner leider wirklich diesen Satz ausgesprochen hat. Leute, die so sprechen, bringen schließlich das, was andere redigiertere Genossen in feinerer Form und weiniger deutlich ausführen, nachher nur in populärer Form so in den Versammlungen vor, wie sie es verstanden haben und wahrscheinlich auch verstehen sollten. Man muß die angestellten Genossen, die schwer zu arbeiten haben, in Schutz nehmen gegen solche Angriffe, die nur dem Reichsverband Material liefern. (Sehr gut!) Im allgemeinen ist die Kritik am Parteivorstand sehr milde gewesen. Sie haben uns volle Berechtigung wiederfahren lassen und wir werden die Anregungen berücksichtigen, wie wir gewohnt sind, gute Lehren immer zu beachten. (Bravo!)

Brann:

Heilmann meinte gestern, die Anregungen, deren Verwirklichung nach meiner Meinung zu viel Geld kosten würde, könnten im Gegenteil bei ihrer Ausführung der Partei Ueberschüsse liefern. Solche Anregungen hätte ich natürlich nicht im Auge, denn Einrichtungen, die Ueberschüsse bringen, sind einem Kassierer immer sehr lieb. Mit der Schaffung einer Inzeratenzentrale hat sich der Parteivorstand schon vor längerer Zeit beschäftigt, es stehen dem aber soviel Schwierigkeiten persönlicher Natur im Wege, daß wir bisher nicht dazu gekommen sind. Wir behalten die Angelegenheit im Auge, und wenn die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, werden wir über kurz oder lang eine solche Einrichtung schaffen können. Mit meinen Ausführungen über Bayern habe ich keinen Vorwurf verbunden, ich habe mich in der Abwehr gegenüber Äußerungen eines Mitgliedes des bayerischen Landesvorstandes auf dem Pöhliger Parteitag befunden. Die Kaiserlauterner Angelegenheit ist für uns vorläufig erledigt, ich siehe auf dem Standpunkt, daß in Kaiserlautern die Voraussetzung für ein selbständiges Blatt noch nicht gegeben ist und daß man sich vorläufig mit einem Kopfbuch begnügen muß. Kommt die Sache wieder an den Parteivorstand und werden neue Momente ins Feld geführt, dann werden wir erneut die Sache ernstlich prüfen. Wir lassen uns nicht von rein fiskalischen Gründen leiten, sondern berücksichtigen auch die agitatorische Bedeutung solcher Gründungen. Freilich muß auch darauf geachtet werden, daß die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang stehen. Von einem Mitteilungs- oder Verwaltungsbüchlein, von so einer Art Partei-Reichsanzeiger, wie es Dittmann angeregt hat, verpöchte ich mir nicht viel. Die Mitteilungen werden in Form von Zirkularen an die Stellen herausgegeben, die die Aktionen auszuführen haben, und wer sich dafür interessiert, kann es stets von den Bezirksvorsitzenden erfahren. Dazu kommt, daß wir die wichtigsten Mitteilungen aus praktischen Gründen nicht der Öffentlichkeit unterbreiten. Es kommt lediglich darauf an, daß die Funktionäre Kenntnis davon erlangen. Aber hat Bemängelung, daß wir im Bericht gesagt haben, die geringe Mitgliederzunahme grenze an Stagnation. Wir haben keinen Grund, vor offenbaren Tatsachen die Augen zu verschließen, und wir haben auch den Mut, das festzustellen und offen auszusprechen. Wir treiben weder Schönfärberei, noch malen wir schwarz. Ebenso wie 1907 die Konstatierung der Tatsache, daß der Erfolg der Wahlen unseren Erwartungen nicht entspricht, die Genossen angefeuert hat zu der intensiven Agitationsarbeit, die den großen Sieg von 1912 vorbereitet hat, so wird auch diese unsere Feststellung die Genossen zu neuer Agitationsarbeit anfeuern. (Sehr richtig!)

Nach einige Worte zum Antrag 96. Ueber die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission zu Agrar-zwecken besteht kein Zweifel. Auch die Vorschläge über die Art der Zusammensetzung und daß die Kommission das Recht erhalten soll, gemeinsam mit dem Vorstand besoldete Mitarbeiter zur Ausführung der umfangreichen Studienarbeit anzustellen, sind nicht angefochten worden, nur wollte Gottschall, daß nicht der Parteivorstand und der Parteiausschuß die Kommission einsetzt, sondern daß die Mitglieder sofort vom Parteitag gewählt werden. Ich halte die Art, wie und wo die Kommission gewählt wird, nicht für so außerordentlich wichtig. Auch wenn die Kommission vom Parteivorstand und Parteiausschuß gewählt wird, besitzt sie doch zweifellos das Vertrauen der Parteigenossen, denn diese Körperschaften haben doch auch das Vertrauen der Partei. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier doch mehr um eine Zweckmäßigkeitfrage. Es kommt darauf an, sachkundige Leute in die Kommission zu bringen, und ich glaube, das gelingt dem Vorstand und Ausschuß besser als dem Parteitag. (Sehr richtig!) Zur Ausführung der Arbeiten wird man schließlich ja doch besoldete Arbeiter zuziehen müssen. Es kommt aber darauf an, daß die Kommission die Grenzen für das Studium absteckt und die Dispositionen trifft und dazu ist eine gewisse Sachkunde nötig. Sie können zu Vorstand und Ausschuß das Vertrauen haben, daß er geeignete Personen wählt. Die Kommission sollte auch kein Agrarprogramm ausarbeiten, sondern lediglich Material sammeln, damit die Partei später die Richtlinien für ein Agrarprogramm, oder wenn ein solches für überflüssig erachtet wird, die Grundlagen für die Tätigkeit unserer Genossen in den Parlamenten für die Agitation schafft.

Brünne (Schlußwort):

Die Tätigkeit der Kontrollkommission hat nicht einen einzigen Kritiker gefunden. Die Differenz im Falle Mehring ist durch die beiderseitigen Erklärungen von Parteivorstand und Kontrollkommission erledigt.

Dem Parteivorstand wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Es folgen die Abstimmungen. Der Antragtrag Gottschall wird abgelehnt. Der Antrag auf Einsetzung einer Agrarstudienkommission wird angenommen. Abgelehnt werden die Anträge auf Ausmerzung der Fremdwörter unter Billigung des Preises des Familienblattes. Alle übrigen besprochenen Anregungen auf Ausbau der Presse, Literatur und Jugendbewegung werden dem Parteivorstand überwiesen. Es folgt die

Diskussion über den Massenstreik.

Hierzu liegen vor die Resolutionen 94 und 100. Gottschall-Königsberg beantragt, dem Begründer der Resolution 100 eine halbstündige Redezeit zu gewähren.

Koske-Chemnitz: Das wäre unzulässig, alle Redner haben das gleiche Recht. Wir braten niemand eine Extraportion. Die Gewerkschaftsredner könnten das gleiche Recht fordern.

Kaufmann: Wie kann man einen so selbstverständlichen Antrag der Gerechtigkeit widerprechen. Es handelt sich um zwei Auffassungen, die in einer aktuellen Frage gegenüberstehen. Da ist ein sachliches Bedürfnis vorhanden, die Sache gründlich zu erörtern. In vielen Parlamenten werden Generalredner mit längerer Redezeit gestellt, so wollen wir es auch hier machen.

Dr. David: Der Sinn des Antrages Gottschall ist, der Genossin Luxemburg eine halbstündige Redezeit zu gewähren. Ich empfinde diesen Antrag als eine Ungerechtigkeit. (Zuruf: Aus Angst.) Nicht

aus Angst, wenn aber einem Redner gestattet wird, die dreifache Redezeit in Anspruch zu nehmen, so ist das ungerecht. Die Dinge werden auf den Kopf gestellt, wenn gesagt wird, Scheidemann sei der Angreifer. Der Angriff geht von der Genossin Luxemburg aus. (Sehr richtig!) Sie hat ausgiebige Gelegenheit gefunden, ihren Standpunkt in schärfster Form in der Presse zu vertreten.

Sach-Ansatz: Ohne diese Geschäftsordnungsdebatte hätten wir die halbe Stunde schon gewonnen. Wenn zwei Meinungen einander gegenüberstehen, ist es ständige Praxis, einen Referenten und einen Korreferenten aufzustellen. Weiter ist nichts verlangt worden. Es entspricht der Natur der Sache, aber nicht der Natur der Sache entspricht es, wenn David die Frage aufwirft, wer ist es denn, der zum Wort kommen soll. (Sehr richtig!) Ob das die Genossin Luxemburg oder David ist, ist ganz gleichgültig. Wir wollen kein Vorrecht für die Genossin Luxemburg, nur einfache Gerechtigkeit. Wir beklagern uns nicht über die Polemik Scheidemanns. Das war seine Pflicht, aber dann muß auch der andere Seite Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansicht darzulegen. (Sehr richtig!) Was der eine oder andere in der Presse darüber geschrieben hat, kommt nicht in Betracht. Hier ist das Parlament, hier haben beide Parteien ihre Anschauungen darzulegen.

Gottschall-Königsberg: Es handelt sich um tiefgreifende Sachen, nicht um Meinungsverschiedenheiten, deshalb muß auch die Gegenseite zu ihrem Rechte kommen.

Schumann-Berlin: An sich bin ich gegen den Antrag Gottschall. Sollte aber der Parteitag in seiner Mehrheit dafür sein, dann würde ich es für unbedingt notwendig halten, daß auch einem der Redner, der die gewerkschaftliche Auffassung in dieser Frage vertritt, dieselbe verlängerte Redezeit zugestanden wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Ebert bittet, nicht die wertvolle Zeit mit einer so ausgebehten Geschäftsordnungsdebatte zu vergeuden. (Sehr richtig.)

Dr. David: Wenn der Vorschlag Schumann dem Mehrheitswillen des Parteitages entspricht, und das nehme ich an, dann betrachten auch wir die Sache als erledigt.

Lebehour formuliert die Anregung Schumanns als Antrag. Die Anträge Gottschall und Lebehour werden angenommen.

Jaffe-Niederbarnim beantragt, zuerst den Begründern der Anträge das Wort zu erteilen und dann erst in eine allgemeine Diskussion einzutreten.

Vorsitzender Ebert: Nach der Praxis der Parteitage ist immer so verfahren worden, daß wenn Anträge größerer Gruppen zur Verhandlung kamen, die eingezeichneten Redner der Reihe nach sprachen. Hatte einer der Redner einen selbständigen Antrag zu begründen, so bekam er die in der Geschäftsordnung vorgesehene verlängerte Redezeit. Es handelt sich hier um eine Frage, die die Gesamtpartei gleichmäßig interessiert. Es wäre wirklich unverständlich, wenn wir nur einer Reihe der Vertreter der Wahlkreise 20 Minuten Redezeit geben und dann erst in die Diskussion eintreten wollten. (Lebhafte Zustimmung.)

Als erster Redner in der Debatte erhält das Wort Eduard Bernstein:

Ich bin einer der ersten gewesen, die den Massenstreik als unter Umständen zweckmäßig und vielleicht sogar unabwendbar erklärt haben. Ich stimme für die Vorstandsresolution, weiter gehe ich nicht, denn die deutschen Verhältnisse warnen uns sehr davor, uns in romantische Anschauungen über die Möglichkeit des Massenstreiks hineinzurennen. „Belgisch reden!“ Wir alle bewundern die Leistungen unserer belgischen Genossen in ihrem großen politischen Streik. Es müssen aber die ganz anderen politischen Verhältnisse gewürdigt werden, die diesen Streik und seinen relativen Erfolg ermöglicht haben, daß eine Wahlrechtsprüfungskommission eingesetzt wird. Die belgischen Genossen haben gestreikt, nur um die nach der Verfassung nötige prinzipielle Erklärung der Kammer für eine Revision des Wahlrechts durch ein neu zu wählendes Parlament zu erlangen, was ihnen geglückt ist. Bei uns aber, in Preußen, wird die Frage nach der Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung von niemand als den Konservativen verneint. Will man bei uns ins blaue hinein einen Massenstreik inszenieren, ohne zu wissen, womit er enden soll? Wie man ihn anfängt, das wissen wir, aber wie er enden soll — das möchte ich von der Genossin Luxemburg hören. Wollten wir eine solche Streikbeteiligung wie in Belgien erreichen, so müssen wir 2 1/2 bis 3 Millionen Arbeiter zum Streik bewegen. Wie soll das ohne gewaltsame Zusammenstöße und ohne Abflauen eines großen Teils der Streikenden möglich sein? Der schwedische Generalstreik von 1909 hat den schwedischen Gewerkschaften einen Verlust von 80 bis 90 000 Mitgliedern auf über 180 000 Mitglieder gebracht. (Hörl hört!) Schade, daß uns kein schwedischer Genosse von ihren Erfahrungen erzählen kann. Wir müssen also sehr sorgfältig mit uns zu Rate gehen, bei den ganz anderen Verhältnissen in Deutschland. Wann wollen Sie mit dem Generalstreik aufhören, vielleicht erst, wenn uns das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bewilligt wird? Dann könnt Ihr gleich sagen: Wir hören erst auf, wenn die rote Fahne über dem Schloß von Berlin weht. Mit einem Hieb gibt uns der preussische Staat nicht das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig!) Wegen einer Zeitreform, von der wir gar nicht wissen, wie sie ausfällt, möchte ich es aber auf eine so schwere Sache nicht ankommen lassen. Ich verstehe und empfinde selbst die Empörung der Genossen über den preussischen Wahlausfall und würde gern die Hand zu irgend einer Aktion bieten, die dem Willen der Arbeiterschaft für eine Wahlreform in entschiedener Weise als bisher Ausdruck gibt. Die Wege würden sich vielleicht finden lassen, aber die heute gestellten Anträge sind geeignet, bei einem Teil der Arbeiter falsche Auffassungen und Illusionen zu erwecken, die uns den heute zu führenden Kampf erschweren. Uns fehlt die Tradition großer Revolutionen, aber die deutsche Sozialdemokratie war die erste, die der internationalen Arbeiterbewegung durch die Ausnutzung des Wahlrechts den Kampf im Parlament gelehrt hat. Wir haben auf den verschiedensten Gebieten Organisationen aufgebaut und vervollkommen, die in langsame Arbeit unsere Bewegung zu einem Staat im Staate gemacht haben (Sehr richtig!), der unseren Gegnern viel unangenehmer ist, als wenn wir es auf ein Spiel ankommen lassen. Für ein Spiel ist aber alles das, was wir aufgebaut haben, zu wertvoll. Denkt an das Wort Auer in schwerer Situation: „Gleichen wir uns selbst treu!“ Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir haben Großes geschaffen. Halten wir daran fest, bauen wir darauf weiter und lassen wir uns nicht in einer Situation, wie der gegenwärtigen, in eine Bewegung hineindrängen, die, wenn sie einen Sinn haben soll, uns davon abringt, unseren Feinden zur Freude, zum Schaden des Ganzen. (Beifall.)

Glauß-Berlin II:

Ich will mich nur mit den Ausführungen Scheidemanns über den Massenstreik beschäftigen. Es ist richtig, daß wie Scheidemann übereinstimmend mit Vernstein ausführte, der Massenstreik eine sehr scharfe, aber auch sehr zweischneidige Waffe ist. Es ist auch richtig, daß das Proletariat im gegebenen Augenblick noch nicht reif ist für den Massenstreik. Falsch aber ist, wenn sich Scheidemann dagegen wendet, jetzt wieder die Massenstreikfrage auf dem



Parteilich zu erklären. Die Erklärung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Der Krieger muß seine Waffen kennen, wenn er sie gebrauchen will. Es ist auch falsch, daß die Akademiker oder Theoretiker die Schuld an der Propagierung des Massenstreiks tragen. Das kann ich bezeugen, der ich aus der Werkstatt komme. Die Genossen in den Werkstätten sagen überall: Was nützen die Resolutionen und Versammlungen! Unzweifelhaft entspringt die Massenstreik-Debatte der wachsenden Unzufriedenheit der Massen. (Hört! hört!) Wenn ein großer Reich keinen Abfluß hat, fängt er an zu gären und zu brodeln. Ich meinerseits betrachte die Führer nicht als Bewusstlose, aber in den Werkstätten und Fabriken heißt es, unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert. Sie versuchen zu bremsen. (Unruhe und Widerspruch.) Bebel hat an dieser Stelle 1905 gesagt, daß es nicht schlimmeres gäbe, als eine Stagnation und so viel Rückschläge auf die Bewegung. Wir müssen geradeaus vorwärts schreiben. Das verstehen die Massen, aber nicht das zugehörige. Allerdings sind die Arbeiter überzeugt, daß es noch ganz anderer und festerer Organisation bedarf, um die Waffe des Massenstreiks und vielleicht noch andere Mittel zur Anwendung zu bringen. Wir müssen den Massen sagen, daß wir sie zu dem großen Befreiungskampf organisieren. Der 16. März 1910, als Jagow durch die kluge Taktik des Berliner Zentralvorstandes vor aller Welt blamiert wurde, war ein Tag des Aufschwungs für uns. Da hätten sie einmal sehen sollen, wie die Polizei herumgelaufen wurde, wie froh und lustig die Stimmung der Massen war. Ich begrüße es, daß die Frage des Massenstreiks jetzt ausgiebig diskutiert wird. (Bravo.)

#### Hense-Hamburg:

Unter den gegenwärtigen Umständen könnten die Hoffnungen nicht erfüllt werden, die an die große Zahl der Reichstagsmandate und Stimmungen geknüpft wurden, da unsere Partei immer noch die Minderheit im Reichstage und im Volke bildet. Wegen dieser gestiegenen Erwartungen wurde die Frage des Massen- oder Generalstreiks nicht von den Massen der Parteigenossen, sondern von einigen Literaten und Akademikern (Lachen), die nichts Besseres zu tun haben (große Unruhe) in die Debatte geworfen. Genosse Kamelof irt sich, wenn er glaubt, daß die Gegner leichter politische als wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Es wird vielleicht einmal gelingen, die Massen in einen Streik hinein zu bekommen, vielleicht zweimal, aber beim dritten Mal locken Sie keinen Hund hinter dem Ofen hervor, wenn Sie nicht für die Folgen des Massenstreiks aufkommen wollen. Nun wird gesagt, man könne den Massenstreik heute noch nicht anwenden, man müsse ihn aber diskutieren, um die Massen vorzubereiten. Ich bedauere die ganze Sozialdemokratie und die ganze Gewerkschaftsbewegung, wenn wir eine Unternehmung jahrelang vorher diskutieren müssen. Ich stehe mitten in der Masse und verurteile es entschieden, wenn einzelne Personen eine Disharmonie zwischen denen, die im Dienst der Partei und Gewerkschaften arbeiten, und den Massen zu schaffen suchen. Dadurch untergräbt man zum Schaden der Partei das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

#### Rosa Luxemburg:

Als ich gestern die große Rede des Genossen Scheidemann hörte, da beschlich mich ein wehmütiger Gedanke an unsere Eröffnungsfeier am Sonntag und an die dort gehaltenen Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste. Da sind die Vertreter unserer Bruderparteien aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns einer nach dem anderen erklärt: Was uns als das wichtigste in Eurer Tagung erscheint, ist die Debatte über den Massenstreik; für uns alle in Holland, Belgien, der Schweiz und anderen Ländern war diese Frage schon brennend. Aber wir sind eingedenk dessen — obwohl bei uns die Massenstreikfrage schon praktisch geworden ist — daß dort, wo es gilt, eine tiefgründige, ernste theoretische Behandlung dieser Frage zu erreichen, da muß man zur deutschen Sozialdemokratie gehen, die die Vorhut der Internationale ist. — Dann kam die Rede Scheidemanns über den Massenstreik. Ich beschränke, wenn unsere auswärtigen Gäste von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, tiefgründige sachliche Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Massenstreik bei allen in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarteten, feste Richtlinien in bezug auf die nächste Zukunft über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in bezug auf das Problem des Massenstreiks war alles andere, als eine ernste sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, erstens auf den Ton des häuslichen Hamulus Wagner: Seht, wie herrlich weit wir es in allen Beziehungen gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Gegner, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hörte, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei höchst zufrieden, er findet alles im höchsten Glanze. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Führer, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Massenpartei, einer Massenpartei wie die unsrige sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. (Sehr richtig!) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. (Sehr richtig!) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Berichte von den Parteiverfassungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner aus der Masse hier herausstritten und bekundeten, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Luftzug im Parteileben lechzen, daß sie einen frischen scharfen Ton in unseren Kampf hineingetragen haben wollen, daß sie es satt haben, den Nicht-als-Parlamentarismus als das alleinigmachende Mittel immer vorgebracht zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von allem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können so nur Schwarzgeher erkliden, und Schwarzgeher duldet der Parteivorstand nicht in der Partei. (Seiterkeit.) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße vorwärtsschreitet, daß wir einen teilweisen Stillstand und Rückgang der Abonnenten-zahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preussischen Wahlrechts und des schmachvollen Ausfalls der letzten preussischen Landtagswahlen erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigen Horden sich ausbäumen und zum Kampfe herausrücken. Und Scheidemann sagte: Man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst feststellen müssen ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage. Auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisationen und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preussische Wahlrechtskampf ist nicht ausgetrieben, wie Scheidemann es für selbstverständlich hielt, nach dem schmachvollen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß darüber. Es würde näher liegen, zu fragen, ob denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerbitterte Zumutung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Er-

klärungsgründe: erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens: nachdem die Besitztümer schon feststanden, da mußten sich die Massen fügen, so hat Scheidemann wirklich gesagt, nun war das Schlimmste überwunden! Ich mußte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zuträfe, wenn die Massen sich fügen konnten, daß nach der Annahme von Besitztüchern das Schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Kruzifix für die Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgehollt. (Sehr richtig!) Wenn das zuträfe, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet, zu alarmieren, die ganzen Massen mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir Beruhigungsgründe auf allen Gebieten.

Soweit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu angetan sind, Führer einer 4-Millionenpartei zum ersten Nachdenken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien — eine neue Konstellation — gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wehr- und Deckungsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen in unseren Reihen wahrgewonnen haben, nicht etwa unserem Lager angeschlossen, sondern sie haben sich zu dem schwarzen schwarzen Blod zusammengefunden. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Erste Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen. Ich weise darauf hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ über die preussische Wahlreform gesagt hat: „Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform“ — das schreibt ein freiständiges Blatt — „liegt jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollten die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen.“ Und was für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abteilungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Kombination? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Partur mit den Konservativen bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, sich noch mehr in der Gesinnung zu verkrüppeln, ergreifen will, um mit dem Zentrum eine Partur gegen uns einzugehen. (Sehr richtig!) Was ist das andere, Genosse Scheidemann, als der schmachvolle Zusammenbruch Eurer ganzen Dämpfungstaktik seit den letzten Reichstagswahlen. (Zuruf vom Parteivorstand: Ach Unfug!) Parteigenossen, wenn unsere oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann heißt es traurig um die Sicherheit in der Vorgehensweise der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll. — Dazu kommen ja noch höchst beunruhigende wirtschaftliche Momente. Wir stehen am Anfang einer Krise, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu fragen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Ennütigung und Verarmung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das richtige Beden einer zielklaren Kampfesstellung leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielklare, scharfe, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen stärken (Sehr richtig!), die durch die Krise getroffen werden. Anstatt alles dessen hielt es Genosse Scheidemann für die dringendste Aufgabe auf diesem Parteitag, den Kampf gegen die Gegner in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich künstlich die Unzufriedenheit schüren und an die Wand malen, zu führen. Und diesen Kampf gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann wahrhaftig leicht gemacht. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die dargelegten Kritiken und Ansichten gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Ritter St. Georg den Drachen fiktiv zu erlegen, den er selbst erst ausgebrütet hatte. (Große Heiterkeit.) Das, wogegen Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Auffassung der Verteidiger des Massenstreiks sich gewandt hat, war ein Herrbild der wirtlichen Ansichten, die wir vertreten. (Sehr richtig!) Speziell was meine Bemerkung anbelangt, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung vielfach mich zu treffen wählte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geist, den Du begriffst. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterlassungen in unserer jüngsten Politik hinwiesen, wenn wir betonten, daß z. B. eine Partei von unserer Stärke und unserer oppositionellen, revolutionären Stellung bei solchen erklaffigen politischen Begebenheiten wie das Kaiser-Regierungsjubiläum, wie den Jarenbesuch in Deutschland nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgend einen Protest und eine Aktion ins Leben rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, Ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, Ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden, und man sah förmlich eine rote Wutlache auf den Straßen Berlins entstehen, bei der bloßen Anregung, gegen den Jarenbesuch eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten später so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Massenstreik sogar hätten entstehen sehen! Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigung dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal gewöhnliche Versammlungen zum Jarenbesuch, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts“, so sieht es schlimm um Ihre Gründe.

Ein zweites Beispiel: Wenn wir davon sprachen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventuellen Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinwiesen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinwiesen, daß es verfehlt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für einen Massenkampf, für eine revolutionäre Agitation des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklärten: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angetan sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schaar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen. Dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: das heißt ja, die Organisation herunterschreiben. (Sehr richtig!) Das heißt ja, die Disziplinlosigkeit, das heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorzurufen. Genosse Scheidemann hat in seinen Attacken gegen uns ein paar mal von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Ehrlosigkeit gesprochen. (Sehr wahr!) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir, zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Verleumdung der Ansichten des Gegners haarsträubend demagogisch grenzt. (Scheidemann: Und das sagen Sie!)

Ein drittes Beispiel für die völlige Verständnislosigkeit unserer obersten Führer gegenüber dem, was wir wirklich erstreben und fordern. Man sagt uns: wenn Ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Massenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt

Ihr uns ja nur, zu sagen, daß wir heutzutage noch nicht imstande dazu sind, so zwingt Ihr uns, die Schwäche unserer Position vor den Gegnern preiszugeben (Sehr wahr), und wie verfehlt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: ich habe ein mächtiges Schwert gegen Dich in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Ei, Parteigenossen, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größten Volksebewegungen der Weltgeschichte meistern kann; redet ja nicht zu laut, ich bitte Euch, daß wir noch eine gewaltige Schaar Unorganisierten haben, sonst könnten es unsere Gegner erfahren, redet ja nicht laut, daß wir gelbe Gewerkschaften haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Lachen.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner (Sehr richtig!), und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das Für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkte des Massenstreiks besprochen und erwogen werden muß, im geschlossenen Stübchen unter Instanzen geheim behandeln soll. Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit“ wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja betnahe Putzschiffen (Sehr richtig!), wir seien Verschwörer. Das sagen Leute, die die typische Verschwörerakt auf den modernen Massenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausbruch des Massenstreiks muß eine Ueberraschung sein, er muß im geheimen im geschlossenen Stübchen von einer Handvoll Instanzen ausgelöst werden. (Lachen.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1906 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden. Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Massenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen Bebel. Er sagte: „Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns, den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon.“ Und darauf antwortete Bebel: „Es ist eine Torheit zu glauben, eine solche Diskussion dadurch besitzigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogel-Strauß-Politik. Wenn diese Frage uns an allen Ecken und Enden entgegentritt, muß, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, sich jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert.“ (Sehr richtig!) „Lebhafte Zustimmung“ heißt es im Protokoll. (Scheidemann: Das ist auch damals geschehen!) „Wenn große Massen in Frage kommen, kann man die Vorgehensweise, bei denen die Masse eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen nicht unbesprochen lassen.“ (Sehr richtig!) Sollen die Massen mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangen sie auch die Wirkung und den Jwed der Maßregel zu erkennen. (Sehr richtig!) Das ist ihr gutes Recht. Aufserdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind einem gegebenen Befehl. Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließ, ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen.“ Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig.“ (Unruhe.)

Obert: Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitages eine solche Unterstellung gemacht wird. (Zuruf: Es kommt auf eine Handvoll nicht an! — Rosa Luxemburg: Das war gar keine Unterstellung.) Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig“ ruft, der tut das aus voller Ueberzeugung. (Lebhafte Zustimmung.)

#### Rosa Luxemburg (fortfahrend):

Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschreiben. Sie vergessen bloß, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1906. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem nun einmal auf einem Parteitag prinzipiell der Massenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußen auch schon erledigt. Ja, wie stellen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig!“, wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Massenstreik zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1906 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? (Sehr gut!) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? (Sehr richtig!) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Genossen draußen durchdacht, verbaut und abgeprägt werden müssen. Also wenn Sie „Sehr richtig!“ rufen zu dem, was Bebel 1906 gesagt hat, dann ist es eine Insultierung und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Massenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta causa finita! Rom hat gesprochen, ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Massenstreik in Deutschland, wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Massenstreik kann nicht, wie es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen bestellt werden. (Sehr richtig!) Er kann aber ebenso wenig von den Führern abkommandiert werden, wenn er historisch reif geworden ist. (Sehr richtig!) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erschöpft, denn wir wollen, daß der Massenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an positiven Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüttelung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen, und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt. Das heißt, daß wir uns auf diese historischen Ereignisse benutz vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen geschleift zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in scharfer Offensive die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehobener Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Hurra zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. (Sehr richtig!) Und was wir wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Uebergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir scharfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)

#### Kustav Bauer-Berlin:

Ich glaube, die Rede der Genossin Luxemburg hat den besten Beweis dafür erbracht, wie unnötig es war, die Redezeit zu verlängern. (Sehr richtig!) Ich habe vergeblich gewartet, ob sie auch nur ein einziges Wort zur Begründung bringen würde. Sie ist darauf gar nicht eingegangen, sondern hat sich weisheitsweis mit dem Parteivorstand über die Taktik der Partei auseinandergesetzt. Das ist doch aber nur eine Nebenfrage. Wir wollen uns heute doch darüber unterhalten, unter welchen Voraussetzungen der Massenstreik durchgeführt werden kann. Genossin Luxemburg ist es ja, die mit großer Empfänglichkeit davon sprach, daß wir eine tiefe Analyse dieses Problems vornehmen müßten. Wo ist denn in ihren Ausführungen die tiefe Analyse jetzt geblieben? (Sehr gut!) Ich habe begierig darauf gewartet, endlich aus diesem berufenen Runde belehrt zu werden, wie der Massenstreik analysiert und durchgeführt werden soll, das ist aber ein Geheimnis, das diese guten Genossinnen und Genossen nicht von sich geben. (Sehr richtig!) Sie behalten das in ihrem Herzen und jeder denkt sich die Analyse und Durchführung auf eine andere Art. So viele Reden wir darüber gehört haben, so viele verschiedene Ansichten über die Art und Möglichkeit der Durchführung sind schon laut geworden. Da wäre es allerdings sehr verständlich gewesen, wenn uns Genossin Luxemburg eine authentische Interpretation gegeben hätte. Sie ist dazu nicht gekommen, und wir müssen uns damit abfinden.



Es wird fortgesetzt betont, und auch Genossin Luxemburg hat es wieder betont, daß gegenüber den Verwundungstendenzen in der Partei und in den Gewerkschaften eine eingehende Diskussion des Massenstreikproblems notwendig sei. Ich möchte die Frage aufwerfen: Was kommt denn nur heraus bei dieser Diskussion, was haben wir bisher an positiven Ergebnissen zu verzeichnen? Eine große Menge von Redereien, allgemeine Redewendungen und Gemeinplätze, revolutionäre Phrasen, an denen einige Genossen sich gern betrauen, aber sonst nichts. (Sehr richtig!) Der Massenstreik wird durch diese Diskussion, das unterstreiche ich besonders, lediglich diskreditiert. (Sehr wahr!) Wenn wir einmal die Waffe des Massenstreiks brauchen und unsere Massen soweit sind, dann garantiere ich Ihnen, geht der Streik auch ohne diese lange Diskussion vonstatten. Die jetzt geübte Art von Strategie widerspricht der gewerkschaftlichen Taktik und Erziehung auf das Allergeringste. Ich glaube, die Gewerkschaftsführer haben auch ein klein wenig Verständnis von Streik und Massenaktionen. Dort tritt vor den Streik nicht vor, indem man auf den Markt tritt und fortgesetzt schreit, demnachst werden wir etwas machen! Man arbeitet in den Gewerkschaften vielmehr in aller Stille, und wenn die Zeit gekommen ist und die Karrees geschlossen sind, dann geht man zum Angriff vor auf den unvorbereiteten Gegner. Somit verliert der Gegner allmählich die Angst, und er sagt sich, die Brüllen zwar viel, aber es juckt nichts dahinter. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Gegner wissen aus der Diskussion vor und auf dem Parteitag, daß einwöchigen an einen Massenstreik in Deutschland nicht zu denken ist. Das ist das ganze Ergebnis. Deshalb glaube ich mir Recht sagen zu können, der Massenstreik wird durch diese Diskussion nur diskreditiert.

Es ist hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften sich charakteristisch erweise an dieser Diskussion bisher gar nicht beteiligt haben. Die ganze Frage ist ja auch keine Gewerkschaftsfrage. Auch ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, sondern ich sage meine Meinung als Parteigenosse. Die Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, sich mit dieser Diskussion zu beschäftigen. (Hört! hört!) Wenn einige Genossen, die ewig unzufrieden sind mit der Entwicklung der Partei und der Tätigkeit der leitenden Instanzen, wenn es denen gefällt, irgendein neues Mittel zu entdecken, mit dem endlich die Taktik in wirklich revolutionäre Bahnen geführt werden soll, dann soll natürlich sofort alles hinterher sein und sich an der Diskussion beteiligen. Genossin Luxemburg war ja sehr enttäuscht darüber, daß in ihrer Versammlung in Berlin IV keine anderen Gegner auftraten als schlichte Arbeiter. Wenn die Genossin sich einbildet, daß die Gewerkschaftsführer in die Luxemburg-Versammlung gehen und dort mit ihr über ihre Theorien streiten, dann kann sie lange warten. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: „L. S.“ — Laßt schwächen! — (Geheul!) Solche Debatten fortgesetzt zu treiben, bedeutet nicht eine Förderung, sondern eine Schädigung der Organisation, und dazu haben natürlich die verantwortlichen Leiter der Organisationen nicht die geringste Veranlassung. Ich glaube, daß die Gewerkschaften dabei getragener werden von dem Gefühl der Stärke. Weil sie sich ihrer Macht bewußt sind und die führenden ihre Verantwortung kennen, deshalb machen sie derartige allgemeine Redereien nicht mit, bei denen nichts Positives herauskommen kann. Genossin Luxemburg gibt ja selbst zu, daß die Möglichkeit, den Massenstreik zu machen, jetzt nicht vorliegt. Wenn wir zur Frage des Massenstreiks Stellung nehmen, so fragt es sich, ob denn für absehbarer Zeit das Objekt des Kampfes wert ist die Opfer, auf die wir mit Bestimmtheit dabei rechnen müssen. Es soll der Kampf geschürt werden, wie jetzt allgemein betont wird, zur Erringung des preussischen Wahlrechts. Das preussische Wahlrecht ist zweifellos eine außerordentlich wichtige politische Frage, aber ist sie denn jetzt wirklich so brennend geworden, daß es zu einem Stillstand der Bewegung kommen würde, wenn es uns nicht gelingt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen? Ich sage nein. Und da halte ich auch ein wenig fest an der Erziehung, die wir erhalten haben, als wir als junge Leute in die Partei traten. (Sehr richtig!) Damals war es ja ein Verbrechen, wenn wir nur für die Beteiligung an den Landtagswahlen eintraten. Viele der Genossen und Genossinnen, die damals diejenigen als Parteiverräter brandmarkten, die für eine Landtagswahlbeteiligung eintraten, die sind es, die jetzt nicht hübsch genug den Massenstreik zur Erringung des gleichen Wahlrechts für die preussischen Landtagswahlen fordern. (Sehr gut!) Das zeigt, wie wenig gefestigt die Ansichten dieser Kreise sind.

Ich gehe her Mittelweg. Ich sage, das Wahlrecht ist zwar außerordentlich wichtig, aber bei uns in Deutschland ist es keine Frage, die zu einer Lebensfrage des Proletariats in der Gegenwart geworden ist. Wir haben durchaus die Möglichkeit, uns organisatorisch zu stärken, unsere wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen. Das Reichstagswahlrecht bietet auch ein ausreichendes Ventil und ermöglicht dem Proletariat seine Kräfte zu zählen und politisch zu betätigen. Wir haben in einer ganzen Reihe von Einzellanlagen doch ein einseitig freies Wahlrecht, und da liegt kein Grund vor, alles auf eine Karte zu setzen, geradezu à la banque zu spielen, um mit dem Massenstreik das freie Wahlrecht für Preußen zu erkämpfen. Wenn wir der bisherigen Taktik weiter folgen, am Ausbau der Organisation arbeiten, Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Erfüllung unserer Wünsche einfach unausbleiblich ist. Darin werden wir wohl alle übereinstimmen mit Ausnahme derjenigen, die gern schöne revolutionäre Reden halten. Arbeiten wir doch zunächst erst an der Stärkung unserer Vertretung in den Landtagen, die ein freies Wahlrecht haben, sorgen wir dafür, daß eine viel stärkere Vertretung der Partei in den Reichstag einzieht. Dann erst werden andere politische Vorbedingungen geschaffen sein, dann erst wird man zu der Frage Stellung nehmen können, ob man bei der offensichtlichen Machtstellung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet nicht irgend welche Schritte unternehmen kann, um den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen. (Sehr wahr!) Der Einfluß der organisierten Arbeiterklasse wächst von Tag zu Tag. Wir haben gar keinen Grund verzweifelt zu sein. Rosa Luxemburg machte sich allerdings darüber lustig, daß der Parteivorstand alles so ruhig gefaßt hätte. Sie stellt alles aus einer anderen Brille an, aber diese Brille paßt nicht für deutsche Verhältnisse. Wir können zufrieden sein mit der Entwicklung. Die Organisationen haben eine glänzende Entwicklung genommen, und wer die Lage der deutschen Arbeiterklasse ohne Voreingenommenheit betrachtet, wird zugeben müssen, daß wir überall gute Fortschritte gemacht haben, daß die deutsche Arbeiterklasse heute einen großen wirtschaftlichen Einfluß ausübt durch ihre Gewerkschaften und sich eine Erhöhung der Lebenshaltung erkämpft hat, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Daß auch der politische Einfluß der Arbeiterklasse dank der organisatorischen Tätigkeit ständig im Wachsen begriffen ist, kann niemand mehr bestreiten. Um so weniger brauchen wir uns in Klagen zu ergeben, wenn einmal in der Organisation ein Rückschlag eintritt. Rosa Luxemburg sagt, wir dürften uns nicht damit zufrieden geben, daß die Krisen fortgesetzt unsere Organisation schwächen. Sie hätte uns lieber sagen sollen, was wir zu tun haben, um diese Schwächung unserer Organisation durch die Krisen zu verhindern. (Sehr gut!) Solange wir aber in der kapitalistischen Gesellschaft leben, wird es immer unausbleiblich sein, daß durch die Krisen auch die Organisationen der Arbeiterklasse geschwächt werden. Wenn Rosa Luxemburg etwas besser in unsere Gewerkschaftsverhältnisse hineinblicken könnte, dann würde sie wissen, daß gerade die festgelegten zentralistischen Gewerkschaften die Krise von 1907 bis 1909 verhältnismäßig günstig überstanden haben, und daß kaum eine Erschütterung eingetreten ist. (Sehr richtig!) Das war nur möglich durch gute organisatorische Arbeit und vor allem durch die Unterstützungsmittelungen in den Organisationen. Dadurch, daß man die Massen mit schönen Worten begeistert, bekommt man allerdings Beifall in den Versammlungen, aber wenn am nächsten Tage das ganze Gland wieder

vor die Massen tritt, dann laufen sie auseinander. Das Wichtigste ist, daß ihnen materielle Hilfe zuteil wird. (Sehr richtig!) Da steht in erster Linie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Das ist eine viel dringendere Aufgabe, als alle Diskussionen über Massenstreik. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir die Möglichkeit des Massenstreiks und seine Wirkungen unteruchen wollen, dann müssen wir die Erfahrungen aus denjenigen Ländern betrachten, in denen der Massenstreik bereits zur Tatsache geworden ist. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Der erste Massenstreik von größerer Bedeutung wurde in Holland geführt. In der Frankfurter Volksstimme haben sich eine Reihe von Kennern über seine Wirkung ausgesprochen und Antersmit-Amsterdam erklärt ausdrücklich, daß der Streik keine andere Wirkung gehabt hat, als eine verstärkte Hege gegen die Arbeiter herbeizuführen. Der Streik wurde geführt zur Abwehr der Verschlechterung des Koalitionsrechts der Eisenbahner und Staatsarbeiter, und die Folge war, daß 1906 in die Gewerbeordnung außerordentlich reaktionäre Bestimmungen gegen die Arbeiter aufgenommen wurden, u. a. auch ein Verbot des Streikpostens. (Hört! hört!) Eine weitere große Massenbewegung hatten wir in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften, die durch das Unternehmertum in den Kampf hineingedrängt wurden, verfügten damals über ausgezeichnete agitatorische Einrichtungen. Es war ein heroischer Kampf, der dort geführt wurde, der aber nur geführt werden konnte, weil diesem kleinen Land die Solidarität des Auslandes zur Seite stand, vor allem die Solidarität Deutschlands. Ohne die Willkuren ausländischer Unterstützung wäre der Streik längst zusammengebrochen und geradezu zu einem Debakel für die schwedischen Arbeiter geworden. Wie wird es uns aber in Deutschland in gleicher Situation gehen, von wem haben wir Unterstützung zu erwarten? Deutschland ist das Land, das in der gewerkschaftlichen Internationale an proletarischer Solidarität an der Spitze steht. Außer von Oesterreich und Standruviern hätten wir in einem solchen Kampf keine weitere Unterstützung zu erwarten, als die berühmte Depesche aus Frankreich, die alle Sympathien ausdrückt und dann noch 20 Frank beifügt. (Geheul!) In Schweden war die Folge des Massenstreiks die Dezimierung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Auf Jahre hinaus ist dadurch jede größere gewerkschaftliche Aktion unmöglich gemacht und die besten Kräfte der schwedischen Arbeiter sind zur Auswanderung gezwungen worden. Wenn wir diese Verhältnisse uns zur Lehre dienen lassen, dann werden wir nur mit aller Vorsicht daran gehen können, ein solches Kampfmittel in ernsthafter Erwägung zu ziehen. In Belgien ist der Generalstreik verhältnismäßig günstig verlaufen. Er ist auch keineswegs über die Köpfe der Führer beschossen, sondern sorgfältig vorbereitet worden. Er war ein wohlgeleiteter Kampf, der dem belgischen Proletariat nur zur Ehre gereichte kann. Die Genossen, die im Bordertreffen der Partei in Belgien stehen, bezeichnen den Erfolg im allgemeinen als günstig. Die Meinungen darüber gehen aber auseinander. Wir haben von einem Duzend der hervorragenden belgischen Gewerkschaftsführer Informationen eingeholt, und die urteilen ganz anders als die Parteiführer. Schneider vom Deutschen Fabrikarbeiterverband, der in Belgien selbst den Streik beobachtet hat, kommt zu einem noch ungünstigeren Urteil als die belgischen Gewerkschaftsführer. Diese Gewerkschaftsführer erklären ohne Ausnahme, daß die Zahl der Maßnahmen noch sehr eine so große ist, daß der Zweck der gewerkschaftlichen Organisation auf lange Zeit hinaus lediglich die Unterstützung der Gemäßigten sein kann und daß durch den Massenstreik für die Gewerkschaften ein Rückschlag auf viele Jahre hinaus eingetreten ist. (Hört! hört!) Zu bezweifeln ist, daß der Erfolg eines Massenstreiks in Deutschland irgendwie in Einklang zu bringen ist mit den Riesenopfern, die er fordern würde. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen nicht dafür, daß wir in Deutschland ohne weiteres dieses Experiment nachmachen können. Rosa Luxemburg und andere Genossen operieren gern mit dem Hinweis auf Rußland. Ja, wenn wir russische Zustände, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten, dann würde es wohl keinen unter uns geben, der einen Massenstreik vermeiden wollte, auch wenn er nur einen Schein von Erfolg versprechen würde. Aber in Deutschland liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wir haben ungeheuer viel zu verlieren, eine Arbeit von Jahrzehnten, in der eine Menge von Werten steht. (Sehr richtig!) So wäre es geradezu verbrochen, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineintrübe, die den Verhältnissen nicht angepaßt ist, wenn man Wünsche erweckt, die gegenwärtig nicht erfüllbar sind. Die fortgesetzte Organisationsverdrängung, die aus den Reden der Genossin Luxemburg herauszuhören ist, schädigt unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert. (Sehr richtig!) Da wird gesagt: wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann laßt diese Dremser nicht weiter wirken, dann überrennt sie einfach, der Massenwille muß zur Herrschaft kommen! Der kommt immer zur Herrschaft, nur in organisierter demokratischer Form, nicht durch wilde Geschichten und dadurch, daß man die Empörung eines kleinen Häufchens als berechtigt anerkennt. Rein innerhalb der Grenzen der Organisation wird das erleblich. (Hoch: Wer will etwas anderes?) Sie, der Sie die Resolution unterzeichnet haben. (Hoch widerspricht!) Wenn Sie nichts anderes wollen, dann nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes mit Dank an, dort ist alles gesagt, was zu sagen ist. (Sehr richtig!) Ihre Resolution bringt nichts anderes zum Ausdruck als die Resolution des Parteivorstandes. Sie unterscheidet sich nur durch eine starke revolutionäre Phrasologie. (Sehr richtig!) Das ist alles. Der Schlußsatz ist interessant. Er stimmt mit einer Resolution überein, die die Genossin Luxemburg in einer Generalversammlung des Kreisverbandes Niederrhein vorgelegt und zur Annahme gebracht hat. Dort steht aber noch ein anderer revolutionärer Satz, der hier weggelassen ist. In diesem Satz wird nämlich eine Kampfeskraft gefordert, die vor keiner Konsequenz zurückschreckt. (Hört! hört!), das ist ja ersichtlich, diese Konsequenzen, die die Genossin Luxemburg hier vorbringen wird. Was ist das anders als eine Wortspielerei? (Sehr richtig!) Damit machen wir keinen Eindruck. Unsere Arbeiter sind in ihrer Mehrheit viel zu vernünftig, um auf diese Phrasologie und dieses Phrasengeklänge Wert zu legen.

Genossin Luxemburg sagte, der Parteivorstand wisse nichts von der Unzufriedenheit, die in zahllosen Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Wenn Genossin Luxemburg nicht bloß die Berichte lesen, sondern häufig solche Versammlungen auch besuchen würde, dann wüßte sie wissen, daß diese Resolution von Versammlungen oft in Orten, wo mehrere tausend Organisierte sind, nur von 100 Männern und Frauen besucht werden, und daß dort einige Phrasen, die von der Partei nicht ernst genommen werden, Reden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Da stellt sich der eine dann hin und verlangt, daß fünf Jahre keine Kinder gemacht werden sollen. (Große Heiterkeit.) So ungefähr sehen diese Geister aus, die sich in der Luxemburgischen revolutionären Phrasologie betrauen. Es sind nicht die Massen. Daß die Massen in Deutschland diszipliniert sind, daß sie völliges Verständnis für einen organisierten Kampf haben, beweisen die Vorgänge beim Westarbeiterstreik. Das hat auch ungeheure Erregung bei einzelnen Parteigenossen hervorgerufen, daß die Westarbeiter die Unterstützung der Organisation nicht fanden. Aber die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit 600 000 organisierten Arbeitern hat einstimmig die Maßnahmen des Vorstandes gut geheißen. Damit sind Organisationsgrundsätze festgelegt, die längst in unseren Organisationen verankert sind. Diese 40 000 Westarbeiter sind nach demokratischen Grundsätzen verpfändet, ihre 600 000 Kollegen zu fragen, die die Opfer für den Kampf aufzubringen haben. Die Gesamtlage des Berufs muß berücksichtigt werden. Solche wilden Kämpfe lehnen wir ab.

Genossin Luxemburg propagiert den Syndikalismus, fortgesetzt Putsche, Aufregung, bald hier ein wilder Streik, bald dort. Diese Dinge sind in Deutschland unmöglich. Dafür haben die Gewerkschaften gesagt. Wobin hat die revolutionäre Taktik in

Italien geführt? Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind aufgegeben worden, die Arbeiter sind machtlos geworden und in Frankreich, wo man auch den Massenstreik propagiert, sind sie ganz unschädlich den Unternehmern gegenüber. Diese Putsche haben gar keinen praktischen Wert. Sie führen nur eine Verschärfung der Hege gegen die Arbeiter herbei. Bleiben wir auf dem Boden, den wir bisher bearbeitet haben. Wir halten fest an dem methodischen Ausbau der Organisation. Wir lehnen diese revolutionäre Projektiererei ab. Lediglich die Disziplin und die Schulung der Massen in festgelegten Organisationen kann dazu führen, die Lage der Arbeiterklasse wirtschaftlich wie politisch zu verbessern. Von dieser alten Kampfweise abzuweichen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. (Lebhafte Beifall.)

#### Schred-Bielefeld:

Scheidemann hat sich nach seiner Erklärung, daß wir hier nicht Selbstverständlichkeiten auszusprechen haben, selbst nicht gerichtet. Auf die Betonung einer Sache kommt es an. Das Aussprechen dessen, was wir im Augenblick nicht können, ist nicht falsch, und schwächt auch nicht unsere Position. Wir haben das immer getan, und das Eingeständnis der augenblicklichen Schwäche hat noch immer dazu gedient, energischer vorwärts zu dringen und so unsere gesteigerte Stärke und Größe mit herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Ankündigung von Mitteln, die das Proletariat nach Erreichung größerer Macht anzuwenden gedenkt, wirkt auch auf unsere Genossen erzieherisch. Da die gesamten Verhältnisse auf den politischen Massenstreik als ein Kampfmittel hinweisen, müssen wir auf seine Anwendung — ob zum Angriff oder zur Abwehr — die Massen vorbereiten. In Berücksichtigung unseres zunehmenden Einflusses auf den Reichstag und die Reichspolitik kann der Zustand der erbärmlichen politischen Rechtlosigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in Preußen, unmöglich noch allzulange ertragen werden. Den Machthabern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das Proletariat letzten Endes bereit ist, alles einzusetzen, um der schmachvollen politischen Anarchie in Preußen ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Betrachten die Herrschenden Preußen als das festeste Bollwerk ihrer Macht, dann gilt es auch für uns, unsere Kräfte auf den entscheidenden Schlag hiergegen zu konzentrieren. Für den Sozialisten darf es ein Unmögliches nicht geben. (Sehr richtig!) Die Herabsetzung unserer bisherigen Tätigkeit und unserer Erfolge schädigt uns, bei aller Selbstkritik dürfen wir niemals unterlassen, auch unser Fortschreiten zu betonen, denn das stärkt unsere Genossen bei der Erfüllung ihrer schweren Pflichten. Die deutsche Arbeiterklasse verdient die Verbesserung ihrer Lebenshaltung, ihren ganzen Aufstieg ihrer Organisation. In dieser liegt auch die Gewähr für die Durchführung großer politischer Massenstreiks. Strategische Fragen haben wir heute nicht zu entscheiden, man sollte deshalb auch das fliegende Feuer nicht mit einer Handbewegung abtun. Von der Disziplin hängt die Form mit ab. Es gilt in erweiterterem Maße zu rufen: mehr Zusammenfluß der Massen, strengste Selbsterziehung zur Tatkraft, Opferwilligkeit und Disziplin. Schlägt dann die Schicksalsstunde in Preußen oder im ganzen Deutschland, dann ist das Proletariat kampfbereit und es wird seine Mission erfüllen. (Bravo!)

#### Heuß-Deßau:

Es ist niemand unter uns, der nicht an die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines Massenstreiks in Zukunft glaubt. Etwas anderes aber ist es, ob wir selbst alles tun müssen, um einen solchen Massenstreik herbeizuführen, nicht etwa überhaupt in irgend welcher Zukunft, sondern jetzt. Ich sehe einen Massenstreik in Deutschland als eine Katastrophe an, aus der wir als Sieger hervorgehen, aber auch ganz außerordentlich geschädigt werden können. Ich erblicke in den Reden der Massenstreikverfechter eine schädliche Ungerade und eine Ueberhöhung unserer Macht. Wir haben doch schon manche Beschlüsse gefaßt, die durchführbar wären, aber noch nicht durchgeführt sind, die viel weniger erfordern und doch an der Radikalisierung der Massen scheitern. Der Schnapsbohloft ist heute schon vollkommen abgekauft, man kann nicht sagen, daß wir in dieser verhältnismäßig unbedeutenden Frage einen wirklichen Erfolg erzielt haben. Machen wir einen Massenstreik in möglichen Dingen! Machen wir mal einen Massenstreik gegen den Schnaps, aber nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat, machen wir einen Massenstreik gegen die Kirche, soweit wir innerlich mit der Kirche verfallen sind! (Sehr gut!) Vor allem muß unsere Taktik so sein, daß sie für die Partei, für die Gewerkschaften und für die Genossenschaften paßt. (Sehr richtig!) Und wie verhalten sich diese beiden Bewegungen zum Massenstreik? Die Gewerkschaften haben geschwiegen, und der Anspruch von Bauer „Laß Schwagen“ deutet darauf hin, wie die Gewerkschaften urteilen. Die Genossenschaften gehen ihre eigenen Wege, die Genossenschaften werden uns einfach ausweichen, wenn wir mit ihnen zusammen den Massenstreik machen wollten, denn der Massenstreik wäre das sicherste Mittel, die Genossenschaften mit einem Schlag bankrott zu machen. Wer immer noch die geringfügige verächtliche Auffassung über die Konsumvereine hat, der schlägt der Magdeburger Resolution ins Gesicht und erkennt nicht die gewaltige Macht gerade dieser Bewegung an. (Sehr richtig!) Das Schädliche an der ganzen Debatte ist, daß dadurch die Arbeit für die Gewerkschaften, für die Genossenschaften und auch die Kleinarbeit für die Partei selbst auf das allerhöchste gehemmt wird. Ich bezweifle nicht, wie man in den Massen den Gedanken hervorbringen kann, ein Tag muß es bringen. Wie wird es ein Tag bringen. In der Resolution Luxemburg und Genossen stehen nichts als starke Ausdrücke und Superlative. Höchste Energie, entschlossene Taktik, konsequente Taktik, Kampfgeist, Idealismus! Ja, muß man uns das erst empfehlen? Liegt das nicht ganz von selbst in allen unseren Bewegungen? Sorgen wir dafür, daß hinter den Worten Taten stehen, wirtschaftliche Taten. Wir haben heute ein erhebliches Stück politischer Macht, aber dieser politischen Macht entspricht nicht ein gleiches Stück wirtschaftlicher Macht. Gegenüber dem Massenstreik, von dem wir hier reden, empfehle ich den Massenstreik der Konsumanten. Erst dann wird der dauernde Erfolg sich an unsere Fahnen heften, wenn wir über eine entsprechende wirtschaftliche Macht verfügen. Ich betone nicht, daß man das unter Sozialdemokraten noch so stark betonen muß, wir haben doch immer gesagt, politische Macht ist eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen Macht. Wenn wir allmählich weiter gehen und wenn dann eines Tages dieser Weg organischer Entwicklung seitens der Gegner mit Gewalt gehemmt wird, dann wird der Massenstreik angebracht sein, dann wird es auch nicht an dem Motiv fehlen, dann werden wir in diesem Kampfe nicht allein stehen, und dann wird der Kampf siegreich sein. (Bravo.)

#### Reichardt:

Im Jahre 1910 war die ganze Partei der Auffassung, daß die Frage der Erringung eines freien Wahlrechts für Preußen die brennendste zentrale politische Frage für Deutschland sei. Wer sich der Stimmung auf dem Preußentage erinnert, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit der preussische Wahlrechtskampf propagiert wurde, wer weiß wie sich damals die Sozialdemokratie im Hundumröhren das Recht auf die Straße erobert hat, wer sich dessen entsinnt und nun heute hier hört, daß das Wahlrecht in Preußen einen allzu ernsten Kampf eigentlich gar nicht lohnt; ja, Genossen, ich kann nicht so schnell umlernen, und ich weiß, daß draußen von den Genossen viele auch nicht so rasch umlernen können. (Sehr richtig!) Das ist der Grund, weshalb, nachdem die letzten Landtagswahlen alle Hoffnungen auf eine preussische Wahlrechtsreform vernichtet haben, der Ruf nach dem Massenstreik spontan aus dem Lande herausgekommen ist. Der mangelhafte Verlauf mancher Versammlungen ist kein Beweis dafür, daß die Massen nicht vom Massenstreik wissen wollen. Wie kann man es so hinstellen, als ob diejenigen, die nach dem Massenstreik rufen, alles Phrasen wären. Richt aus irgend einer Laune irgend eines Akademikers heraus, sondern aus der gesamten Situation heraus ist der Ruf nach dem Massenstreik ertönt. Allerdings



Die Diskussion in eine unglückliche Zeit gefallen, aber das kann kein Grund sein, sie so zu diskreditieren, wie es systematisch geschieht. Ich unterschreibe gewiß nicht alles, was da geredet und geschrieben ist, ich weiß genau, daß auch über die Schür bewahren ist. Aber ich begreife nicht, wie Scheidemann gefiern so unfreundlich gegen jeden Anhänger der Diskussion des Massenstreiks unter den heutigen Umständen polemisieren konnte. Wie konnte er die begeisterten Kämpfer für eine Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts als Praefareure verschreiben und mit ähnlichen Titeln belegen? (Scheidemann: Ist mir gar nicht eingefallen!) Die Resolution des Parteivorstandes soll angeblich das Bekenntnis zum Massenstreik erneuern. Das ist nicht nötig, dies Bekenntnis ist bereits in Jena und Mannheim abgelegt. Die Resolution enthält aber etwas, was sie durchaus ungenießbar macht, das ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Einigung aller Organe der Arbeiterbewegung. (Hört! hört!) Das wird sich schwerlich jemals durchführen lassen. Wenn das Voraussetzung für den Massenstreik gewesen wäre, dann wäre doch niemals ein Massenstreik durchgeführt. Es tritt in dieser Formulierung die Tendenz hervor, den Massenstreikgedanken zu lähmen. Man will der Massenstreikdiskussion Handschellen anlegen. Ich behaupte, daß Scheidemann und andere angelegliche Anhänger des Massenstreiks es nur dem Worte nach sind, daß sie aber im tiefsten Innern Gegner des Massenstreikgedankens sind. Treffen die Bedenken von Scheidemann, Bauer und Bernstein zu, dann ist ein Massenstreik auf absehbare Zeit ein Un Ding, und dann brauchen wir überhaupt keine Resolution zu fassen. Unsere Resolution nimmt gegenüber dem Massenstreikgedanken eine freundlichere Haltung ein als die des Parteivorstandes. Resolutionen allein genügen aber nicht, der Massenstreik muß vorher diskutiert, der Gedanke muß in den Massen lebendig gemacht werden, damit nicht, wenn der Massenstreik einmal ausbricht, er in Form eines wilden Streiks zum Ausdruck kommt. Die Waffen, die wir in der Vergangenheit angewandt haben, haben nicht genügt. Dem es ernst ist mit dem Massenstreik, der muß unserer Resolution zustimmen. In der preussischen Wahlrechtsfrage gibt es für uns kein Galt, kein Zurück, sondern noch wie vor nur ein Wortwärt. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Frank-Rannheim:

Parteilgenossen, da sind wir nun glücklich so weit, daß wir nicht die große Frage diskutieren, ob wir den Massenstreik zum Angriff benutzen wollen, sondern die kleine Frage, ob wir über den Massenstreik reden dürfen. Ich kann nicht finden, daß diese Entwicklung ein Weg aufwärts ist. Der Parteivorstand möchte am liebsten ein Schweigegebot haben. Das ist überaus gefährlich für mich. Es wäre recht belehrend, wenn wir für die Delegierten des Parteitagess zusammenstellen wollten, was in den letzten drei Jahren im „Vorwärts“, in allen Parteiblättern, in Flugblättern der Partei an offenen und versteckten Drohungen mit dem Wahlrechtsstreik geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Es wäre sehr belehrend, wenn wir zusammenstellen wollten, was noch in diesem Jahre bei der Raiffeisen in tausenden Versammlungen in der Richtung gesagt worden ist, was auch im Reichstag darüber gesprochen worden ist, ohne daß ein einziges Mal der Parteivorstand die alte Weisheit ausgegraben hätte: „Lieber Ede, so was tut man, so was sagt man nicht.“ Ich will nicht prüfen, inwiefern diese Lebensweisheit, die feinerzeit unser alter Auer an Eduard Bernstein geschrieben hat, für das Verhalten des einzelnen eine richtige Lehre ist. Aber darüber ist doch kein Zweifel: Wenn wir wirklich ernstlich wollen, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten einmal Opfer, schwere Opfer bringen, nicht für ein paar Pfennige Lohnverhöhung oder für Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Opfer bringen für etwas, das ihnen keinen unmittelbaren persönlichen Vorteil bringt, dann kann man sich — darin stimme ich der Genossin Luxemburg bei — nicht darauf verlassen, daß die nötige Stimmung und Vergeistigung über Nacht wie ein Tau vom Himmel fällt, sondern dann ist notwendig — darüber war bis vor wenig Wochen in der Partei nur eine Meinung —, daß wir den Massen sagen, was wir wollen, daß wir die Millionen erziehen und begeistern für dies große Ziel. Das heißt, lieber Genosse Scheidemann, nicht mit einer Waffe spielen, das heißt, die Waffe erst schärfen. (Sehr richtig!) Wenn einer oder der andere unserer Parteigenossen ein Argument daraus entnommen hat, daß ich vor einiger Zeit in einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf mich offen dahin ausgesprochen habe: Wir kommen in Preußen, wie die Dinge jetzt liegen, nicht weiter ohne die Waffe des Massenstreiks, so habe ich von dem, was ich dort gesagt habe, keine Silbe zu bedauern und kein Wort zurückzunehmen. (Bravo!) Damals war in den weitesten Kreisen der Partei tiefe Nüchternheit, eine trostlose, hoffnungslose Stimmung über das Ergebnis der preussischen Wahlen. (Widerspruch und Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns nicht täuschen. Ich sage Ihnen ganz offen und scheue mich nicht, das auszusprechen: Ich will jetzt dahingestellt sein lassen, ob durch eine andere Taktik bei den Landtagswahlen vielleicht die Wahlreform auf einem anderen Wege hätte ein Stück vorwärts geschoben werden können. (Sehr richtig!) Darüber zu sprechen, ist jetzt nicht der Ort und die Zeit. Nachdem einmal dieser Weg nicht beschritten war, und nachdem dann die Wahlen das bekannte Ergebnis hatten, nachdem es also ausichtslos geworden war, innerhalb des Parlaments einen Schritt vorwärts zu kommen, da war es Sache der Partei, sich darüber klar zu werden, daß jetzt der andere Weg nur übrig bleibt, das ist der Weg außerhalb des Parlaments, der Weg des Massenstreiks. Das damals zu sagen, hielt ich für mein Recht und für meine Pflicht, weil ich glaubte, es sei nicht gleichgültig, ob die Regierung und die gegnerischen Parteien sich einbilden, es hänge jetzt nur von ihrem Willen, von ihrer Gnade ab, ob sie dem Proletariat in Preußen das Recht geben wollen, das das Proletariat haben muß. Ich glaube auch, es sei vielleicht nicht ganz werlos, wenn in jenem Augenblick in recht augenfälliger und deutlicher Weise allen klar gemacht würde, daß es in der Frage des preussischen Wahlrechts innerhalb unserer Partei kein Nord und Süd, kein Rechts und Links gibt, sondern eine einheitliche Schlachtlinie zur Erlämpfung unseres Rechts. Das habe ich damals gesagt, weil ich damals noch der Meinung war, daß in dieser Vorfrage zweierlei Ansichten bei Sozialdemokraten überhaupt nicht vorhanden sind. Ich scheue mich nicht auszusprechen, daß einzelne Wendungen, die heute Genosse Bauer vorgetragen hat, mit das Bedauerlichste sind, was ich auf einem sozialdemokratischen Parteitage gehört habe. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bauer hat, darin stimme ich ihm bei, gewarnt vor der Veranschaulichung an revolutionärer Phrasologie. (Sehr richtig!) Noch gefährlicher oder wäre es, wenn die revolutionäre Phrasologie verdrängt würde durch eine konservative Phrasologie. (Bravo!) Das wir in Preußen und in Deutschland solange keine Ruhe geben dürfen, solange nicht das jegliche Wahlrecht aus der Welt geschafft ist, daß das eine Ehrensache für uns ist, darüber dürfen wir nicht streiten, wir machen uns sonst lächerlich vor der ganzen Welt. (Bravo!)

Die der Massenstreik, wenn er zur Tat wird, aussehen soll, darüber gibt es ja zwei große Gruppen von Meinungen. Ich kann mich in der Richtung fast in allen Punkten dem anschließen, was Genosse Scheidemann für den Vorstand erklärt hat. Ich bin allerdings der Meinung, wir müssen vom Ausland lernen in diesen Dingen. Aber wir sind gezwungen, bei der Ausführung so großer Aktionen uns der Kräfte zu bedienen, die wir nun einmal in der Hand haben. Wir haben nicht in unseren Arbeitern diesen revolutionären Schwung romanischer Länder, aber wir haben gewaltige Organisationen, die in der Welt vielleicht nicht ihresgleichen haben, um die wir zweifelnd werden. Wenn der Massenstreik kommt, muß er sich gründen und stützen auf diese gewaltigen Organisationen, er muß planmäßig vorbereitet sein, und er kann und wird bei der Disziplin der deutschen Arbeiter friedlich durchgeführt werden. Der Genosse Scheidemann hat sich mit ein paar Worten auch beschäftigt mit einer Anregung, die ich nebenbei in der Versammlung in Wilmersdorf in die Debatte geworfen habe. Ich habe gesagt, es wäre möglich, wenn der Massenstreik kommt, daß er nicht im ganzen Reich auf einen Schlag entfällt, sondern von Industriegebiet zu Industriegebiet sich fortpflanzt. Ich sagte

das im Anschluß daran, daß ich zur Aufgabe stellte, wir dürften die herrschenden Gewalten nicht zur Ruhe kommen lassen. (Sehr richtig!) Und müßten deswegen die Aktion wie ein fliegendes Feuer von einem Industriegebiet zum anderen mit disziplinierten Massen, die dazu bereit sind, daß man jedenfalls diesen Voranschlag nicht mit einem schlechten Scherz abtun kann, wie das Scheidemann versucht hat. Ich nehme an, daß er einen guten Witz nicht zur Verfügung hatte. (Heiterkeit.)

Was soll nun in diesem Augenblick geschehen? Wir haben die Resolution des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind viel zu kluge Politiker, um nicht zu wissen, daß an diesem Dinge eigentlich kein Mensch eine rechte Freude hat. (Sehr richtig!) Ich glaube, nicht einmal der Parteivorstand selbst. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn wir sie ansehen: es ist kaum ein unrichtiger Satz darin. (Heiterkeit.) Wer hat etwas dagegen einzunehmen, daß wir mit allen Mitteln die Organisation stärken? Wer ist nicht überzeugt, daß für eine solche Massenaktion all die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, von denen die Rede ist, alles Dinge, über die wir nicht streiten. Aber wenn ich sagen sollte, was darin fehlt — ich kann es schwer in Worte fassen, ich habe das Gefühl, es fehlt darin der Ausdruck eines starken politischen Willens. (Sehr richtig!) Es wird mir zugerufen, es habe darin gestanden, ich weiß nicht, wer stark genug ist, diesen diktatorischen Parteivorstand zum Verzicht auf das Wichtigste zu bringen. (Zuruf: Die Instruktionen?) Es ist dann noch eine Resolution da, die den Namen Luxemburg trägt. Es ist eine lange Resolution (Heiterkeit), und ich kann nicht finden, daß diese vielen Worte das, was der Parteivorstand mit wenigen Worten nicht sagt, besser ausdrücken. (Heiterkeit.) Ich habe aber ein Bedenken gegen diese Resolution. Genosse Bauer hat schon angedeutet, daß die Resolution in direkter Linie abstammt von der Resolution 12 aus Niederbarnim. Das wäre an sich kein Unglück, es kann auch aus Niederbarnim einmal was Gutes kommen. (Heiterkeit.) Aber die Resolution ist im wesentlichen wirklich abgeschrieben von der Resolution Niederbarnim, es sind nur einige nicht bedeutungslose Änderungen, seltsame Änderungen vorgenommen worden. Es ist dort die Rede davon, man müsse eine solch scharfe revolutionäre Taktik anwenden, wie sie dort empfohlen ist. Hier sind die Worte „scharfe revolutionäre“ gestrichen worden. In jener Resolution ist der Schlusssatz angefügt: „eine solche Taktik, die vor keiner Konsequenz zurückschreckt“. Auch diese Worte sind gestrichen. Ja, liebe Genossin Luxemburg, wenn auch Sie zu dämpfen anfängen! (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wenn ich eine gebämpfte Resolution haben will, dann nehme ich lieber die des Parteivorstandes. Der versteht das besser als Sie. (Heiterkeit.)

Ich komme zu dem Ergebnis: die entscheidende politische Wirkung — und darauf kommt es an — unserer heutigen Verhandlungen wird nicht davon abhängen, ob ein Wort mehr oder weniger in der Resolution drinsteht, sondern sie wird davon abhängen, welchen Eindruck draußen die Massen und die Regierung gewinnt, von dem Geist und dem Willen, der hinter unseren Beschlüssen steht. Da ist von allergrößter Wichtigkeit, was Sie auch beschließen mögen, daß draußen nicht der Irrtum entsteht, als wolle die Sozialdemokratie in dieser Frage bloß auf der Stelle treten oder sich gar rückwärts drängen lassen. Ich verstehe ganz gut, daß die Genossen vom Parteivorstand und von der Generalcommission von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl befeelt sind und geneigt sind, zu bremsen. Aber es müssen auch Kräfte da sein, die vorwärtsstreben. Wenn alle bremsen, dann kommt eine Bewegung heraus, die nichts weniger als vorwärts führt. Wir müssen darüber Klarheit nach außen schaffen, dafür sorgen, daß darüber kein Zweifel besteht: es bleibt dabei, in Preußen kommt entweder eine Wahlreform oder es kommt ein Massenstreik. Das muß die Lösung bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Lebour:

Ich freue mich, zum größten Teil mit den Ausführungen des Genossen Frank durchaus einverstanden zu sein. In allem, was er zur Rechtfertigung der Notwendigkeit eines Vorwärtsschreitens auf diesem Gebiet sagte, hat er durchaus meinen Anschauungen entsprochen. Auch darin, was er an kritischen Bemerkungen einflacht gegenüber den Ausführungen der Vertreter der Anschauungen des Vorstandes und einer anderen Instanz, der Genossen Scheidemann und Bauer, hat er durchaus das Richtige getroffen. Aber ich war doch höchst überrascht, als er, nachdem er die Vorstandsresolution in Grund und Boden kritisiert hatte, dann wieder alles Erwärmen erklärte: Ja, die andere Resolution laugt auch nichts. Die sei ja gebämpft, und das verstehe der Parteivorstand besser, daher sei es ratsamer, keine Resolution anzunehmen. (Scheidemann: Sehr richtig!) Dies Sehr richtig! des Genossen Scheidemann desaboniert besser die Deduktionen des Genossen Frank, als ich es vermöchte. Ich möchte ihm gegenüber mit einer Wendung bedienen, die er selber gegenüber Scheidemann gebraucht hat: er wollte nicht gern der Resolution, die wir eingebracht haben, zustimmen, und war in tödlicher Verlegenheit nach seinen sonst trefflichen Ausführungen, einen Grund dafür zu finden. Er suchte nach einem Witz, um sich aus der Situation zu retten, und da er keinen fand, griff er nach einem schlechten. (Große Heiterkeit.) Um das zu motivieren, konstruierte er sich, daß unsere gebämpfte Resolution aus dem Niederbarnimer Embryo durch Dämpfung hervorgegangen sei. Das ist ein Irrtum. Es ist bezeichnend, daß dieselben Personen in Niederbarnim, die hier mitgearbeitet haben, daß in beiden Resolutionen gleiche Wendungen wiederkehren. Es ist überhaupt sehr schwierig, über diese Frage sich so auszudrücken, daß man nicht Worte und Wendungen nimmt, die andere Leute, die im Grunde dasselbe wollen, auch schon gebraucht haben. Aber es ist nicht etwa die Niederbarnimer Resolution genommen und dann irgendwie gebämpft oder geändert, sondern nach einer Aussprache haben einige Genossen die Ausarbeitung dieses Dinges übernommen, und die Genossin Luxemburg ist ganz unschuldig an dem, was Sie eine Dämpfung nennen. Es ist gar keine Dämpfung beabsichtigt, es sind nur im Zusammenhang, im logischen Aufbau vielleicht andere Wendungen für denselben Gedanken gebraucht worden.

Ich möchte auf einen Gesichtspunkt hauptsächlich Ihre Aufmerksamkeit lenken. Was ist denn letzten Endes der Grund, daß wir überhaupt jetzt in dieser Zeit, in diesem Jahre, dazu gedrängt werden, einen energischen Schritt vorwärts zu gehen zu dem Mittel des Massenstreiks? Parteigenossen, das entspricht dem kolossalen Anwachsen unserer Bewegung, das zum Ausdruck gekommen ist in den enormen Erfolgen bei den Reichstagswahlen, die den Gegnern einen Schreck in die Glieder gejagt haben, nicht weil wir 110 Männer in den Reichstag gebracht haben, sondern weil wir 4 1/2 Millionen Männer aufgebracht haben auf dem Schlachtfeld, die für die sozialistischen Ziele eintreten. Die Wirkung dieser Tatsache auf die Gegner ist die, daß sie sich immer enger zusammenschließen, daß auch im Parlament eine Annäherung der bürgerlichen Parteien erfolgt ist, die zusammengeschnürt sind durch das bedrohliche Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung. Gerade daraus resultiert der scheinbare Widerspruch, daß die starke sozialdemokratische Fraktion an positiven Erfolgen, um diesen oft zitierten Ausdruck zu gebrauchen, im Reichstag gegenwärtig weniger erreichen kann, als zu gewissen Zeiten, wo sie schwächer gewesen ist. Das beruht darauf, daß wir einem Zeitpunkt uns genähert haben, wo in Wirklichkeit der Sozialdemokratie eine geschlossene Balance der bürgerlichen Parteien gegenübersteht. In dieser Entwicklung der Partei zu ihrer gewaltigen Stärke wird es eine Aufgabe von gebieterischer Notwendigkeit, daß wir mit Massenaktionen einsehen, um dadurch erst in der gegenwärtigen Lage parlamentarisch erfolgreiche Tätigkeit für uns zu ermöglichen.

Parlamentarismus und Massenaktionen sind richtig verstanden keine Widersprüche, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen. (Sehr richtig!) In den Jugendzeiten der Partei, wenn die Bewegung schwach ist, kann man auf Massenaktionen verzichten. Da kann die parlamentarische Kritik allein die Wirkung ausüben, die Bewegung vorwärts zu treiben und zu festigen, was heute

nur noch durch große Erfolge erreicht werden kann. Wir lassen es nicht fehlen an parlamentarischer Kritik, und Sie werden mir aufs Wort glauben, wenn ich sage, daß ich der Überzeugung bin, der die parlamentarische Kritik unterschätzt. Gerade aber im Interesse der parlamentarischen Tätigkeit müssen wir zu Massenaktionen kommen. Die Zeit ist gekommen in der Partei, wo um ein Wort von Engels anzuwenden, die Quantität umschlagen muß in die Qualität. Je mehr wir der Durchsetzung unseres Endzieles uns nähern, können wir nur noch durch Massenaktionen überhaupt etwas erreichen. Wenn die Gegner sich darauf verlassen können, daß die gegen die Massenaktionen gerichteten Worte von Bauer der Ansicht der Partei entsprechen, dann brauchen sie die Partei nicht zu fürchten. (Sehr richtig!), dann können sie sich alles erlauben, dann würden wir die wunderbarsten Dinge erleben. Nur dadurch, daß den Gegnern durch unser Auftreten, durch unser Vorgehen die Ueberzeugung sich einprägt, daß es unter Umständen zu den gewaltigen Massenaktionen, Massenstreiks und Massenkämpfen kommen wird im Fortlauf der Bewegung, nur dadurch können wir heutigen Tages noch einen Druck auf die gemäßigten zusammengekauften Gegner ausüben. Nehmen Sie unsere Resolution an. Sie werden dadurch der Bewegung der sozialdemokratischen Partei den besten Dienst in der Gegenwart erweisen. (Lebhafte Beifall.)

Pannetier-Bremen:

Die Diskussion über den Massenstreik wird von verschiedenen Seiten als zwecklos bezeichnet. Wenn aber der Massenstreik kommt, dann würde es die Bewegung schwer schädigen, wenn innerhalb der Organisation nicht durch eine Diskussion der Frage mögliche Klarheit geschaffen worden ist. Wie nötig eine Klärung über diese Frage ist, beweist eine Aeußerung von Scheidemann, über die man sich bei einem Parteivorstandsmittglied wundern muß. Er warf uns vor, wir wollten die Massen für das allgemeine Wahlrecht begeistern, sehen aber zu diesem Zweck den Parlamentarismus heran. Das ist nur scheinbar. Wenn für den preussischen Landtag das allgemeine Wahlrecht bestände, dann wäre die Regierung viel mächtloser gegenüber dem Reichstag, der jetzt in der Tat durch den Bundesrat in seiner Macht außerordentlich beschränkt wird. Daraus ergibt sich, daß erst durch Massenaktionen, die für Preußen das Wahlrecht erobert, der Wert des Parlamentarismus verwirklicht werden kann. Wenn Scheidemann sagt, unser demokratisches Empfinden müsse sich dagegen sträuben, daß wir als Minderheit unseren Willen der Mehrheit aufdrängen, so kommen wir damit um den Standpunkt der Diskussion von 1903: solange man eine Minderheit ist, ist der Massenstreik nicht möglich und sobald er eine Mehrheit ist, ist er nicht mehr nötig. Ziele für Massenaktionen sind immer nur solche, die direktes Interesse für die Mehrheit der Bevölkerung haben. So etwas ist das allgemeine Wahlrecht. Das sozialdemokratische Proletariat kann daher ruhig zum Massenstreik greifen, in dem Bewußtsein, daß es sicher die Mehrheit der Bevölkerung mit bekommt, wenn diese nur erst genügend aufgerüttelt ist. Scheidemann sagte selbst, daß wir bei einer solchen Aktion sicher drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Damit hat er den bündigen Beweis dafür geführt, daß die Resolution des Parteivorstandes unhaltbar ist, denn dort wird gesagt, daß der Massenstreik nur ausgeführt werden kann von Massenbewußten Massen, die für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert sind. Das wäre nichts als die alte katastrophale Auffassung, daß wir mit einer großen Aktion den Sozialismus erobert hätten. Die weiter in der Resolution geforderte volle Uebereinstimmung aller Instanzen bei der Durchführung eines Massenstreiks wird nie stattfinden. Nehmen Sie also unseren Änderungsantrag an. (Bravo!)

Dr. David:

Durch die Ausführungen Frank's ist die Diskussion aus der Sphäre der Prinzipien in die der aktuellen Diskussion getreten. Die Frage lautet jetzt: sind wir entschlossen in der Frage des preussischen Landtagswahlrechts zum Massenstreik zu greifen? In der prinzipiellen Frage, ob wir den Massenstreik unter gegebenen Umständen überhaupt einmal in Anwendung bringen wollen, waren wir einig, aber in der Frage der aktuellen Anwendung in Sachen des preussischen Wahlrechts sind wir nicht einig. Ich teile auch nicht die Auffassung Bauers, daß die preussische Landtagswahlreform eine Frage von sekundärer Bedeutung sei. (Sehr richtig!) Ich halte sie für die Zentralfrage der innerdeutschen Politik. (Sehr richtig!) Wenn ich mit Frank der Meinung wäre, daß diese Zentralfrage nur durch den Massenstreik in unserem Sinne gelöst werden könnte, so würde ich auch für ihn eintreten. Ich habe aber die tiefe Ueberzeugung, daß der Massenstreik in den nächsten Jahren nicht zur Eroberung des preussischen Wahlrechts, sondern zu einer für die baren Katastrophe für die moderne Arbeiterbewegung führen würde und deshalb erhebe ich meine Stimme, um Sie vor diesem Wege zu warnen. Es ist ein Wahnglaube, daß man mit diesem Mittel den preussischen Militär- und Polizeistaat aus den Angeln heben könnte. Wir sind eine Minderheitspartei in Preußen wie in Deutschland, die größeren Massen stehen drüben im gegnerischen Lager. Unter den 8 Millionen der gegnerischen Stimmen sind Kapitalisten und kapitalistisch Interessierte noch keine 2 Millionen. Die anderen 6 Millionen, und das sind mehr wie wir, gehören den arbeitenden Volksmassen an und die stehen gegen uns. (Hört! hört!) Der Massenstreik ist unmöglich für absehbare Zeit, weil die Massen dagegen sind. Die Mehrheit auf der anderen Seite hat den Polizeiparapparat und die Militärmaschinerie für sich. Ihr sind wir erst gewachsen, wenn wir zur Mehrheitspartei im deutschen Reich und in Preußen würden. Dazu braucht es aber noch Zeit und Arbeit. Wer der Meinung ist, daß man unsere Armeedemokratie blutige Niederlagen an einen kommenden Sieg gewöhnen müßte, der mag die Taktik von Rosa Luxemburg verfolgen. Eine Kette von Revolten wäre die unermessliche Folge eines Massenstreiks so lange wir nicht den Massen den wirtschaftlichen Rückhalt geben können, daß sie mindestens 2 bis 3 Monate ohne Arbeitsdienst ihr Leben fristen können.

Was für den Kampf in militärischen Sinne das Pulver ist, das ist für den Kampf bei der Arbeitsverweigerung das Brot. (Sehr richtig!) Auf Hungerevellen lauern so unsere Gegner wie Heubrand, der gesagt hat: wenn es einmal hart auf hart geht, dann ... Genossin Luxemburg hat ihre Taktik dadurch abzusuchen gesucht, daß sie sagte, beim Jarenbesuch habe man nicht einmal eine kleine Gegendemonstration gewagt. Das ist eine Verschleierung. Sie sagte damals in der Versammlung, die Sozialdemokratie hätte eine Demonstration veranstalten müssen, daß der Jar an seinen Aufenthalt in Berlin zeitweilig denken und es ihm nicht noch einmal geläutet würde, nach Berlin zu kommen. (Hört! hört!) Das wäre wohl erreicht worden durch eine Protestversammlung in der Hafenbeide (Heiterkeit) oder durch „Vorwärts“-Zeitartikel im Sinne von Rosa Luxemburg? (Heiterkeit.) Wenn die Worte der Genossin Luxemburg nicht diesen Sinn haben sollten, dann frage ich welchen Sinn? Wo das Militärpalast bildet, die Polizei in Haufen stand und Geheimpolizisten in Massen verteilt waren, was wäre da wohl der Erfolg einer sozialdemokratischen Massenemonstration auf den Straßen gegen den Jaren gewesen? Ich will das nicht aussprechen. Wer diese Taktik im Auge hat, darf wohl sagen, wenn das Arbeiterbrot erst das Pflaster färbt, dann kommen wir vorwärts, aber einmal nur in der Geschichte sind durch akustische Effekte Rauern eingeleitet worden im alten Jericho, und das wird neuerdings von der Wissenschaft bestritten. (Große Heiterkeit.) Mit Wut erobert wir die Positionen des preussischen Militärstaates nicht. Das haben wir doch eigentlich längst gewagt und unsere Taktik auf die Revolutionsierung der Köpfe eingerichtet und nicht auf die Stragendemonstrationen, die den nicht ausgesprochenen Zweck von Zusammenstößen haben, um dadurch die nötige Stimmung zu erzeugen. Wenn wir einmal die Bewegung der Arbeitsverweigerung ins Auge fassen, dann muß Munition vorhanden sein. Dann werden die großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen nicht vertragen, auch die gesellschaftlichen nicht.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)



# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

**Dr. David:** Wie jede öffentliche Sparkasse, so können auch die Genossenschaften den Mitgliedern, wenn sie in Not sind, ihre Hilfe angeheben lassen. Für die ersten zwei Wochen im politischen Generalstreik dürfen die Partei- und Gewerkschaftsläden gar nicht in Anspruch genommen werden. Wir wollen die politische Macht erobern und auf diesem Wege liegt auch die Eroberung des preussischen Wahlrechts. Wir fassen hier die Agrarfrage an. Wenn wir die Massen auf dem Lande für uns gewinnen, so bedeutet das die Eroberung der politischen Macht. Die Arbeit in derselben Richtung wie bisher mit aller Macht fortzuführen, das ist unsere Pflicht und nicht die Einschlagung einer Taktik, die zu schweren Niederlagen führen muß. Deshalb verweigere ich durchaus nicht, auch ohne Massenstreik vorwärts im rechten Sinne zum Sieg! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

## Nachmittags-Sitzung.

### Grumbach-Elsch:

Fassen wir die bisherige Diskussion zusammen: Niemand hat gesagt „sofort“ und niemand hat gesagt „nie“. Alle zusammen, sowohl die Massenstreikfanatiker, wie die anderen, sind sich der ungeheuren Schwierigkeiten eines Massenstreiks in Deutschland voll und ganz bewußt. Revolutionäre Phrasologie wurde nicht in übertriebener Weise gebraucht und selbst dort, wo die Forderung ihre stärkste Formulierung fand, war man sich sehr wohl bewußt, daß in Deutschland ungeheure Arbeit durchzuführen ist, ehe wir einen Massenstreik mit Aussicht auf Erfolg beginnen können. Früher wurde ein Buch von Rudolf Hilferding mit Sympathie begrüßt, in dem erklärt wurde, in Deutschland könne der Massenstreik nur ein direkter und zwar der letzte entscheidende Zusammenstoß zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein. Heute sieht niemand mehr auf diesem Standpunkt, sonst wäre es ja ein Verbrechen, jetzt schon den Massenstreik aktiv zu propagieren. Die Mahnungen Davids waren tief berechtigt, wenn auch seine Schlussfolgerungen zu weit nach rechts gehen. Wir alle tragen diese Mahnungen tief in uns. Der Massenstreik kann evtl. ein Mittel sein, um Reformen durchzubringen, hüten wir uns aber, zu rasch vorzugehen. Wir gelten in den anderen Ländern für schwerfällig, für einen gewaltigen Dynamen, in dem der elektrische Strom immer in sich selbst herumspinnert, statt nach außen zu gehen. Wäre es so — nun, wir müssen dafür sorgen, daß dieser Strom der Energie nicht zu früh und nicht stark losgelassen wird, damit er nicht richtige Leitungen verbrennt und damit nicht die kostbare Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften geschädigt wird. Hat doch in Frankreich die Frage des Generalstreiks, die Spaltung zwischen Gewerkschaften und Partei mitersehnt. Jetzt ist diese unheilvolle Spannung im Schwinden begriffen und zwar in dem Augenblick, in dem die sozialistischen Gewerkschaften von dem Repetier-Generalstreik abkommen. In Deutschland sind die politischen Verhältnisse uns ungünstig und auch der politische Charakter des einzelnen Arbeiters ist es, in dem Augenblick, in dem wir heute schon in die Aktion eintreten. In Deutschland ist uns nicht die Revolutionierung der einzelnen Geister in dem Sinne genommen, daß sie in einem persönlichen politischen Selbständigkeitsgefühl, das unbedingt die Basis abgeben muß zur wahren bürgerlichen und sozialistischen Demokratie. Für uns aber haben wir unsere Organisation und Disziplin. Der Massenstreik darf nicht die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen wollen, während er nur das Resultat der erfolgten Revolutionierung sein darf und sein kann. Darum heißt es, für diese schärfste Waffe die nötigen Vorbereitungen zu schaffen. Jemand etwas muß geschehen, das die Lähmung der deutschen Massen beseitigt. Es ist nicht die Lähmung des Parteivorstandes, der Führer, der Gewerkschaften. Wünschen die Massen wirklich den Generalstreik, dann würde kein Bremsen helfen. Beweis Belgien. Die Massen müssen reif gemacht werden, um in Preußen möglichst bald eine Umwälzung herbeizuführen durch die Verwirklichung der preussischen Wahlreform. Wir müssen uns hundertfach überlegen, ehe wir dieses Schwert ziehen, aber wenn wir es ziehen, dann müssen wir zum sicheren Siege kommen. (Beifall.)

### Schumann-Berlin:

Manche Redner verkennen völlig die wirtschaftlichen Kräfte sowie das gesamte Kräfteverhältnis der sich in Preußen-Deutschland gegenüberstehenden Parteigruppen und manche Reden beweisen eine außerordentlich geringe Kenntnis der Schwierigkeiten, die sich unserer organisatorischen Arbeit entgegenstellen. Massenstreikdiskussion ist erst in die Massen hineingetragen worden. Von der allgemeinen Unzulänglichkeit, die Frank konstatiert hat, habe ich nichts verstanden, abgesehen ich mit den Arbeitern in engerer Fühlung stehe. Es sind nur die gewöhnlichen Erscheinungen bei jeder Krise hervorgetreten und verstärkt durch das Ausbleiben der erwarteten Wirkung unserer politischen Erfolge. Es war richtig, daß wir den Massen auseinandersetzen, daß wir trotz dieser Erfolge noch nicht stark genug sind, unseren Willen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet durchzusetzen. Die ganze Massenstreikdiskussion hat großes Unheil in den Organisationen angerichtet (Hört! hört!), weil den mihmutigen Arbeitern, die wenig verdienen und zum Teil arbeitslos sind, die Lust an der einzig vernünftigen und Erfolg versprechenden Organisationsarbeit zum großen Teil genommen worden ist. (Hört! hört!) Wenn wir die Leute in den Versammlungen zur intensiven Kleinarbeit auffordern, um unsere Organisationen über die Krise ohne große Opfer und ohne Rücksicht hinwegzuführen, so muß die natürliche Folge von Ausführungen, wie die der Genossin Luxemburg (daß nicht die organisierten, sondern die unorganisierten Massen sind gegebenenfalls zum Siege führen würden) sein, daß unsere werbenden Kräfte in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlahmen und daß diejenigen, die noch nicht fest zu uns gehören, ja, wenn die dies Abwehrmittel haben, dann ist ja die ungeheure Kleinarbeit unendliche Energievergeudung. Die Leute sagen, daß dann die ganze Frage mit einem Schläge zu lösen sei und man sich mit der Aufklärung der Indifferenten über die Notwendigkeit der Organisation nicht aufzuhalten brauche. Daß Rosa Luxemburg in der Tat der Meinung ist, daß festgefügte Organisationen nicht unbedingt Erfordernis zur Erreichung von Erfolgen sind, beweist ihr Hinweis in der „Neuen Zeit“ darauf, daß der Metallarbeiterkampf in Opatowitz von 20 000 Arbeitern geführt wurde, von denen 17 000 unorganisiert waren. Sie führt aus, daß der Kampf tadellos geführt wurde und nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch die Zahl der Organisierten verdoppelt habe. Obgleich sie selbst von einer Aussperrung spricht, zeigt sie sich auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes so wenig erfahren, daß sie nicht weiß, daß die 17 000 unorganisierten Arbeiter von den Unternehmern durch die Aussperrung in den Kampf hineingezwungen worden sind. Solche Dummheiten der Unternehmern sind öfter vorgekommen und haben mancher Organisation genützt. Wer aber in den Arbeitern den Glauben erweckt, daß die festgefügte Organisationen im Kampf gegen das Unternehmertum nicht nötig seien, sündigt schwer an der Arbeiterbewegung. (Ruf: Wer sagt denn das?) Diese Tendenz zieht sich wie ein roter Faden durch die Ausführungen mancher Genossen und Genossinnen. Die Wirkung der bisherigen Massenstreikdiskussion ist eine äußerst unangenehme und es ist dringend zu wünschen,

wenn mit diesem Parteitag der Sache ein Ende gemacht und wir uns wieder zusammenfinden würden auf der bisherigen bewährten Grundlage der unermüdbaren Organisations- und Agitationsarbeit. Nach den Ausführungen Bauers könnte es so scheinen, als ob uns ein freies Wahlrecht in Preußen nicht den Kampf lohnte. Ich möchte diese Ansicht nicht aufkommen lassen, weil wir alle wissen, daß Preußen der Hort der Reaktion gegen freiheitliche Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in Deutschland ist. Wenn aber die preussische Wahlrechtsfrage auch eine wichtige Frage ist, so ist sie doch nicht eine Lebensfrage in dem Sinne, daß man jahrzehntelange Erfolge auf das Spiel setzt und einen Kampf führt, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist. Wir sind im Moment nicht so stark, um den Kampf gegen die preussische Reaktion wagen zu können und deshalb bleibt uns nichts weiter übrig, als nach dem bisherigen Rezept dafür zu sorgen, daß anstatt 25 Proz. 30, 40, 50 Proz. und mehr der Arbeiter organisiert werden. Daß die Bilanz für einen zukünftigen Kampf mehr und mehr geschlossen wird. Wenn wir diese Arbeit leisten, dann haben wir, um mit David zu reden, die Munition geschaffen, die zu einem solchen Kampf notwendig ist, und dann haben wir den Erfolg vorbereitet. (Beifall.)

### Alara Setkin:

Zu den Höllern und Sündern, die Scheidemann gestern wegen unberechtigter Kritik an den Schandpfeil angezapelt hat, gehöre auch ich. (Heiterkeit.) Zwei Auszehrungen, die er zitiert hat, von der greifbarsten Ermattungsstrategie und von dem Organisationshochmut stammen von mir her. Ich halte sie in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind, durchaus aufrecht. Von der Ermattungsstrategie habe ich gesprochen in einem Artikel im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geschichtliche Entwicklung in Deutschland uns allmählich zwingt, aus der Defensive, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, herauszugehen zu einer kraftvollen immer schärfer vorwärts dringenden Angriffspolitik auf der ganzen Linie nach dem allbewährten Grundsatz: der Dieb ist die beste Verteidigung. Meines Erachtens zwingt uns die im Zeichen des Imperialismus stehende wirtschaftliche und politische Situation dazu, zu einer solchen scharfen Angriffspolitik überzugehen, nicht nur um den Gegnern gegenüber zu bestehen zu sein, sondern auch um in immer größerer Nähe die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren.

Es ist nicht das sanfte Säuweln einer nach Konfessionen lästern Politik und Taktik, die diese Massen weckt, sondern vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir selbst anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weite Masse des Klassenbewußtseins und schult es dort, wo es bereits erweckt worden ist. Eine solche Taktik wendet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene stolze Banner der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, daß meines Erachtens sowohl der Kampf gegen Militär- und Verdunsvorlagen wie auch die preussische Wahlreform nicht den vollen Erfolg erzielt hat, den wir gerade auf Grund der mühe- und opferreichen Kleinarbeit erwarten durften. Von Organisationshochmut habe ich wortwörtlich so gesprochen: ich erklärte, ich begreife nicht nur, sondern finde gerechtfertigt den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre mächtigste Organisation. Die Theorie ihres Kampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten, die Organisation ist ihr eigenes stolzes Werk, und sie hat sie aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, wie vielleicht das Proletariat keines anderen Landes. Ich habe ferner erklärt, das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse eine stolze und umfassende Organisation, weil das Proletariat in seiner Gesamtheit einer organisierten Macht gegenübersteht, weil der einzelne im Proletariat schwach ist. Dieser Umstand macht es notwendig, daß wir die Organisation nie genug schätzen können. Und wird die Pflicht auferlegt dadurch, bis zum letzten Atom der Kraft so zu arbeiten, als könnten wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineinziehen. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, daß uns das nicht gelingt, und wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten draußen abschießen.

(Unruhe.) Das dürfen wir um so weniger, weil die Krise und immer daran erinnert, daß es nicht eine dicke Mauer ist, sondern oft ein dünnes Blättchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt. Ich habe daran die Mahnung geknüpft, unermüdblich an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Die Organisation darf sich auch nicht der Erkenntnis verschließen, daß die organisierte Elite nicht allein die schwereren vorstehenden Kämpfe durchzuführen vermag, sie bedarf auch der Unorganisierten draußen. Bei den künftigen Massenbewegungen wird die organisierte Elite das denkende, leitende Gehirn der Bewegung sein, das feste organisatorische Rückgrat. Heißt es, die Organisation in ihrer Bedeutung unterschätzen, wenn man so spricht? Wenn man es tut, dann muß man der Organisation mehr, als wenn man ihr rechts und links Komplimente über das bereits Erzielte macht. (Lebh. Zustimmung.) Ich stelle fest, daß in der geschlossenen Mitgliederversammlung, in der ich das ausführte, mit einer einzigen Ausnahme die Gewerkschafts- und Parteimitglieder erklärt haben, daß sie meinen Standpunkt völlig teilen. Aber was würde unser Freund Scheidemann sagen, wenn ich nach seinem Muster aus seinen verschiedenen Reden, gestützt auf unvollständige Berichte, Worte herausgreifen würde und sagte: hier hat Scheidemann gesprochen wie ein Verehrer der allerplattesten Opportunismuspolitik! Und wenn ich morgen sagen würde: er war nach seinen Ausführungen der feurigste Verehrer einer proletarisch aggressiven Klassenpolitik! Ein Dritter würde dann vielleicht erklären, der Scheidemann ist ein ganz Schlauer und ganz Geschickter. Seine Hand rührt die Trommel der Dämpfungswaise, aber sein Mund bläht kräftig die Revolutionsfanfare. (Große Heiterkeit.) Gerade in dem, was ich kritisiert habe, darin stimme ich Frank zu, liegt meines Erachtens das Wesen der Resolution des Parteivorstandes. Da wird auch unter Hinweis auf die früheren Resolutionen die Revolutions-trompete gelassen, aber gleichzeitig auch die Trommel der Dämpfung kräftig gelübt.

Als Frank mit Recht sagte, in dieser Resolution finde er nicht den Geist der Sympathie für den Massenstreik, nicht den Willen zur Tat, da antwortete Scheidemann durch einen Zwischenruf: „Das ist eben herausgekommen!“ Es heißt ja, die Frauen seien besonders neugierig. So wird man mir die bescheidene, diskrete, ganz leise Frage erlauben: Wie ist es denn gekommen, Genosse Scheidemann, daß aus der Resolution das herauskam, was Frank darin vermißt hat? (Sehr gut!) Nun einige Worte zu den Ausführungen der Genossin Bauer und Schumann, die insofern große Bedeutung beanspruchen können, als beide der Generalkommission der Gewerkschaften angehören. Bauer hat begonnen mit einem Bekenntnis zu der Vorstandesresolution und den Resolutionen von Jena und Mannheim, er hat aber damit geendet, den Massenstreik überhaupt zurückzuweisen und ihn in das Allentübliche zu verweisen. (Sehr wahr!) Ich stelle fest, daß das, er hier über die Folgen des Massenstreiks in Belgien erklärt hat, den lebhaften Widerspruch der belgischen Delegierten hervorgerufen hat (Hört! hört!), die bereits eine offizielle Erklärung dagegen eingereicht

haben. (Hört! hört!) Wenn Sie ferner den Bericht über den Generalstreik in Holland nachlesen, so sieht dort etwas ganz anderes als das, was Bauer gesagt hat. Dort steht, daß die politische Entwicklung nicht gelitten hat, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch den Streik den Anstoß erhalten hat zu einer ersprießlichen Auseinandersetzung mit den Anarchisten und zur Bildung zentralisierter Gewerkschaften. Bauer hat auch die guten gewerkschaftlichen Folgen des Generalstreiks nicht erwähnt, daß z. B. die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbediensteten, die Privatangestellte sind, gesetzlich festgelegt worden sind. Im ganzen lautet der Bericht durchaus nicht absprechend über den Streik, sondern er hebt den allgemeinen guten Einfluß auf das Klassenbewußtsein hervor. David hat von dem Hunger der Arbeiter gesprochen. Rüssen die Arbeiter in der Krisenzeit nicht unfreiwillig hungern? (Sehr wahr!) Er sprach auch vom Blutvergießen. Eine stark disziplinierte Organisation wird wahrhaftig auch eine Massenbewegung ohne Blutvergießen durchführen können. Denken Sie daran, daß in sechsundzwanzig Jahren reichlich 10% Millionen auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen sind. Deshalb sage ich Ihnen: Lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, stellen Sie sich auf den Boden der Gegenresolution unter der Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! (Lebhafte Beifall.)

### Alingeler-Berlin:

Die Frage des Massenstreiks ist aktuell geworden, weil sich die Partei in den letzten Jahren viel zu sehr mit der sogenannten Gegenwartsarbeit beschäftigt hat. Die positiven Erfolge aber sind ausgeblieben und darum der Ruf nach schärferen Kampfmitteln, nach dem Massenstreik. In den Massenstreik für das preussische Wahlrecht glaube ich vorläufig noch nicht. Es ist doch viel schwerer, die Massen von seiner Notwendigkeit zu überzeugen, als die Arbeiter eines Betriebes von der Notwendigkeit einer Lohnbewegung. Das ist schon schwer genug. Wenn wir den Arbeitern sagen werden, ihr müßt streiken zur Erreichung des Reichstagswahlrechts in Preußen, so wird uns die große Masse fragen: ja, was hat uns denn das Reichstagswahlrecht schon gebracht, daß wir einen Kampf aufnehmen sollen um Sein oder Nichtsein. Trotz des Reichstagswahlrechts ist dem Volk eine Wirtschaftspolitik aufgezwungen worden, die ihm jedes Jahr 2 1/2 Milliarden kostet. Ich glaube nicht an die Begeisterung der Masse für ein solches Wahlrecht zu kämpfen. Aber da man auch auf den Austritt aus der Landeskirche und die Steuererweigerung hingewiesen hat, so frage ich, wie es mit einem Mietstreik zur Erreichung des Wahlrechts wäre. Wie wäre es, wenn wir durchzuführen würden, von einem gewissen Zeitpunkt an bezahlen alle diejenigen, die ein anderes Wahlrecht wollen, keine Wohnungsmiete mehr. (Große anbauende Heiterkeit.) Bei einem solchen Streik werden die Streikenden mit seiner längeren Dauer härter und die Gegner immer schwächer. Ein Viertel, mindestens ein Fünftel des Arbeitsverdienstes muß für Wohnungsmiete ausgegeben werden. Wenn diese Summen dem Wirtschaftsleben entzogen werden (anbauende Unruhe), so wird das gewiß auch eine Wirkung ausüben. Unsere Nationalökonomien sollten diese Frage einmal unteruchen. Der Gedanke eines Mietstreiks darf bei den künftigen Wahlrechtskämpfen nicht außer acht gelassen werden.

Vorsitzender Obert: Ebe ich weiter das Wort erteile, habe ich eine

### Erklärung der belgischen Delegierten

zur Kenntnis des Parteitages zu bringen. Sie lautet:

1. Die belgischen Gewerkschaften haben im allgemeinen an Mitgliedern infolge des Generalstreiks nicht verloren. (Hört! hört!) Die Zahlen der organisierten Arbeiter drei Monate vor und drei Monate nach dem Streik beweisen dies vollständig. Wenn man von Verlusten in gewissen Gegenden oder Organisationen spricht, so muß man auch die Gewinne in anderen Gegenden und anderen Organisationen nicht vergessen. (Hört! hört!) 100 weniger 10 ergibt 90, aber 90 plus 10 ergibt wiederum 100. (Heiterkeit!)
2. Es ist unrichtig zu behaupten, daß die Gewerkschaften in Belgien heute den größten Teil ihrer finanziellen Kraft zur Unterstützung der Opfer des letzten Generalstreiks aufwenden müssen. (Hört! hört!) Die Sammlungen zur Unterstützung der Opfer sind seit mehr als 2 Monaten geschlossen. (Hört! hört!) Wie wir auch der liberalen Presse gegenüber bewiesen haben, hat der Generalstreik die Gewerkschaften finanziell nicht gefährdet und noch weniger gelähmt. (Hört! hört!) In Brüssel allein brachte die am Sonnabend abgeschlossene Subskription für die ausgesperrten Wagenmacher (welche 6 Wochen ausschließlich aus der eigenen Kasse unterstützt wurden und fast mehr als 3 Monate ausgesperrt sind) mehr als 100 000 Fran an freiwilligen Unterstüzungen auf. Geschwächt sind die belgischen Gewerkschaften also keineswegs, und sie bereiten sich zu neuem Kampfe vor. (Hört! hört! und Bravo!)
3. Die Konflikte bei den Brüsseler ausgesperrten Wagenmachern, bei den Brüsseler ausgesperrten Dattmachern und bei den Antwerpener Metallarbeitern (deren 200 ohne Arbeit sind, weil die Industrie schwer unter der Krise leidet) sind rein ökonomischer Natur. Die zwei ersten entstanden schon vor dem Generalstreik, und was die Metallarbeiter betrifft, so nahmen sie im Einverständnis mit den Arbeitgebern am Generalstreik teil. Es kann also von keiner Maßregelung die Rede sein. Diese Berichtigung bedeutet keineswegs, daß die belgischen Delegierten zu deutschen Angelegenheiten irgendwie Stellung nehmen wollen. Jede Nation hat ihre eigene Taktik zu bestimmen, aber es war die Pflicht der hier anwesenden belgischen Delegierten, einer Legendenbildung über den belgischen Massenstreik entgegenzutreten.

### Roske-Chemnitz:

Daß es noch als nützlich empfunden werden könnte, Kurse zur prinzipiellen Aufklärung von Parteitage delegierten zu veranstalten, habe ich bis vor wenigen Minuten nicht geglaubt. In dieser Beziehung bin ich eines Besseren belehrt worden. Die Genossin Luxemburg wunderte sich über unsere geringen Erfolge im Kampfe gegen die Militärvorlage und meinte, sie achte besonders auf die feinen Regungen der Volksseele. Dann hätte sie aber einen sehr wichtigen Grund für die Erfolglosigkeit unseres Kampfes gegen die Militärvorlage in den außerordentlich rückständigen russischen Verhältnissen finden müssen, die dazu führten, daß während der Balkankrise hunderttausende russischer Soldaten an der deutschen Grenze standen, wovon die Folge förmliche Kriegspaniken in einem großen Teil der Grenzbezirke war.

Die Genossin Setkin meinte, vor blutigen Zusammenstößen brauchten die Arbeiter nicht zurückzuschrecken. Gewiß, wenn es an Kopf und Kragen geht, wird die Arbeiterklasse ihr Leben in die Schanze zu schlagen wissen. Aber wenn schon Blut fließen soll, ist es der deutschen Arbeiterklasse unwürdig, daß sie sich nicht zur Wehr setzen kann und daß die Möglichkeit, gegen Schutzmännchen andere Waffen anzuwenden, vorläufig außer Acht gering ist. Ich möchte das Schauspiel nicht wiederholt sehen, daß ich bei Wahlrechtsdemonstrationen sehen mußte, daß aufrechte deutsche Arbeiter wie eine Schar geschuchter Hammel haben davonlaufen müssen vor Schutzeinheiten, die den Säbel geschwungen haben. Darüber herrscht allgemeine Übereinstimmung,



daß zur Abwehr von Angriffen auf Volkrechte wir entschlossen sind, vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzufahren. Das wissen auch unsere Gegner. Auf der Tagung des Bundes der Industriellen hat ein Redner ganz offen ausgesprochen, daß er deshalb von einem Angriff auf das Reichstagswahlrecht nichts wissen wolle, weil das bedeuten würde die Entsehung der Revolution in Deutschland. Darüber wollen wir unsere Gegner allerdings nicht im Zweifel lassen, daß alles daran gesetzt werden würde, wenn die Reaktion versuchen würde, ein solches Attentat zu unternehmen. (Bravo!) Die Ausführungen, als ob es der deutschen Sozialdemokratie am Willen zur Tat, an Offensive fehle, verstehe ich nicht. Ist denn unsere ganze Parteibewegung etwas anderes gewesen als eine fortgesetzte Offensive, ein fortgesetztes Vorgehen zur Tat, selbst unter den aller schwierigsten Verhältnissen? Notwendig war, daß in der Debatte auch klar gestellt wurde, um welche Dinge denn eigentlich ein Massenstreik bei uns in Deutschland propagiert werden soll. In einer ganzen Anzahl von Preßauslassungen ist nicht nur von dem Kampf um das preussische Wahlrecht die Rede gewesen, sondern auch darauf hingewiesen worden, daß es notwendig sei, den Massenstreik zu propagieren, um rascher wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Der Vergleich mit Belgien ist nicht angebracht. Dort hat man gekämpft um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Dieses Wahlrecht haben wir, wenn ihm auch einige Mängel anhaften. Das macht erklärlich, daß die ganze Stimmung des Volkes, die Voraussetzungen für die Führung eines politischen Massenstreiks andere sind als in anderen Ländern. Das Reichstagswahlrecht ist für eine ganze Reihe von Leuten vorläufig noch das Ventil, durch das die Unzufriedenheit der Empörung abfließt. Tatsache ist, daß breite Schichten der Bevölkerung noch sehr wenig Reizung zeigen, sich für eine Veränderung des Landtagswahlrechtes Hals über Kopf in jähere Kämpfe zu begeben. Die Millionen Arbeiter lernen natürlich noch viel schneller, als es Genosse Liebnecht von sich sagt, ist ihnen doch vor gar nicht langer Zeit immer wieder gesagt worden, man solle den Landtag verkaufen lassen. Einen weiteren Ausbau der Agitation und Organisation haben wir auch bisher mit aller Energie betrieben. Wenn uns die Massenstreikhänger nichts weiteres empfehlen wollen, dann rennen sie nur offene Türen ein.

#### Berten-Düsseldorf:

Der Parteitag für den Niederrheinischen Agitationsbezirk hat am 28. Juni d. J. in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission eine die Propagierung des Massenstreiks betreffende Entscheidung für den Parteitag gemeinsam vorbereiten soll. Scheidemann hat ja erklärt, daß der Parteivorstand in dieser Frage in Übereinstimmung mit allen in Betracht kommenden Faktoren handle. Die erste Forderung unserer Resolution ist also erfüllt, nicht aber die zweite, daß der politische Massenstreik propagiert werden soll. Scheidemann hat durch seine Begründung der Resolution gezeigt, daß der Parteivorstand praktisch auf dem Standpunkt des Kölner Gewerkschaftskongresses angekommen ist, daß möglichst wenig vom politischen Massenstreik gesprochen werden und daß eine Propagierung des politischen Massenstreiks unterbleiben müsse. Wenn man der Meinung ist, daß der Massenstreik gegebenenfalls ein Kampfmittel ist, dann muß man auch die Massen damit bekannt machen. Wenn man die Begeisterung der Fabrik- und Werkstättenarbeiter bei einer Diskussion über dieses Thema sieht, dann kann man sich dem Verlangen nach einer verschärften Aktion nicht entgegenstellen, dann darf man die Genossen nicht mit nichts-sagenden Resolutionen hinhalten. Für die Arbeiter handelt es sich dabei nicht bloß um das preussische Wahlrecht, sondern um die Niederbringung des Kapitalismus im allgemeinen. Es erscheint, als ob der Parteivorstand von der Generalkommission beeinflusst worden ist. Charakteristisch dafür war die durch den Mund Scheidemanns erfolgte offizielle Warnung des Parteivorstandes, allzuviel im radikalsten Sinne über den Massenstreik zu diskutieren, damit nicht das Vertrauen zu den Führern erschüttert werde. Ich möchte es als einen großen Anflug bezeichnet, wenn man jede Kritik, die an den Führern geübt wird, als einen Versuch hinstellt, die Massen gegen die Führer aufzubringen. Auch die Führer stehen nicht über der Kritik. David hat in großen Worten die Gefahr des Massenstreiks gemalt. Wenn man seinen Kaffandrarufen folgen wollte, dann wäre überhaupt kein wirtschaftlicher oder politischer Kampf mehr möglich. Nehmen Sie die Resolution Luxemburg an, sie ist die einzige, die die Konsequenzen zieht. (Bravo!)

#### Silberschmidt-Berlin:

Die Ausführungen meines Kollegen Dauer lassen den Schluß zu, als ob er und seine Freunde die Eringung des Wahlrechts nicht sehr hoch bewerten. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß Dauer diese Auffassung durchaus nicht hat, sondern die Eringung des Wahlrechts für Brechen als eine der wichtigsten und ersten Aufgaben ansieht. Er will nur wegen dieser Frage nicht in sehr zweifelhaften Fällen die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel setzen. Aus den Ausführungen von Genossin Jettin und der Erklärung der belgischen Genossen geht ferner hervor, daß Dauer die Auffassungen, die sich auf Mitteilungen aus Belgien stützen, nicht richtig sind. Es verbietet mir die Sympathie für unsere internationalen Freunde, an ihrer Erklärung Kritik zu üben. Aber die Form der Erklärung in Verbindung mit dem, was uns mitgeteilt ist, muß dem objektiven Beurteiler doch sagen, daß die Auffassungen über die Ergebnisse des Kampfes bei den Kandidatentagen recht verschieden sind. (Sehr richtig! — Anseele: Nein.) Auch über die Massenstreiks in Holland und Schweden herrschen sehr verschiedene Ansichten und wir können auch für die der Genossin Jettin entgegenstehenden Ansichten Beweise erbringen. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen die Darstellung der Genossin Jettin wenden, als seien die Erklärungen der Redner gewerkschaftlicher Richtung für den politischen Massenstreik mehr platonischer Natur. Die Parteivorstandsbeschlüsse von Mannheim und Jena sind für uns maßgebend. Die deutsche Arbeiterbewegung ist einig, daß im Falle der Not und Gefahr das Mittel des Massenstreiks nicht etwa ein Schmachtmittel im Silberschmidt bleiben darf, sondern daß es zu gegebener Zeit auch seine Anwendung findet. (Bravo!) Darüber aber dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß es nicht in Ungeheurer Weise gegeben hat, als in diesem Moment die Frage des Massenstreiks so zu diskutieren, als ob sie im Mittelpunkt unserer politischen Aufgaben stünde, als ob der Massenstreik schon im nächsten Moment angewendet werden könnte. Unter den Hohepriestern und Schriftgelehrten unter uns gibt es drei Richtungen: die einen sagen aus dem Gefühl der Ohnmacht und Bangigkeit heraus: da der Mitgliederstand eintritt und das Ergebnis der preussischen Landtagswahl nicht befriedigt hat, sind alle Kampfmittel erschöpft und es ist der Massenstreik das letzte Mittel, um die Menge zu begeistern und zusammenzubalten. Die zweite Gruppe sagt: die Diskussion soll nur den Zweck haben, den Massenstreik vorzubereiten und die Massen zu erziehen. Aber da kommt als dritte Gruppe unsere liebe Freundin Rosa Luxemburg und sagt: der Zweck der Debatte muß die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive sein, nicht die Vorbereitung des Massenstreiks. Die erste Ansicht, die geboren ist aus dem Gefühl der Schwäche und Ohnmacht, brauche ich wohl nicht zu widerlegen. Die Ansicht aber, als ob wir die Massen mittels der Organisation für den politischen Massenstreik zu erziehen haben, erscheint mir aus der Praxis der Vorbereitung von Bewegungen vollständig verfehlt. Wäre unsere deutsche Arbeiterbewegung nicht imstande, in einem Zeitraum von wenigen Monaten, wenn wir vor das ehrene Ruch gestellt sind, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, dann wäre es schlecht bestellt um diese Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!)

Im Augenblick der Gefahr haben wir in allen Lagen, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, jederzeit den richtigen Weg gefunden, den wir einschlagen hätten. Wir sollten uns also vor der Öffentlichkeit nicht mit unnützen Diskussionen aufhalten, die nicht an konkrete Tatsachen anknüpfen, sondern nur Verführung in die Menge tragen. Diese Verführung können Sie beobachten, wenn Sie die Arbeiter draußen fragen, was sie unter

der Diskussion über den Massenstreik verstehen. Die Befürworter dieser Aktion zeichnen sich mit Eleganz auf den bequemen Standpunkt, daß sie gar nicht daran denken, daß der Zeitpunkt jetzt schon für einen solchen Kampf gekommen sei. Fragen Sie aber einmal, ob es die Massen auch so verstanden haben. (Sehr gut!) Wir sind durchaus nicht dagegen, daß, je nach den Bedürfnissen in der Organisation, auch ein Vortrag über den Massenstreik gehalten werden soll; man muß sich aber dagegen wenden, daß die Frage als nächste politische Aufgabe in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Resolutionen von Mannheim und Jena kennzeichnen unseren Standpunkt, und wenn es nicht ohne eine neue Resolution abgeht, dann entspricht die Resolution des Parteivorstandes am meisten der gegenwärtigen Situation. Sie spricht klar aus, daß wir einen Massenstreik im sozialistischen Sinne nicht haben wollen und daß auch in Zukunft nur organisierte Kämpfe geführt werden sollen. Im Laufe der Diskussion sind viele Hunderte treuer Arbeiter in der Stellung von Funktionären oder Gewerkschaftsbeamten auf das schmachlichste angegriffen worden. Lesen Sie Debells Ansprüche, die er anlässlich eines großen Berliner Bauarbeiterstreiks über die Verantwortung der Führer gemacht hat, und dann urteilen Sie darüber, ob die Personen mit Verantwortlichkeitsgefühl der Partei nicht mehr als Ratgeber dienen können.

#### Dr. Kaufmann-Hamburg:

Zweifellos bahnt sich zwischen den Liberalen und dem Zentrum eine nähere Waffenbrüderschaft an. Die Vertreter der sogenannten faktellierten Industrien, die bisher bei den Nationalliberalen den Ton angaben, wenden sich von diesen ab, weil sie sich andere Wege der Beeinflussung der Regierung geschaffen haben als den bisherigen parlamentarischen Weg. Inwiefern sich aus diesen tiefgreifenden Verschiebungen im deutschen Parteileben die Notwendigkeit ergibt, die Kräfte zu schärferen Massenaaktionen zu sammeln, kann ich in der kurzen Redezeit nicht darlegen. Jedenfalls bin ich nicht der Meinung, daß der Ausgangspunkt dieser schärferen Politik das preussische Wahlrecht sein wird. Wer diese Frage aufwirft, wirft damit nach meiner Überzeugung die Frage der Reichsverfassung überhaupt auf. Die Unzufriedenheit der Massen hängt mit der wachsenden Not der Massen zusammen. Deshalb ist die Stellung der Gewerkschaften zur Massenstreikfrage nicht verständlich. Werden die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland nicht mehr und mehr Kämpfe gegen geschlossene, faktellierte Industrien? Bei der großen Ausdehnung dieser Kämpfe gewinnen sie immer mehr politischen Charakter. Ich erinnere auch an die Verdröhung des Koalitionsrechtes durch die Schanzmacher. Die Verstaatlichung von Gewerbebetrieben in der Rastindustrie berührt die Stellung der Gewerkschaften aufs tiefste. Auch die Belastung des Volkes durch das Zoll- und Steuerwesen muß in irgendeiner Form abgeschüttelt werden. Der Kampf um den Zolltarif ist in ähnlicher Weise wie 1902 im Parlament gar nicht mehr möglich. Wir werden ihn notwendigerweise in die Massen hinaustragen müssen, zumal dabei weite Kreise des Bürgertums das gleiche Interesse haben wie die Arbeiter. Der Schwerpunkt einer solchen Aktion wird natürlich in den großen Zentren des Wirtschaftslebens und Verkehrs liegen. Da sind doch aber unsere Organisationen gefestigter. Also so ganz ausichtslos ist die Sache nicht. Die Initiative gebührt freilich den Organisationen. Nebel war gewiß der größte Taktiker der Sozialdemokratie; sein Grundzug war die ständige Selbstkritik und der zweite Grundzug das revolutionäre Vorwärtstreiben. Wenn auch der große Marschall Vorwärts in unseren Reihen nicht mehr ist, in dem Geiste, den er hier 1905 in seine Resolution gelegt hat, wollen wir diese ganze Frage behandeln: müßigen, aber wenn die Zeit gekommen ist, auch entschlossen handeln. (Beifall.)

Dufemann-Böhm: Ich vertritt eine Arbeitergruppe, die bei der Durchführung des politischen Massenstreiks eine große Rolle spielen würde — die Vergarbeiter. Im gewerkschaftlichen Massenstreik haben wir die Erfahrungen von 1880, 1905 und 1912 hinter uns. Im Ruhrgebiet kommen jetzt über 400 000 Bergarbeiter in Frage, in Deutschland über 900 000. Ein Streik dieser Massen müßte auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits einen ungeheuren Einfluß ausüben. Aber wir müssen gestehen, daß die bestehenden Verhältnisse einem solchen Massenstreik der Vergarbeiter und der Verlehdarbeiter nicht besonders günstig sind. Am Vorbau sind die Vorbereitungen für die Durchführung eines solchen Streiks nicht gegeben. (Hört! hört!) Wir denken nicht daran, uns von den Unorganisierten abzuschließen, aber sie zu gewinnen, ist schwieriger, als viel über den Massenstreik zu diskutieren. (Sehr richtig!) Diejenigen, die behaupten, man könne die unorganisierten Massen einfach mitreißen, hätten vor einhalb Jahren im Ruhrgebiet bei dem Streik Studien sammeln können über das Verhalten der Massen und der Gegner. Wir müssen auch bedenken, daß die Gegner beibringt sein werden, es zu Purtschen zu treiben und den Kampf im Blut zu ertrinken. Von den 900 000 Bergarbeitern sind etwa 120 000 bei uns organisiert. Die anderen Massen hätten wir gegen uns und dazu die ganze Öffentlichkeit. Lassen wir es bei der Resolution des Parteivorstandes, darüber hinaus können wir als gewissenhafte Menschen nicht gehen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Vetzers-Giegen empfohlen und von Ledebour bekämpft wird, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bauer-Berlin bemerkt persönlich: Gegenüber den Erklärungen der belgischen Genossen stelle ich fest, daß das, was ich gesagt habe, mir von einer Reihe belgischer Gewerkschaftsführer mitgeteilt worden ist. Auch in Belgien gehen die Meinungen über die Wirkung des Generalstreiks erheblich auseinander. Ich habe davon nichts zurückzunehmen. Genossin Jettin hat mir vorgeworfen, daß ich über den Ausgang des Streiks in Holland nur das Ungünstige betont und das Günstige verschwiegen hätte. Das Günstige besteht darin, daß die Verhältnisse der Eisenbahner gesetzlich geregelt worden sind. Ob das gegenüber dem Verbot des Koalitionsrechtes als ein Erfolg anzusehen ist, darüber werden die Meinungen erheblich auseinandergehen. Dann sind meine Ausführungen so verstanden worden, als ob ich gewissermaßen in der Frage des preussischen Wahlrechts eine abweichende Stellung einnehme. Wer meine Ausführungen objektiv prüft, wird diese Auffassung nicht haben können. Ich erkläre: die preussische Wahlrechtsfrage ist keine Lebensfrage der organisierten Arbeiterbewegung in dem Sinne, daß sie in der jetzigen Situation zu Maßnahmen greifen müßte, die schließlich Kopf und Kragen kosten könnten. Damit habe ich nicht andeuten wollen, daß die preussische Wahlrechtsfrage nicht eine der wichtigsten Fragen ist, die die preussische Arbeiterbewegung zu lösen hat. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was in unseren Kräften liegt, getan werden muß, um so bald als möglich die preussische Wahlrechtsfrage zu lösen. Darin sind alle organisierten Arbeiter einig. (Bravo!)

#### Das Schlusswort erhält

#### Scheidemann:

Ich habe in meiner Rede gestern die Befürchtung ausgesprochen, daß die Aussprache über den Massenstreik in der jetzigen Zeit dem Massenstreikgedanken selbst nicht förderlich wäre. Ich habe mit meiner Befürchtung recht gehabt. Die Debatte ist vom Jaun gebrochen worden in einer Zeit, wo sie nicht am Platze war. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, daß alle Redner, die sich außerhalb des Parteitags mit der Frage des Massenstreiks beschäftigt haben zu dem übereinstimmenden Ergebnis gekommen sind: Jetzt können wir an einen Massenstreik nicht denken. Ich habe auf die Massen verwiesen, in denen die Empörung lebt und die Dreiklassenstaat beseitigen wollen. Ich habe auch gesagt, daß die Massen, die die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten aus nächster Nähe kennen, jähnelnd sagen: Noch ist es nicht Zeit. (Sehr wahr!) Klar und deutlich habe ich gesagt, daß der Parteivorstand und der Parteitag auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim stehen. Ich habe gesagt: ein Mann, der sich einbildet, wir würden niemals einen Massenstreik machen können, ein Mann, der sich einbildet, das Volk würde sich auf die Dauer das gefallen lassen. Ich habe gesagt und wiederhole es: wir werden den Massenstreik haben, wenn die Stunde es uns gebietet. (Sehr richtig!) Trotz dieses klaren Bekenntnisses aber bin ich hier gehörig gezupft worden. (Heiterkeit.)

Die Genossin Luxemburg hat mich geschildert wie einen roten Straußpfeiler, der einen Drachen ausbrütet. (Heiterkeit.) Ich kann beschwören, daß ich noch niemals einen Drachen ausgebrütet habe. (Erneute große Heiterkeit.) Sie wollte damit sagen, ich hätte mit den Drachen erst künstlich konstruiert, das heißt, ich hätte mich an Dinge geklammert, die nicht vorhanden sind. Das stimmt nicht. Genossin Luxemburg war natürlich heute die süßenweiche Unschuld und vor allem die große Weisheit, und ich die menschengewordene Unwissenheit. (Große Heiterkeit.) „Du gleichst dem Geiß, den du begreifst, nicht mir“, Genossin Luxemburg, das haben Sie mir gesagt. Ich will Ihnen antworten mit einem anderen Wort von Goethe an Tasso:

„Ich freue mich, wenn kluge Männer sprechen, daß ich verstehen kann, wie sie es meinen.“

Und daran möchte ich die Bemerkung knüpfen:

„Ich freue mich aber nicht, wenn kluge Frauen sprechen, so daß man nicht klar verstehen kann, wie sie es meinen!“

(Große Heiterkeit und sehr gut!) Und dann noch eins über diese Art, von oben herunter über alle diejenigen zu urteilen, die nicht mit ihr einer Meinung sind. (Sehr gut!) Ich habe gar kein Hehl daraus zu machen und kann es ganz offen aussprechen, daß ich klug genug bin, um zu wissen, daß ich noch lange nicht so klug bin wie die Genossin Luxemburg. (Große Heiterkeit.) Ich kann auch gar nicht so klug sein, denn Ihr alle wißt, daß ich ein ganz einfacher Arbeiter gewesen bin, der das höchste Wissen, über das die Genossin Luxemburg spottet, sich in nachlässiger Arbeit erst hat aneignen müssen. (Bravo!) Das wollte ich Ihnen sagen, Genossin Luxemburg, weil Sie nicht allein mir gegenüber in dieser Art operiert haben, sondern auch anderen Genossen, sogar ganzen Versammlungen gegenüber. Sie sagen, ich hätte meine Rede auf zwei Töne abgestimmt: erst wie herrlich wir haben mit es in der Partei gebracht, und zweitens hätte ich mich gegen die Rögler in der Partei gewandt. Wie liegt es in Wirklichkeit? Gegenüber den Klagen über den Stillstand in der Organisation, über die mangelhaften Ergebnisse in der Agitation und gegenüber den Angriffen, die im Zusammenhang damit gegen den Parteivorstand erhoben wurden, habe ich es für meine Pflicht gehalten, darauf hinzuweisen, daß diese Schwarzseherei falsch und unangebracht ist, und deshalb habe ich nachgewiesen, daß die Partei im letzten Jahr alles geleistet hat. Ich will allerdings nicht verhehlen, daß ich dabei eine gewisse Reue gehabt habe. Ich hätte die Reue gehabt, daß den einen oder den anderen, der glaubt, daß der Parteivorstand das Schreckensgebilde ist, als das er vielfach hingestellt wird, dazu zu bringen, daß er einsteht, daß der Parteivorstand einen, wenn auch bescheidenen Anteil an dieser geleisteten Arbeit für sich in Anspruch nehmen kann. Gegen die Rögler soll ich den Kampf geführt haben. Natürlich habe ich den Kampf geführt nicht gegen die Rögler der Partei im allgemeinen, dazu würde die Zeit eines Parteitag nicht ausreichen (Große Heiterkeit), sondern gegen die Rögler, die dem Parteivorstand und der Partei offenbändig unredt getan haben, die bemüht sind, die Partei in andere Bahnen zu bringen, die uns abbringen wollen von einer Taktik, die wir 40 und 50 Jahre mit glänzendem Erfolg beschritten, gegen die Rögler, die sich einbilden, die berufenen Schulmeister der ganzen deutschen Sozialdemokratie zu sein. (Lebhaftige Zustimmung, Zuruf: Namen nennen!) Ich bin gern bereit dazu. Das war ganz speziell auf die Genossin Luxemburg zugespielt. Ich meine die Genossin Luxemburg, die alle Welt schulmeisterlich und die unserer Partei in der Hauptsache doch nur Schwierigkeiten bereitet hat. (Starker Beifall. Unruhe.) Genossin Luxemburg ist heute außerordentlich milde geworden. Sie war sehr milde im Vergleich zu dem, was von ihren Lippen und aus ihrer Feder vor dem Parteitag geflossen ist. Was wir vor dem Parteitag alles gehört haben, mußte jeden empören, der da weiß, daß die Dinge anders liegen, als sie sie darstellt. Heute hätte ich erwartet, daß Genossin Luxemburg mit etwas größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hätte, was sie unter der neuen Taktik, unter der tödlichen Initiative, und wie diese schönen Worte alle heißen, sich eigentlich vorstellt. Draußen haben wir es gehört. Vorher haben wir hören und lesen können, wie die Partei und namentlich die Parteioptionen vor ihr eingeschüchelt wurden. Heute hat sie versucht, das abzuschwächen und es klingt jetzt ganz anders. Jetzt hat sie nichts gesagt, was irgendwie anfechtbar wäre. Vor dem Parteitag aber hat sie geschrieben, daß es unmöglich sein wird, die Massen dauernd mit Flugblattaktionen und Wahl-schepperdiensten zu beschäftigen. Ist das nicht geradezu eine Beschimpfung alles dessen, was bisher das Rückgrat der Partei gewesen ist. Sie hat sich weiter lustig gemacht, wie man sich vorstellen könnte, wenn man den bürokratischen Kleintrom mechanisch ins Riefenhafte steigere, um es mit der Zeit zu zwei, drei oder vier Millionen Mitglieder zu bringen, und ihre Ausführungen wurden dann gekrönt durch die Sätze: „Allerdings können die Massen nur dann Erfolg erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent, entschlossen und durchsichtig ist.“ Wird auf zwei Schritte vorwärts ein Schritt zurückgemacht, dann werden auch schließlich die Massenaktionen verpuffen. Dann verlagert aber nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung.“ (Hört! hört!) Und noch einen Satz will ich Ihnen vorlesen: „Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein. Sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend vorantreten. Bildet sie sich aber ein, sie sei dazu berufen, die Geschichte zu machen, die Masse selbst sei nichts, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozialdemokratie zum hemmenden Moment im Klassenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, um von ihr wider Willen zur Entscheidungsschlacht geschleppt zu werden.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Ist das die Art und Weise, wie man unserer Partei nützlich sein kann? (Zuruf: Nein! nein!) Ist das die Einleitung zur klugen Initiative, daß man in dieser Weise den Genossen die Organisation bereitet. Wir dürfen nicht damit beginnen, die Organisationen zu discredittieren und es so hinzustellen, als ob uns von den Unorganisierten nur ein Stück Papier trennt. Ist denn das Mitgliederbuch, ist denn der Schein, auf dem der Beitrag quittiert wird, alles, was uns von den Unorganisierten trennt? Wer so redet, lenkt wieder die Organisation nach die Unorganisierten. (Lebhaftige Zustimmung.) Denn hat Genossin Luxemburg gesagt, sie habe in ihren Versammlungen gesehen, wie die Massen nach der neuen Taktik ledigen. (Lachen.) Ich will Ihnen sagen, wie die Massen ledigen. Die Genossin Luxemburg sprach am 22. Juli in einer Berliner Versammlung. In der Diskussion traten ihr 3 Arbeiter entgegen. Darum erwiderte sie am Schluß: Es ist beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten sind. (Hört! hört!) Das ist dieselbe Nachsicht, die selbe Geringschätzung der Arbeiter, die die Genossin Luxemburg heute mir gegenüber hier befeindet hat. (Gr. Unruhe u. Lach. Zuf.) Das ist nicht das Leben nach einer neuen Taktik, sondern ein hochwürdiges Urteilen über die Arbeiter vor oben herab. (Erneute Unruhe und erneute Zustimmung.) Die Massen werden überhaupt ganz verschiedenartig eingeschüchelt. Eine temperamentvolle Genossin hat in einer stetigen Versammlung in den Ton eingeschlagen: die Masse trifft immer das Richtige, die Masse muß die Führung übernehmen und den Führern den Korporalstock aus der Hand schlagen. Zwei Tage später fand in Berlin in der „Neuen Welt“ die Debatte über den Gebärstreik statt. Da war die führende Genossin auf einmal anderer Meinung. Da sagte sie den Massen nach, daß sie vom Sozialismus noch keine Ahnung hätten und erst dazu erziehen werden müßten. (Stürmische Heiterkeit und sehr gut!) Wer soll denn die Massen erziehen? Etwas die Führer? Oder sollen die Massen die Führer erziehen? Die Führer sind gewiß nicht immer klüger als die Masse. Aber ein Führer, der Verantwortungsfähigkeit hat, muß den Mut haben, auch einmal gegen die Masse zu sprechen. (Sehr richtig!) Das bedarf vollkommen mit dem, was Nebel vor dem großen Berliner Bauarbeiterstreik gesagt hat. Es ist gegenüber der Resolution des Parteivorstandes höchst von den Instanzen und obersten Parteibehörden gesprochen worden. Solche Ausführungen wollen wir doch lassen. Wir haben gar keinen Anlaß, in dieser ersten Zeit und selbst das Leben saner zu machen und das Vertrauen zueinander zu untergraben.

(Schluß im Hauptblatt.)



# Theater.

Wittwoch, 17. September 1913

Anfang 7 Uhr.  
Zeffing. Der Gant.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rgl. Oberhaus. Rigard Hochzeit.  
Rgl. Schauspielhaus. Schwanen-  
weib.  
Deutsches Kamlet.  
Deutsches Künstlertheater. Die  
Jelm Tell.

Anfang 8 Uhr.  
Urania. Mit dem Imperator nach  
New York.  
Kammeroper. Französische  
Komödienhaus. Das Paar nach  
der Mode.

Steines. In Ewigkeit Amen. Paul  
und Paula. Der Barbier von  
Verdier.  
Berliner Pantomime.  
Königsgräber Straße. Das blutige  
Schwert.

Deutsches Schauspielhaus. Fräulein  
Julie.  
Deutsches Opernhaus. Die Nidin.  
Montis Operetten. Der lachende  
Ehemann.

Schiller O. Cyrano von Bergerac.  
Schiller Charlottenburg. Die  
Hauenerleche.  
Theater. Buschen.  
Theater am Nollendorfplatz. Die  
Kino-Königin.

Metropol. Die Reise um die Welt  
in 40 Tagen.  
Kafkas. Der Akzentor oder Gariso  
auf Telling.  
Trianon. Der abgerissene Glocken-  
zungen Untreu.

Hermann. Liebesprobe. Schoneit-  
Säger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Residenz. Die Frau Präsidentin.  
Schauspielhaus. 777: 10.  
Rose. Die Schiffbrüchigen.  
Luisen. Dorf und Stadt.  
Folies Caprice. Ritter Baldrian.  
Die Kitzgeburt. Das Doppelkind.  
Walhalla. Der Liebesengel.  
Voigt. Wohltäter der Menschheit.

Anfang 9 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Die Siebzehn-  
jährigen.  
Admiralpalast. Eisdarstellung: Hirt in  
St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62  
Schiller-Theater O. Theater.  
Wittwoch, abends 8 Uhr:  
Cyrano von Bergerac.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Am Tage des Gerichts.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Cyrano von Bergerac.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Wittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Hauenerleche.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Freiwild.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.

Berliner Theater.  
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße  
8 Uhr:  
Das vierte Gebot.  
Komödienhaus.  
8 Uhr:  
Das Paar nach der Mode.

Theater des Westens.  
Beginn der Spielzeit:  
Sonntag, den 20. September:  
Gräfin Fifi.

Theater am Nollendorfplatz.  
Ensemble-Gastspiel  
des Berliner Metropol-Theaters:  
Die Kino-Königin!  
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater  
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)  
Abends 8 Uhr: Gastspiel  
Der lachende Ehemann.

Deutsches Künstlertheater Sozietät  
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Gente Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Wilhelm Tell.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.  
8 1/2 Uhr: Residenz-Theater  
Die Frau Präsidentin.  
(Madame la Présidente.)  
Schwank in 3 Akt v. M. Hennequin  
und P. Veber.  
Morgen u. folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.

ROSE-THEATER  
George Reinhardt Str. 132  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Schiffbrüchigen.  
Theaterstück in 3 Akten v. Victor.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Maria Stuart

Trianon-Theater.  
Täglich  
Abends 8 Uhr: Untreu.  
Vorher: Der abgerissene Glockenzug

# Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Frä. Julia. Vorb. Erste Warnung.  
**ZOOLOG**  
ischer Garten  
Täglich:  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintrittspreise:  
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar.: 1 M. v. d. Sera. 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.  
Neu! Neu!  
**AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr.  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.  
Gr. Ausstattungsst. m. Gel. u. Tanz in  
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung  
des Jules Verne'schen Romanes von  
**Julius Freund.**  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene geföhrt  
vom Direktor **Richard Schultz.**  
**Karl Bachmann. Joseph Giampietro.**  
**Guido Thielscher. Alfred Schmasow.**  
**Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**  
**Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**

**Passage-Panoptikum**  
Der Mann  
mit der  
eisernen Faust  
größt. Kraftphän. aller Zeiten  
lebend zu sehen!  
Die Offenbarungen der  
Traumalerin  
**Frau Assmann.**  
d. Aufsch. d. wissenschaft. Kreise.  
**AGA** die schweb. Jungfrau.  
**Buddha** die geheimnisvolle  
Tafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Casino-Theater**  
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Günzig. Variététheater. 1. Rang. d.  
Neu! der phänomenale Jules Cheroy.  
Maggagna Truppe. Der rote Domino.  
Der Aktien-Tenor  
oder Caruso auf Teilung.  
Sonntag, den 21. nachm. 4 Uhr:  
Ein toller Ehemann.

**Concordia-Festsäle.**  
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.  
64 Andreasstr. 64.  
Donnerstag, den 18. Septbr. 1913  
Eröffnungs-Soiree  
der allgemein be-  
liebten u. bekannten  
**Hoffmanns**  
Sänger  
mit vollständig  
neuem Programm.  
Anf. 8 Uhr. Nach der Soiree:  
**Frei-Tanz.**  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
Jeden Sonntag:  
Gr. Militär-Streichkonz.  
Hoffmanns Säng. u. Ball

Vereinigte Berliner  
Volkshäuser.  
Luisen-Theater.  
8 1/2 Uhr: Dorf und Stadt.  
Schauspiel in 5 Aufzügen.  
Morgen: Die Intrigantin.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-  
Quartett.  
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.  
Musikkorps des 2. Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau.  
Leitung: Oberm. W. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen bei freiem  
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

**Zirkus**  
**Albert Schumann.**  
Eröffnungs-Vorstellung  
Mittwoch, den 17. September  
Abends 8 Uhr  
Vorverkauf an der Zirkuskasse, bei A. Worthelm, Leipziger  
Straße, und Invalidendank, Untor den Linden.

**Zirkus Busch.**  
Gente Mittwoch, 17. September,  
abends 8 Uhr:  
Das in allen Teilen neue  
große  
Eröffnungs-Programm!  
Neue Dressuren!  
Neue Clowns!  
Neue Schultreiter!  
sowie die  
glänzenden Spezialitäten!

**Voigt-Theater**  
Sadowstraße 38.  
Wittwoch, den 17. September 1913:  
Wohltäter  
der Menschheit.  
Schauspiel in 3 Akten v. Felix Philippi.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Neue Welt.**  
Hasenheide 103/114.  
Freitag, den 19. September:  
Cigaretten-Gastp.  
Durchschlagender Erfolg  
des Metropol-Theaters.  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten v. Jean Gilbert.  
Vorverkaufsbillets v. 0,50—1,50 M.  
bei Leofer u. Wolff, Neustädln,  
Berlinerstr. 1; Bödemann, Neu-  
städln, Bergstraße Ecke Holtenstraße,  
und im Restaurant „Neue Welt“.  
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr

**Folies Caprice.**  
Ritter Baldrian  
Das Adoptivkind  
Die Mißgeburt

**Germania-Prachtsäle**  
N. Chausseestr. 110. K. Richter.  
Gente Mittwoch:  
Paul  
Mantheys  
lustige  
Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitag:  
— Borzugsarten gelten. —  
Jeden Montag:  
Hoffmanns Sänger.

**Admiralspalast**  
Einz. Eispalast der Welt  
mit prunkvollen Eisballetten.  
Allabendlich Führt in St. Moritz.  
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Zirkus-Tunnel**  
im Zirkus Schumann, Karlstraße.  
Wieder eröffnet.  
Glänzendes Programm.  
25 Mann Hauskapelle.  
Jeden Sonnabend: BALL.  
Wochentags 20 Pf., Sonnabend  
mit Tanz 30 Pf.  
Sonntags statt 50 Pf. nur 25 Pf.

**Reuters Werke**  
— 3 Bände 4 Mark —  
Buchhandlung Vorwärts

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-  
Quartett.  
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.  
Musikkorps des 2. Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau.  
Leitung: Oberm. W. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen bei freiem  
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

**Zirkus**  
**Albert Schumann.**  
Eröffnungs-Vorstellung  
Mittwoch, den 17. September  
Abends 8 Uhr  
Vorverkauf an der Zirkuskasse, bei A. Worthelm, Leipziger  
Straße, und Invalidendank, Untor den Linden.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger  
Anfang 8 Uhr.  
Meysel  
als Hoppelrot,  
Britton  
als Schute,  
Ruselli als „Ren-  
tner Knapploch  
im Ehejoch“.  
Nächsten Sonntag, abm. 3 Uhr:  
Familienvorstellung z. Heim. Fr.

Außerordentliche  
Mitglieder-Verammlung  
der  
Sterbe- und Kranken-Unter-  
stützungskasse Nr. 55  
am Donnerstag, 25. September 1913,  
abends 8 1/2 Uhr,  
im Rassenhof, Minienstr. 8.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über das verfahrens-  
technische Gutachten betreffend Er-  
höhung des Sterbegeldes.  
2. Abänderung der §§ 6, 10, 16  
und 34 der Satzung. 22885  
Der Vorstand.

Bekanntmachung.  
Orts-Krankenkasse  
für den  
Amtsbezirk Zegel  
mit Ausschluß von Wähneren  
in Berlin-Zegel.  
Rassenhof: Bahnhofstr. 1, Berlin-Zegel.  
A b s c h l u ß.  
Rgl. Oberverwaltungsamt  
Groß-Berlin.  
Nr. 2. R. 522/13.  
Berlin-Charlottenburg,  
den 30. Aug. 1913.  
Berliner Str. 11.  
Beschluss.  
Die Orts-Krankenkasse für den  
Amtsbezirk Zegel mit Ausschluß von  
Wähneren in Berlin-Zegel wird ge-  
schlossen, weil die Zulassung der Kasse  
rechtlich nicht verlagert werden ist.  
Die Schließung tritt mit Ablauf  
des 31. Dezember 1913 in Kraft,  
geg. von Costomski  
275/10  
Berlin-Zegel, den 13. Sept. 1912.  
Der Vorstand.  
Demob. R. H. Karl Müller.  
Vorsteher. Schriftführer.

**Möbel**  
Wir liefern direkt an Privats  
frei Haus durch eig. Gespann  
Stube u. Küche Nr. 208, 244, 50,  
276, 301, 317, 357, 370, 429, 493,  
2 Stuben u. Küche Nr. 280,  
309, 359, 427, 501, 500,  
Schlafzimmer Nr. 223, 276,  
313, 365, 429, 480, 540,  
Küchen Nr. 51, 53, 75, 92,  
Ständ. Lager 300 Einrichtungen.  
Reichhalt. Preisb. gratis u. franko.  
Abgabe einzelner Stücke ohne  
Veränderung!

**Höfner's Möbel-Engroshaus**  
Berlin N. 201,  
Veteranenstr. 11, 12, 13.

**Amor flüssig**  
Bester  
Metallputz



**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königsdör. Del.: Ernst Liebing.  
Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:  
Populäres Konzert des  
**Blüthner-Orchester** (60 Künstler)  
und des Männer-Chors  
**Fichte-Georgina 1879** (Wahlged. des  
D. A. S. B.)  
Dirigent für Chor und Orchester **Th. Gervais.**  
Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind  
bei den „Bismarck“-Spezialrezeptionen, Zimmerei-Str. 12 und  
Hanisch, Adlerstr. 174, zu haben.

**Augusta-Bad**  
Köpenicker Straße 60/61.  
Der weiten Rundheit des  
Augusta-Bades die Rundheit, daß  
der Betrieb der Kasse ohne jede  
Unterbrechung weiter geführt wird.  
Es soll mein Bestreben sein, jeden  
weiner berechtigten Gäste zur vollen  
Zufriedenheit zu bedienen. 22875  
**Joh. Pachura**  
Lieferant sämtlicher Krankenstoffen.  
**Steyndeden**  
größte Auswahl, billigt!  
auch Anfertigen aller  
Steyndeden.  
Robert Berlin.  
Wallstr. 72, zwischen Ros. u. Inselstr.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden)  
**Ansichtskarten**  
vom  
Riesengebirge, Harz,  
Sächsische Schweiz,  
Dresden, Berlin  
in reicher Auswahl.  
Stück 5 Pf.

**Die reellsten und billigsten**  
**Möbel**  
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit  
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger  
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stuhlarbeiten mit zehn-  
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

**Groß-Dampfwäscherei**  
**Hilda**  
Inhaber: Martin Schleer & Co.  
**Lothringer Str. 16.**  
Telephon: Amt Norden 6190.  
Bitte Preiskurant zu verlangen.

**Kufeke**  
Tausendfach bewährte  
Nahrung bei:  
Brechdurchfall,  
Diarrhöe,  
Darmkatarrh, etc.  
- Kindernahrung  
- Krankenkost

**Möbel auf Kredit**  
liefert bei bequemer Teil-  
zahlung und kleinster An-  
zahlung bei größter  
Kulanz und Rücksicht das  
seit 26 Jahren bestehende  
**Kredithaus „Frankfurter Tor“**  
vormals J. Ostrowski  
No. 1 Große Frankfurter Straße No. 1.  
(Bitte genau auf meine Hausnummer zu achten.)  
Vorzeiger d. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. H. Hanisch, Adlerstr. 174.  
W. G. Schmidt, Kirchstraße 14.  
O. R. Gabelbach, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Roppen-  
straße 82. H. Wengels, St. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Juch, Zimmerei-Str. 12. J. Reul, Dammstr. 42.  
N. H. Volgar, Belfrage 9. G. Fischer, Dammstraße 6.  
Karl Ward, Grefenbagen Str. 22. J. Köhnig, Müllerstr. 34a.  
G. Vogel, Lorenzstr. 87. M. Ties, Invalidenstr. 124.  
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshöfener Str. 43.  
SW. G. Werner, Wachenauer 72. Pechu, Hagerberger Str. 27.  
S. St. Fris, Pringelstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lehniger Platz 14/15. P. Perich, Engelstr. 15.  
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.  
Baumschulenweg. G. Hornig, Wartenburgerstr. 13. I.  
Borsigwalde. Paul Kienak, Belfrage 10.  
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenreimer Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Rüpendorfer Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Belfrage 10.  
Johannisthal. Max Gonschur, Belfrage 6.  
Karlshorst. Richard Kurer, Hölzerstr. 9. II.  
Köpenick. Emil Wöhler, Kiefernstr. 6. Laden.  
Lichtenberg. Otto Seitel, Wartenburgerstr. 1.  
Nieder-Schöneweide. W. H. Harub, Brückenstr. 10.  
Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.  
Ober-Schöneweide. Alfred Baber, Wilhelmshöfenerstr. 17. Laden.  
Pankow. Otto Rihmann, Wühlstr. 30.  
Reinickendorf. P. Gurisch, Wrodingstr. 56. Laden.  
Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.  
G. Rohr, Sieglitzstr. 28/29.  
Rummelsburg. H. Heintze, W. Borsigweg 56.  
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Berlin-Gröden-Str. 69 im Laden.  
Spandau. Köppen, Dreierstr. 64.  
Steglitz. G. Bernice, Wiesenstr. 5.  
Tempelhof. Joh. Krubn, Borsigstr. 62.  
Treptow. Robert Gramenz, Sieglitzstr. 412. Laden.  
Wessensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Meer 251.  
Wilmsdorf. Paul Schäfers, Wühlstr. 27.



Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Buch Messtina-Römertrank-Kell.

C. 33 Berlin, S. Fernsp. Kgt. 13708

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk

Berlin O. Radolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger-Läden, Charl. Wallstr. 39

Auto-Fahrerklub

Gr. Frankfurterstr. 44

Eintr. 147, Teils. gest.

Erkerkaffee, Konditor.

Blottners

Großbäckerei

Geschäfte in

Berlin,

Charlottenburg,

Schöneberg,

Wilmersdorf.

Albrecht, L. Fruchthofstr. 27.

R. Andersohn, Thieringstr. 22.

Assmus, Wilh., Beckersdammstr. 11.

Willy Basse, Wilsdorfstr. 55/56.

Friedr. Basse, Landsb. Allee 146

Willy Bär, Stromstr. 48.

Paul Berger, Mirbachstr. 29

K. Biedermann, Gryphstr. 15.

F. Bockenkamp, Camphausenstr. 6

Rudolf Brochly, Ackerstr. 3

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

Ernst Buchler, Wasserstr. 47.

Ernst Buller, Brühlstr. 43.

Alb. Dachwig, Kamehörnstr. 16.

Paul Dolly, Markussstr. 15.

Albert Denkewitz, Jähnsstr. 14

Dollwe, Ferdinand Torrellstr. 4

Otto Donath, Stolpischstr. 22.

H. Donner, Schönhaferstr. 2

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Nastesfelstr. 47.

Carl Feist, Friedenstr. 101.

Friedr. Flemming, Saxenauerstr. 27.

Paul Freitag, Stutigartenstr. 13.

E. Freyer, Husestr. 72, E. Harburt.

Georg Genz, Memelerstr. 20

F. George, Wilschauerstr. 23.

H. Gieraszewski, Waldenserstr. 23

F. Gieseler, Chausseestr. 80.

Gummler, R. Posenerstr. 16.

Göring, Hugo Großwälderstr. 225

M. Grunschka, Köpenickerstr. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte

in allen Stadtteilen

Berlins

und in Hildorf.

Gegründet 1892.

Karl Heidenreich, Münchenerstr. 44

Franz Heilmann, Schönebergstr. 14

Karl Hennig, Steinmetzstr. 74

Paul Hoppe, Hermsdorfstr. 8

Hoppe's Brot-Fabrik, Adalbertstr. 4

P. Hungen, Hertha-E. Lichterstr. 8

Max Jacob, Pfingststr. 70-1.

Georg Kappa, Wilschauerstr. 8.

A. Kell, Kottbuserstr. 31.

F. Kiesow, Schönebergstr. 16.

Max Kniffert, Landsb. Allee 29.

Friedrich Knop, Bodest. 31

Paul Köbernick, Wilschauerstr. 35

A. Koschützki, Wilschauerstr. 179

Max Kroll, Triftstr. 9

Ernst Käster, Frankf. Allee 197.

Felix Kynast, Dänenstr. 5.

Ladenthin, O. Weg 54.

Emil Lieske, Grüner Weg 122.

E. Liesegang, Danzigerstr. 42

Carl Lindenberg, Lyckerstr. 4.

August Mantz, Ebertstr. 57.

Hermann Markus, Rügenstr. 107

E. Markwort, Pfingststr. 11.

E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.

Alfred Meßner, Fußgängerstr. 55/56

Milchstr. Spandau, Bismarckstr. 5.

Friz Müller, Gräferstr. 4.

Alfred Müller, Brunnenstr. 87.

Roman Nowak, Wienerstr. 8.

Gustav Nielsen, Lindowstr. 9

Friedrich Ohte, Madisstr. 10.

Paul Otto, Danzigerstr. 31

Robert Pötschke, Sprengelstr. 43

Herrn. Proell, Nonnendamm.

Friedrich Probst, Andreasstr. 54

Richard Ransch, Weinholstr. 51

Ranfft Reichenbergerstr. 176

Rekordbrotbäckerei

Schuldenstr. 37, 25.

Rob. Riedel

Bäckerei „Nordstern“

Inh.: Gust. Müller

Filialen i. verschied. Stadtteilen

Richard Dillinger, Triftstr. 55, Pfingststr. 23

Otto Reutwig, Simon-Dachstr. 11.

F. Rialoben, Somarstr. 11.

Arthur Roemer, Köp. Dam. 101

Paul Riehmert, Finkenstr. 23

Walter Rohr, Anklamerstr. 25

Hilbert Römer, Teplitzstr. 4

Wilhelm Sauter, Ostendstr. 24

Max Sander, Dunkerstr. 23.

Paul Sarraoch, Sprengelstr. 30

R. Schade, Palmstr. 2, Pfl. O. u. 20

Rich. Schenk

Str. 26.

P. Schüssler, Anklamerstr. 15.

Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.

Wilhelm Schmidt, Ennsstr. 109

Gustav Schlicht, Dolzigstr. 21

Paul Schön, Koppenhagenstr. 74.

Eberhard Schönwiese, Lützowstr. 5

Helmut Schubert, Boxh. Chausse 3/6

Carl Schulz, Neukölln, Dammstr. 20

Paul Schulz, Hufelandstr. 2

Paul Schürer, Stolpischstr. 26.

P. Schwarzbeck, Wilsdorfstr. 27.

E. Seeländer, Lemanstr. 7.

Ernst Seifert, Rautenstr. 75

Robert Sell, Malinestr. 15

Sikorski, Weissenauerstr. 11

Paul Sorge, Proskauerstr. 21

H. Spillmann, Grüner Weg 115.

Carl Tausig, Wilschauerstr. 17.

Genst Tausig, Prinzenstr. 61.

Carl Teßmann, Schönebergstr. 19.

F. Tiedemann, Köp. Str. 47.

Ferdinand Tiel, Kamehörnstr. 87.

Johann Troller, Allee 46

Filialen in allen Stadt-

teilen.

Turban

Josef Ulrich, Manteuffelstr. 102.

Volksbrot, E. G. m. b. H.

Otto Wagnitz, Mollerstr. 23.

Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.

Fritz Wahl, Köpenickstr. 46

E. Walter Jr., Löwenstr. 18

Richard W. W. Weissenauerstr. 59

Hermann Wendt, Ackerstr. 1

Arthur Weiser, Schillerstr. 36

Giuseppe Weiss, Jähnsstr. 1

Wilhelma

Andreasstr. 22.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Otto Winkler, Nannynstr. 73.

E. Wolff, Grüner Weg 75.

O. Wolchendorf, Wilschauerstr. 21.

Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Zühke, Glattstr. 7, Gräferstr. 22a

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.

Rad Alt-Moabit 104 Krankk.-Kass.

Landsbergerstr. 107

Bürgerbad

Weberstr. 40b

Conitz-Bad, Münzstr. 2.

Neukölln

Central-Bad

Ansengrabenstr. 23.

Münchener Bad

Münchenstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 126.

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 134

Original Lehtanen Bad

früher Müsel, Wallstr. 70/71

früher Hufeland, Hufelandstr. 45.

Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. Allee

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Boxhagen-Str. 17

Bad Ostend

Lief. all. Kassen

Passage-Bad

Kottbuser-Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Silesia-Bad

Schlesische Str. 31.

Viktoria-Bad

Kottbuser Damm 75

Friedrich-Wilhelmsbad

Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummiv.

R. Hauke, Stralauer Str. 56.

Berkholz, Köpenickerstr. 70.

Lange, A. E., Brunnenstr. 107.

Liepe, Schöneberg, Grunwaldstr. 19.

Meyer, P. M., Berlinstr. 49-50

J. Ch. Pollmann, Lehrlingstr. 60.

Reiche, A., Seydelstr. 18.

Lief. all. Kassen

Büttner, A., Danzigerstr. 91.

Bettfedern u. Betten

G. Behrend, Str. Kottbuserstr. 150

Bullnick, Fehrlindstr. 1, Köpenick.

Carl Henze, Adressstr. 35, Beignitz

Landberger Allee 149

Max Schöne

roell und billig.

Seordig-Anst., Sargm.

Otto Büttner, Seefeldstr. 12.

H. Fischer, Mll., Rohensollernstr. 11

Beckw. a. Rind. Krankhaus.

Max Fuchs

Oppenauerstr. 1

Hanisch, Wilschauerstr. 191

Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeier, Strellitzerstr. 3

Peter-Schley, Wilh., Zossenstr. 11.

Berufsbekleidung

Kelner, Otto, Gertrudenstr. 56.

Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 198

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling & A. Hoffmann

Akt.-Brau. Potsdam, Ege. Linden

Berlin SW, Tempelhofer Ufer 13

Brandenburg, E. Wilschauerstr. 110

Spez. Potsd. Stangenbier

Borsussin - Malzbier - Brauerei

Berlin - Weißensee.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli

Weiß- u. Malz-

Brauerei, Fruchtr. 37

Weissbier - Caramelbier

Brauerei E. Willner

Pankow.

Groterjans

Malzbier, Schönb. Allee 132, T. III. 5463.

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel.

Hempel, E., Müllersstr. 126a.

Goldbier

ist nicht nur ein

Erfrischungsgetränk, sondern

auch ein

Gesundheitsmittel ersten

Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Branbans Berlin.

Löwen-Brauerei

vorzügliche Paß- und

Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönhaferstr. 22.

Verelns-Brauerei Tentonia, NW 67.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,

Pallendenstr. 97, Tel. A. VII. 2634.

Stumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.

Drescher Jr., Landsbergerstr. 116

Blumen-Fischer-Zöllner Seent60

E. Deger, Hild. Ein. Friedr. 34, 30, Bergstr. 50

O. Hahn, S. Tegeltz Allee-Oststr. 103

Meinzel, Neukölln, Bergstr. 110/111

F. Müller, Danzigerstr. 27.

Gärtner, A. O. F., Metzner, Mll. Köpenick.

W. Rutische, Mll. Hermannstr. 62

Topfpanzer aller Art

Erle, Rudowstr. 32, 30/1, Tel. 124

Zastrow, H. Turnerstr. 24.

Butter, Eier, Käse

Davidson

Danne, Karl Chöringerstr. 36.

Gebrüder Groh



Gewerkschaftliches.

Polizei und Streikposten.

Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Polizei eine ganz besondere Methode besitzt, um das Streikpostenfischen illusorisch zu machen. Die Scharfmacher haben es gar nicht nötig, nach Ausnahmemaßnahmen zu rufen; die Polizei versteht es auch ohnedem, das Koalitionsrecht einzuzengen. Das wird gemacht, indem die Polizei die Streikposten auf Schritt und Tritt verfolgt und ihnen mit Verhaftung droht. Es ist die Methode, nach der kleine Kinder durch die fortwährende Drohung mit dem Schutzmännchen oder Schornsteinfeger graulich gemacht werden. Natürlich wird den Streikposten immer und immer wieder von der Organisationsleitung versichert, daß die Ausübung des Streikpostenfischens ein gesetzlich gewährleistetes Recht ist, das nicht durch Belieben irgend eines Polizeibeamten beseitigt werden kann.

Auch der Streik in der Berliner Kürschnerbranche zeigt, in wie hohem Maße die Polizei im Interesse des Unternehmertums dienstfertig tätig ist. Kaum war die Arbeitseinstellung erfolgt, so trat auch prompt überall die Polizei in Aktion. In den verkehrsreichen Straßen im Innern der Stadt tritt sie bescheidener auf, um Austritte zu vermeiden; umgekehrt geht sie in abgelegenen Gegenden, wo verhältnismäßig wenig Verkehr ist, mit aller Strenge vor.

Wie die Polizei ihre Befugnisse ausübt, soll hier an einem speziellen Fall illustriert werden. Am Montagabend standen etliche Kürschner in der Büschingstraße Posten, wo im Hause Nr. 17 sich die Werkstatt des Herrn Kuhls befindet. Außer ihnen standen im Interesse des Unternehmertums zwei Schutzleute Posten, später kamen noch zwei andere und ein Kriminalbeamter hinzu. Dieser Kriminalbeamte Kühn, Nr. 4377, ist nun ein recht aufgeregter Herr, der allein schon durch sein Vorgehen mehr dazu beiträgt, den Verkehr zu stören, als es drei Dutzend Streikposten fertig bekämen. Er ist an dem fraglichen Montagabend wohl 6 bis 7 mal an einen der Kürschner herangetreten und hat ihm mit Verhaftung gedroht, wenn der Betreffende nicht mache, daß er aus der Gegend komme. Wie sehr dieser Beamte begehrte, seine persönlichen Kräfte zu probieren, läßt sich aus seiner Aeußerung ersehen: „Solche Jungen nehmen wir noch unter dem Arm.“ Obwohl der so Angeredete wieder eine Antwort gab, noch auch nur ein einziges Mal stehen blieb, war es ihm schließlich nicht mehr möglich, seine Aufgabe als Streikposten zu erfüllen, weil er fürchtete, nachher arretiert zu werden. Er ging deshalb nach dem Verbandsbureau, Weinstr. 8, um dort von dem Vorgehen der Polizei Mitteilung zu machen. Auf dem Hausflur begegnete ihm der Genosse Regge von der Redaktion des „Kürschner“, den er hat, er möge sich doch persönlich von dem Vorgehen der Polizeibeamten überzeugen.

Beide gingen nunmehr durch die Büschingstraße und bis Hausweite in die Wehnerstraße. An der Ecke stand ein Schutzmännchen allein, zu dem sich sofort Frau Kuhls (die zuerst in der Haustür stand) gesellte, und den Beamten auf die beiden aufmerksam machte, als diese zurückkamen. Unbeirrt dadurch gingen beide jedoch den Weg wieder nach der Barnimstraße und schritten dann über den Damm nach dem Büschingplatz

zu und um den Platz herum. In jeder Ecke des Platzes der Büschingstraße zu stand je ein Schutzmännchen, in der Mitte des Platzes außerdem ein Schutzmännchen mit einer Röhre und der Kriminalbeamte Kühn. Als Regge mit seinem Kollegen wieder der Büschingstraße zuschritt, trat der Schutzmännchen Nummer 5530 auf beide zu und sagte ihnen, sie möchten machen, daß sie fortkämen, sie dürften hier nicht stehen bleiben. Die beiden waren noch gar nicht zum Stehen gekommen! Regge fragte, was der Beamte eigentlich von ihnen wolle, ob sie hier nicht gehen könnten. „Nein, nicht hier!“ lautete kategorisch die Antwort. Gleich war auch der Kriminalbeamte Kühn herangekommen und meinte, die beiden sollten „keinen Auflauf“ (!) machen. Regge bedeutete den Beamten, daß sie es ja seien, die den Auflauf verursachten. „Na, wenn Sie nicht machen, daß Sie hier fortkommen, können Sie bis 9 Uhr auf der Wache bleiben, bis hier alles vorbei ist,“ meinte der Beamte Kühn in aufgeregtem Tone. Regge erwiderte, die Straße diene doch dem Verkehr. „Hier, wo gestreift wird, dürfen Sie nicht gehen!“ Als K. nochmals betonte, daß er das Recht habe, dort zu gehen und die Polizei nicht einfach das Streikpostenfischen aufheben könne, wurde er auch schon von dem Schutzmännchen Wolf mit großer Rücksichtslosigkeit am Armel gefaßt, um nach der Wache abgeführt zu werden. Erst auf energischen Protest Regges ließ der Beamte von ihm ab. Als auf der Wache die Personalien Regges festgestellt wurden und die Beamten meinten, daß es ein Skandal sei, solchen Auflauf zu machen, erwiderte K., daß er ja gerade gekommen sei, um sich von dem Treiben der Polizei persönlich zu überzeugen. Und als Regge nach der Feststellung die Aufnahme eines Protokolls darüber verlangte, weshalb er verhaftet worden sei, meinte der diensthabende Wachtmeister: „Das werden Sie schon sehen, wenn Sie die Anzeige (!) erhalten werden.“

Das ist so der gewöhnliche Gang der Dinge, wie die Polizei Verhaftungen der Streikposten herbeiführt, wie sie Anzeigen und Strafmandate fabriziert und wie sie auf die denkbar einfachste Weise das Recht des Streikpostenfischens aufhebt. Entweder rücken die Streikposten vor Angst aus, dann läßt die läbliche Polizei Gnade vor Recht walten. Aber wer die Beamten auf das gesetzliche Recht verweist, der wird einfach arretiert! Regge hat durch seinen Rechtsanwalt wegen seiner ungeschicklichen Verhaftung Beschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt und man darf gespannt sein, was der Herr Polizeipräsident zu dem Vorgehen seiner Beamten zu sagen hat.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Vinolenmaler und Teppichnäher.

Am Montag gab Schulze einen Situationsbericht. Von den Lohnverhältnissen, auf die sich die Bewegung ausgebeugt hat, haben sich 10 Werkstätten verständigt und zwar wesentlich auf der Grundlage einer Zulage von 5 Pf. die Stunde. Von den Alfordbetrieben haben 5 den neuen Tarif erhalten, der ihnen im Jahre eine Aufbesserung von etwa 250 M. bringt.

Bei den Firmen, die bewilligt haben, arbeiten 110 Arbeiter. Die Lohnarbeiter haben durchweg 5 Pf. Zulage erhalten, mit Ausnahme der Firma Israel, wo für die Arbeiter aber auch so ziemlich zufriedenstellende Lohnbedingungen erzielt werden konnten. Ein einheitlicher Tarif ist für die Lohnverhältnisse leider nicht erreicht worden, während für die Alfordwerkstätten dies vollständig zu verzeichnen ist.

Der Redner unterzog auch die Behauptung der Arbeiter von

Quantmeyer u. S. d. e. einer entsprechenden Korrektur, wonach sie einen günstigen Erfolg durch selbständige Verhandlungen mit der Firma erzielt und im übrigen schon längst die Säge, wie sie anderswo jetzt bewilligt worden seien, erhalten hätten.

Wie verlautet, soll sich der Geschäftsführer der genannten Firma dahingehend geäußert haben, daß er später den Tarif auch unterzeichnen wolle, aber nicht in der jetzigen Zeit.

Zuletzt beschloß die Versammlung, den allgemeinen Streik für beendet zu erklären. Die organisierten Vinolenmaler und Teppichnäher sind nunmehr im Besitze von grauen Kontrollkarten, die als Ausweis gelten.

Bei dem Zwischenmeister Karl Scholz, Stallschreiberstr. 55, dauert der Streik fort.

Der Streik der Militärattiler in den Offizierausstattungsbetrieben hat mit dem Ablauf der vorigen Woche eine recht bedeutende Wendung genommen. Die vom Streikbrecheragenten Koch beschafften Arbeitskräfte haben sich nur zwei Tage betätigen dürfen, dann wurden sie wegen hervorragender Leistungen entlassen. Bei dieser Sachlage hielten es einige der Herren Unternehmer doch für ratsam, sich mit der Organisation zu verständigen. Sie mühten einsehen, daß die Kaskal des Herrn Kasse vom Bund der Arbeitgeberverbände zu einem vollständigen Ruin ihrer Betriebe führen würde. Die eingeleiteten Verhandlungen brachten in den wesentlichsten Punkten folgendes Resultat: Verkürzung der Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden wöchentlich, Festlegung eines bestimmten Mindestlohnes in Höhe von 90 Pfennig pro Stunde, der nach halbjähriger Beschäftigungsdauer auf 65 Pfennig steigt. Für sämtliche Lohnarbeiter eine Erhöhung der bisherigen Wochenlöhne um 10 Proz. und für Alfordarbeiter eine Zulage von 8 Proz. zu allen Alfordlöhnen. Besonders schlecht gestellte Artikel, wie Tornister und Kartentaschen, wurden um 13 bzw. 15 Proz. erhöht. Von besonderer Bedeutung ist es weiter, daß die Forderung auf Gewährung eines Sommerurlaubes prinzipiell durchgesetzt wurde, indem allen Arbeitern, die mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, ein solcher von 3 Tagen bei voller Bezahlung gewährt wird. Der neue Vertrag sieht eine Geltungsdauer von 3 Jahren vor. Anerkannt wurde der neue Vertrag bisher von den Firmen B. Gommlich, G. Reicher, Richard Scherke und Collani u. Co. Bei diesen Firmen wurde die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Im Streik befinden sich noch die Sattler bei den Firmen: Deutsche Militär- ausstattungs-gesellschaft, Alexandrinenstraße 14; C. Bose, Schleißerstraße 18 und J. Damaschke, Jüterbogener Straße 9. Besonders erswerend ist den Arbeitern der Kampf bei der Deutschen Militär- ausstattungs-gesellschaft, da die Polizeibeamten recht einseitig zugunsten des Unternehmers eingreifen und das Streikpostenfischen so gut wie unmöglich machen. Dabei ist bis heute nicht das geringste vorgefallen, womit ein solches Verhalten zu rechtfertigen wäre. Trotz dieser Hilfe wird auch diese Firma sich über kurz oder lang mit den Arbeitern verständigen müssen. Bis dahin ist jeder Zugang nach den betrieblen Betrieben fernzuhalten. Besperrt ist ferner die Kommodenfabrik von L. u. W. Wig, Lindenstr. 93, da Herr L. u. W. als einziger Militärfeststofffabrikant sich weigert, den für die ganze Branche geltenden Tarifvertrag anzuerkennen.

In den Wurfmaschinen Wilh. Wehr, Möbes Nachfolger, C. Laake und A. Kisch befinden sich die Gesellen in einer Tarifbewegung. Die Hauptforderung ist die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Mit der Firma Möbes Nachf. ist es schon zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Es wurde eine Arbeitsverkürzung von 4 1/2 Stunden pro Woche, eine Lohnhöhung von 2 M. Abschaffung des Kostwensens und Gewährung von Ferien erreicht. In den Wurfmaschinen sind die Pfeilhergesellen alle organisiert und ist es ihnen möglich, ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Mit den anderen Firmen wird es wohl im Laufe des Monats ebenfalls zu Tarifabschlüssen kommen.

Den Inhabern der Ruderwarenfabrik von Seifert u. Haack, Riegmansstr. 20/21, scheint der Streik ihrer Arbeiter vom vorigen

Kleines feuilleton.

Volkerverammlung.

Du gehst mahnend zur Versammlung. Du fragst: Können die Reden etwas? Da lauschst du auf — ein zuckender Schlag hat dich getroffen! — Du fühlst, wie es warm deinen Leib durchsickert, — wie Blut in dir wächst, und bist der Gläubigsten einer.

Hart fallen die Worte des Redners in den rauschigen Saal und pochen hammerstark an die Stirnen der Menge. Abstimmung! Wer stimmt mit: Ja? Hastig stoßen die armen zerklüfteten Hände hoch, und über dem Feilergeräusch der Arbeiterarme rundet sich mächtig im Augenblick die Kugel der Welt...

Max Barthel.

Liebe fürs Geld. Die „Bayrische Staatszeitung“ ist bekanntlich eine Lieblingschöpfung des großen Staatsmannes von Hertling. Er hat sie aus dem ganzen Reichtum seines politischen Könnens heraus geschaffen und sein Auge wacht väterlich darüber, daß keine Dummheit im Staate Bayern passiere, der nicht eine andere in der „Staatszeitung“ parallel laufe.

Wenn man dies Welt längere Zeit liest, so versteht man durchaus, warum dies Ministerium so beweglich um die Zulassung von Jesuiten bittet. Hertling braucht eben eine sachkundige Leitung in der Diplomatie, der die Sprache bekanntlich zum Verschwören gegeben ist. Er hofft unter jesuitischer Anleitung jene abrupten Offenheitsanfalle vermeiden zu können, die heute das Entzünden aller Renner bilden. Denn einem Jesuiten wäre das Jugendsündnis sicherlich nicht einschläpft, das dieser Tage in der „Staatszeitung“ anlässlich einer Betrachtung über die Verdienste der Landbürgermeister zu lesen war und folgendermaßen lautete: „Eben deshalb aber dürften äußere Anerkennungen, die sonst Privatpersonen für Geldspenden so reichlich zu kommen, wenigstens alten und bewährten Vorstehern größerer Dorfgemeinden von seiten der Behörde noch häufiger zuteil werden, als dies bis jetzt der Fall war.“

Nicht etwa, daß es eine große Neuigkeit wäre, wenn man hört, Orden werden für Geld vertriehen, also verkauft. Aber Orden sind doch der Ader des heutigen korrupten Regierungswesens, und so dummi war bisher noch keine Regierung, daß sie ihre eigenen Lockmittel dadurch entwertete, daß sie ihre Käuflichkeit zugab. Es blieb Herrn von Hertling vorbehalten, den Preis seiner Kunst in der Öffentlichkeit festzusetzen.

Wenn die Mädchen, denen man in München so sehr auf die Sohlen geht und so gern durch die Finger sieht, einem verehrlichen Adel und Bürgerstand ihre Käuflichkeit ins Gedächtnis zurückrufen wollen, so annonciieren sie schäutern als „Stausse“ oder „alleinstehende Dame sucht einen Wohltäter“. Der Staat Bayern betont in schlichter Offenheit und ohne Umschweife, seine Kunst läme Privatpersonen für Geldspenden reichlich zugute.

Wie verlautet, wird die „Staatszeitung“ in den nächsten Tagen einen vollständigen Preisvertrieb veröffentlicht, aus dem jeder ersehen kann, welchen Titel oder welchen Orden er sich seiner Vermögenslage entsprechend leisten kann. Nur bayerische Ministerstellen sind nicht käuflich. Um die zu erreichen, bedarf es des Nachweises einer besonderen Unfähigkeit, die angeboten sein muß.

Theater.

Lesing-Theater: „Peer Gynt.“ Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen. Fünf Stunden dauerte, mit der unrankenden Musik, die Ibsens Landsmann Grieg zu dem „Peer Gynt“ komponiert hat, die Aufführung des Werkes. Eine Unsumme von Kosten und Arbeit war daran gesetzt. Die Traktion des Lesing-Theaters, das unter Brahm klassische Ibsenbühne wurde, mag Direktor Barnowski, dem neuen Leiter, den Anstoß gegeben haben, das Experiment zu wagen, das vor Jahren in dürftigen Rahmen einmal von der Lesing-Gesellschaft unternommen worden war. In dessen der Erfolg beständige nur den Eindruck von damals, daß dieses Werk des großen Norwegers der Bühne sich versagt. Die dichterischen Intuitionen, die in dem ersten Teil aufblühen, paden beim Vesen ungleich mehr als von der Bühne herab, wo der rasche Flug der Bilder, durch ernüchternde Pausen des Dekorationswechsels fortlaufend unterbrochen, das phantastisch hingeworfene durch einen schwer beweglichen Apparat (s. v. die Hochzeits-Statistiker bei der Entführung Ingrid) illustriert werden muß. Vor allem aber ist es hier der Wirkung Abdruck, daß der Zuschauer nicht wie der Leser die Stellen überschlagen kann, in denen Ibsens Dichterflug von leerem Spinnfäden abgelöst wird. Die Bühne bringt das Ganze, Lebendes und Totes, mit unparteiisch gleicher Breite vor und würde, selbst bei vollkommener Darstellung, durch den so mitgeschleppten Ballast die Empfänglichkeit ermüden.

Ein Gedankendrama will der „Peer Gynt“ offenkundig sein, aber es fehlt ihm doch völlig die wichtig konzentrierte, im Aufstieg einer klar gefassten Handlung sich offenbarende Einheit der Idee, wie sie der gleichfalls in den sechziger Jahren, kurz vor „Peer Gynt“ entstandene „Brand“ mit seiner Lösung „Alles oder Nichts“ besitzt. Jener voll repräsentant der haltlosen Phantastereien, des Schwindels und Lügengeistes sein, den Ibsen damals, enttäuscht und bitter großend, daß Norwegen Dänemark im Kampfe gegen Preußen nicht beigestanden, als schlimmste Schwäche seines Volkes empfand. Sein Drama knüpft an eine Gestalt der Volkssage an. Und diese Figur — das war die Absicht — sollte zugleich ein allgemeiner Menschentypus werden, der Typus einer Persönlichkeit, die von Einbildungen und Eitelkeiten umhergetrieben wird, aber trotz aller Sündenmale schließlich doch in einer vergehenden und selbstlos reinen Liebe Erhöhung finden kann.

Daß Solweig, die Gütige, unbetreubar an Peer geglaubt hat, erbebt ihn aus der Niedrigkeit. Aber diese „Erlösung“ erscheint ihm als Stille beinahe als Zufall, unvermittelt durch einen feilischen Wandlungs- und Läuterungsprozess des Helden. Noch mehr verliert Peer, den wir zuerst als ungebürdigen, wild abenteuerlichen Bauernjungen in den Bergen kennen lernen, im zweiten Teile jede individuelle Kontur und den Zusammenhang mit der Vergangenheit; er wird zum Träger vielerlei geheimnisvoller Allegorien; farblos Kollektivvertreter aller aufgelaubten Menschentypen. Wir sehen ihn in der Zeitmaske eines durch Negerhandel reichgewordenen Rabobs an der afrikanischen Küste, wie er einer internationalen Tischgesellschaft seine unisichen Grundzüge vorträgt. Dann wieder ist er orientalischer Prophet und Haremsherr, den eine arabische Tänzerin leicht betrügt. Es folgen Szenen vor einem Herrenhaus, dessen Inhabern Peer, durch eine Art von Wahlverwandtschaft zu ihm hingezogen, zu ihrem Kaiser wählen wollen. Das letzte Stadium seines Lebensweges, ehe Solweig dem Heimgekehrten, von Angst und Neue Gequälten, ihre segnende Hand aufs Haupt legt, ist die Begegnung mit dem mythischen Anspitzer, einem Teufelchen, das die für die Hölle zu leicht befundenen Uebelthäter in einem Köffel einzufrieren hat. Das alles gleitet im Theater wie völlig wesenloser Spul vorüber. Und auch der schöne Schluß, das Wiedersehen mit Solweig, erhält als Bühnenbild, von der Musik zu lange hingezogen, den Weigeschmack des Opernhaften.

Der Ton in den Massenjungen (s. v. der Versammlung der Trolle), auch in den Neben Peers ward oft zu laut genommen, so daß im Lärm viel verloren ging. Die prächtige Erzählung Peers, wie er auf dem Rücken eines Zauberbodes über den Berggrat geritten — ein Glanzstück der Dichtung —, kam bei der atemlosen Hast, mit welcher Kahlher sie herunterzählte, nur in Bruchstücken zu Gehör. Was er im ganzen bot, war eine achtungswürdige Leistung, in der aber der künstlerische Wille die Distanz zwischen der Individualität des Schauspielers und der ihr so fremden Ibsenschen Figur nicht hatte überbrücken können. Es fehlte seinem Aufschneider ein Zug des instinktiv Ratfährigen, des strömend Leidenden, Liebendwürdigen, das, was in jener sonst dürftigen Ausführung der Lesinggesellschaft Winterstein auf glücklichste getroffen hatte und was dem Zuschauer überhaupt erst einige Sympathie erwerben kann. Nur einmal in jener berühmten Szene, da Peer am Bett der sterbenden Mutter sich in die Vision der Schlittensfahrt hineinphantasiert, gelang es ihm anzuheben, das Publikum mit starker Suggestivkraft mitzureißen. Er wurde da von dem naturhistorisch-pittoresken Spiele Zilla Grünings, die die mit dem Tode ringende Alte gab, vortrefflich unterstützt. Zina Rossen war eine während schlüchte Solweig, Zilla Durieux in der Episodentrolle der arabischen Tänzerin von exotisch schwälem Reiz.

Evend Gade hatte sehr stimmungsvolle Dekorationen der nordischen Berglandschaft entworfen. Das Publikum, das wohl unmittelbarer als durch das Stück, durch die anmutige, weiche Griechische Musik gerührt wurde, spendete am Schluß demonstrativen Beifall.

Notizen.

— Große Entdeckungen. Ein Korrespondent des „Daily Chronicle“ interviewte Madame Curie, die gegenwärtig an einem wissenschaftlichen Kongress in Birmingham teilnimmt. Frau Curie sagte, Dr. Rutherford stelle zurzeit umfangreiche Experimente über Radioaktivität an. Alles deute darauf hin, daß demnächst weitere große Entdeckungen bekannt werden, gegen die die Erfindung des Radiums verschwinden und das Radium nur zu einem Grundstoff würde.

— Karl Spitteler, der Dichter des Olympischen Frühlings, der zu den bedeutendsten Dichtern der Gegenwart gehört, gibt jetzt die Erinnerungen seiner Kindheit heraus; sie werden zunächst unter dem Titel: „Meine früheren Erlebnisse“ in den „Süddeutschen Monatsheften“ erscheinen.

— John Galsworthy's „Menschenfreund“, eine Tragikomödie, erlebte in Prager Deutsches Theater seine deutsche Uraufführung. Der Menschenfreund ist ein wohlhabender Maler, der in jedem Verkommenen einen vom Schicksal Verfolgten sieht, ihn in seine Wohnung bringt, um ihn zu bessern, von allen seinen Schülungen aber betrogen wird. Das Stück soll unter Breiten und Wiederholungen leiden.

— Zilli Lehmanns Memoiren werden unter dem Titel „Mein Weg“ demnächst im Leipziger Verlage von Salomon Hirzel erscheinen.

— Ein Denkmal im Polargebiet. Die Londoner „Nature“ meldet, daß für den russischen Forschungsreisenden Gward v. Toll auf der Kotelny-Insel ein Denkmal in der Form einer Bronzetafel mit dem Bildnis des verstorbenen Forschungsreisenden errichtet werden soll. Die Kotelny-Insel ist die größte der Neu-Sibirischen Inseln, wo im Jahre 1902 der junge Forscher umgekommen ist. Er unternahm von seinem Schiff „Sarsja“ aus im Juni 1902 eine Reise nach der Bennett-Insel, von wo er nicht mehr zurückgekehrt ist. Niemand ist sicher festgestellt worden, wo und wie der Untergang seiner Expedition erfolgt ist.







# Arbeiter, die Jugend ist die Zukunft! Sammelt für den Bebefonds!

## Das Vormundchaftsamt der Stadt Berlin

hat jetzt über das erste Jahr seiner Tätigkeit berichtet. Es stellt fest, daß schon im ersten Jahre sich sogleich der Segen der endlich auch für Berlin zustande gekommenen Berufsvormundchaft gezeigt hat.

Der von den Berliner Gemeindebehörden gefaßte Beschluß, daß die Vormundchaft über die in Berlin geborenen unehelichen Kinder künftig von der Waisenverwaltung übernommen werden solle, trat am 1. April 1912 in Kraft. Im Verwaltungsjahre 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) gingen aus den Ständebüchern dem Vormundchaftsamt der Stadt 9189 Meldungen über die Geburt unehelicher Kinder zu. Oft hatten aber die Helferinnen des Vormundchaftsamtes bei ihren regelmäßigen Besuchen der Gebäranstalten sich im voraus mit den Schwangeren oder Wöchnerinnen schon in Verbindung gesetzt. Das Vorverfahren wurde eingeleitet mit einem den Müttern der unehelichen Kinder vorgelegten Fragebogen, entweder in den Gebäranstalten durch die Helferinnen des Vormundchaftsamtes oder in den Wohnungen durch die Helferinnen der das Vormundchaftsamt unterstützenden Säuglingsfürsorgestellen. Die Fragebogen wurden dann mit den nötigen Vorschlägen bezüglich der Vormundchaft an die Gerichte weitergegeben. Das Vormundchaftsamt erledigte in dieser Weise bis zum Jahresende 9067 Fälle. In 1682 Fällen brauchte eine Vormundchaft nicht vorgeschlagen zu werden, 293mal, weil die Kinder schon wieder gestorben waren, 93mal, weil die Kinder durch nachfolgende Eheschließung der Eltern legitimiert worden waren, 1293mal, weil die Mütter von außerhalb nur zur Entbindung nach Berlin gekommen waren und in ihren Heimatorten zurückkehrten. In 414 Fällen wurde es für zweckmäßiger gehalten, statt eines amtlichen Berufsvormundes einen privaten Einzelvormund zu empfehlen. Ein Berufsvormund wurde in 3898 Fällen empfohlen. Nur hilfsweise wurde die Berufsvormundchaft außerdem in 1609 Fällen vorgeschlagen, in 1088 Fällen, wo bereits ein Kind derselben Mutter seinen Vormund hatte, in 271, wo der Großvater Vormund werden wollte, in 247, wo die Mutter Ausländerin war und die Zulässigkeit einer deutschen Vormundchaft in Zweifel stand, in 3 Fällen aus sonstigen Gründen. 1536mal, meist bei minderjährigen Müttern, die den Wohnsitz ihres außerhalb wohnenden Vaters teilten, wurde ein Berufsvormund nur für den Fall vorgeschlagen, daß ein Berliner die Vormundchaft führen werde. Die Gerichte übertragen dann durch ihre Entscheidungen den Berufsvormündern die Vormundchaft in 4213 Fällen. Als Berufsvormünder waren zunächst zwei Beamte der Waisenverwaltung bestellt, doch mußten sie nach im ersten Jahre auf vier vermehrt werden. Bereits in demselben Jahre erledigten sich 843 der übernommenen Vormundschaften, 481 durch Tod der Kinder, 231 durch Legitimation, 1 durch Eheschließung, 88 durch Abgabe an andere Gerichte, 30 durch Bestellung eines anderen Vormundes, 2 aus sonstigen Gründen. Man beachte hier wieder die hohe Zahl von Kindern, die durch den Tod der Fürsorge des Vormundchaftsamtes entzogen wurden.

Unter den Aufgaben der Berufsvormünder steht obenan die den Unterhaltsanspruch der Mütter des unehelichen Kindes gegen dessen Erzeuger zu verfolgen. Ueber das Ergebnis der diesbezüglichen Bemühungen macht der Bericht Angaben, die sich auf den Stand vom 31. März 1913 beziehen. Nach Abzug von 1802 Fällen, die aus verschiedenen Gründen außer Betracht bleiben müssen, 3, weil die Kinder verstorben waren, oder weil die Mütter die Erzeuger nicht nennen wollten usw. usw., ist über 2411 Fälle zu berichten. In 1773 dieser Fälle erkannten die Erzeuger den Unterhaltsanspruch an, in 638 Fällen wurden sie im Prozeßwege zur Zahlung verurteilt. Die Erzeuger sorgten dann für ihre Kinder in 1851 dieser Fälle, in 760 Fällen unterließen sie das. Es ist gestattet, direkt an die Mutter zu zahlen. Das Vormundchaftsamt kassierte für 313 Kinder 58 582 M. ein, für die übrigen 1338 Kinder schätzte der Bericht die von den Vätern direkt an die Mutter geleisteten Zahlungen auf 250 000 M., so daß im ganzen über 300 000 M. den unehelichen Kindern zugeführt worden waren. Zu dieser Sicherung des Unterhaltsanspruches kommt die Fürsorge für die Gesundheitspflege. Sie ist den Säuglingsfürsorgestellen übertragen, und die Mütter oder Pflegemütter der bedormunden Kinder werden angehalten, die Fürsorgestellen regelmäßig aufzusuchen.

Der Bericht faßt das Ergebnis des ersten Jahres zusammen: „Unverkennbar fällt die Berliner Berufsvormundchaft eine bisher vorhandene Lücke aus; schon im ersten Jahre war sie ein wirksamer Faktor zur Hebung der sozialen Lage der unehelichen Kinder Berlins. Wird aber das wirtschaftliche Elend, dem bisher gerade diese Kindergruppe am meisten preisgegeben war, verringert, so wird schon dadurch allein der Gesundheitszustand der Kinder gehoben; tritt dann noch eine zielbewusste Gesundheitspflege hinzu, so darf man hoffen, daß sich die Wirkung in einem weiteren Sinken der Sterblichkeitsziffer äußern wird. Die unter Berufsvormundchaft getretenen Kinder werden vor Verwahrlosung, die größtenteils doch nur eine Folge sozialen Elends ist, besser geschützt sein als ihre Vorgänger; es ist zu erwarten, daß sie kräftiger und brauchbare Mitglieder unserer Gemeinde und unseres Volkes werden.“ Das alles schon von der Berufsvormundchaft allein zu erwarten, ist ein bißchen kühn. Aber wenn wir ihre Bedeutung nicht überschätzen wollen, so verkennen wir doch nicht, daß sie den unehelichen Kindern und ihren Müttern ein wertvoller Schutz sein kann.

## Im Landwehrkasino erschossen.

In den Räumen des Landwehrkasinos in der Hardenbergstraße zu Charlottenburg vollzog sich vorgestern Abend kurz nach 8 Uhr der blutige Ausbruch eines Streites zwischen zwei Persönlichkeiten, deren Namen in der Berliner Gesellschaft wohlbekannt sind. Der lippische Hofmajor Professor Heinrich Raab, Brückenallee 6, gab nach einem tätlichen Angriff des lippischen Kammerherrn und Rittmeisters v. Westernhagen einen Schuß ab, der diesen mitten in das Herz traf. v. Westernhagen, der früher bei den Baseler Kastruppen stand, starb unmittelbar darauf. Die Leiche des Rittmeisters wurde nach dem Garnisonlazarett in Westend gebracht. Professor Raab stellte sich den Behörden zur Verfügung, wurde aber nach seiner Vernehmung gestern früh auf freien Fuß gesetzt.

Ueber die Ursachen des Vorganges kursieren die verschiedensten Gerüchte. Ähnlich wird darüber kurz folgendes gemeldet: „Nach Erledigung einer Vernehmung durch den Ehrenrat wurde der Rittmeister der Reserve Baron Lothar v. Westernhagen, lippischer

Kammerherr, durch eine von ihm tätlich beleidigte Zivilperson, den Wildhauer und Maler Professor Heinrich Raab, in der Erregung und Notwehr auf der Treppe zum Beratungszimmer mittels eines Revolvers niedergeschossen.“

Wie sich der Vorgang abspielte,

wird jetzt geschildert: „In einer Titelverleihungs-Affäre“ stand vorgestern vor dem Ehrengerichtsrat im Landwehr-Offizierskasino eine Verhandlung an, zu der auch Professor Raab als Zeuge erschienen war. Die von ihm abgegebene Aussage soll den Herrn v. Westernhagen stark belastet haben. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt, und v. W. wie auch der Zeuge ernstlich sich aus dem Beratungszimmer. Als Professor Raab die Treppe hinabstieg, um zum Garderobenraum zu gelangen, stellte ihn v. W. Es kam zwischen beiden Herren zu einer kurzen Auseinandersetzung. Professor Raab gab eine ausweichende Antwort auf eine an ihn gerichtete Anfrage und warnte seinem Gegner den Rücken, um seinen Weg fortzusetzen. Raum war dies geschehen, als er auch schon

einen wichtigen Schlag von hinten erhielt.

In seiner Bestürzung griff v. W. zu einem geladenen Revolver, den er bei sich trug, und gab auf seinen Angreifer einen Schuß ab. Obgleich tödlich getroffen, vermochte sich v. W. doch noch die Treppe bis zum Beratungszimmer hinaufzuschleppen. Hier brach er zusammen mit dem Ausruf:

„Ich bin getroffen!“

Die noch im Zimmer anwesenden Herren bemähten sich sofort um den Schwerverletzten und veranlaßten, daß ein Arzt herbeigerufen wurde. Bevor dieser aber erschien, hatte v. W. bereits seinen Geist aufgegeben. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett in Westend gebracht. Professor Raab stellte sich den Herren zur Verfügung und blieb die Nacht hindurch im Kasino. Gestern früh erschienen von den inzwischen benachrichtigten Behörden der Erste Staatsanwalt am Landgericht III Krause, Kriminalinspektor Krause von der Charlottenburger Polizei und Kommissar Krcmser. Professor Raab wurde nach dem Polizeipräsidium in Charlottenburg gebracht, nach eingehender Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verleumdung nimmt an, daß v. W. nicht fluchtverdächtig ist und bei Begehung der Tat in Notwehr gehandelt hat. Auch durch Zeugen ist bereits festgestellt, daß der tätliche Angriff von dem Erschossenen erfolgt ist.“

## Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß der „Mühner-Saal“, Köpenickerstr. 78, zu künstlerischen Veranstaltungen frei ist. In Budow bei Brix sind die Lokale von Klotz und Schulz nach wie vor gesperrt.

Im 6. Kreis hat das Lokal „Ausschnitt der Bienenbrauerei“, Wabstr. 67, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Ernst Poissler stellt sein Lokal nach wie vor zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Brix-Budow. Zur ersten Vorstellung im Reußlener Theater am Sonntag, den 21. September d. J., nachmittags 2 1/2 Uhr, sind den Genossen von Brix und Budow Villets zur Verfügung gestellt, die beim Genossen Max Sander, Chausseestr. 127 I, für den Preis von 60 Pf. inkl. Garderobe zu haben sind. Ferner findet an demselben Tage die Besichtigung des Krematoriums in Baumhuldenweg statt. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr beim Genossen Behnisch, Rudower Straße, Ecke Hannemannstraße. Abmarsch Punkt 9 Uhr.

Sohnsdorf bei Oranien. Mittwoch, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins in der „Villa Raab“. 1. Vortrag. 2. Diskussions. 3. Vereinsangelegenheiten (Stellungnahme zu dem Schreiben des Vorstandes). 4. Verschiedenes.

Oranienburg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhausen“, Schäferstr. 34: Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl sowie wichtige kommunale Anträge.

## Berliner Nachrichten.

Eine zeitgemäße Küche.

Ein jeder weiß, daß das Wort Küche in verschiedenem Sinne gebraucht wird. Man spricht von der einfachen, von der bürgerlichen und von der feinen Küche, von der Küche für Gesunde und Kranke, von französischer, englischer und deutscher Küche oder Kochkunst usw.

Nicht in diesem Sinne soll hier von der Küche geredet werden, sondern von der zeitgemäßen und zweckmäßigen Einrichtung einer Schulküche, die die Stadt für die 5. Fortbildungsschule für Mädchen, Gubener Straße 58, hat einrichten lassen.

Seit der Begründung dieser Schule im Jahre 1899 ist fort und fort an der Vervollkommnung und Ausgestaltung der inneren Einrichtungen gearbeitet worden.

Schon die Lage des Küchengebäudes inmitten eines schattigen, von herrlichen Baumgruppen eingeschlossenen Schulhofes, fern von allem Geräusch und sonstigen Störungen des Strahlens, trägt den hygienischen Bestrebungen unserer Zeit voll und ganz Rechnung. Noch mehr ist nach dieser Richtung hin durch die Sorge für eine praktische innere Einrichtung der Küche geschehen. Sechs große Fenster geben dem Innern der Küche reichlich Licht und Luft. Der Küchenraum selbst ist 11 Meter lang, 7 Meter breit und 6 Meter hoch. Vom Standpunkt der Hygiene aus betrachtet also erstklassig.

Das Innere der Küche wirkt und gefällt durch seine vornehme Ausstattung in bezug auf Wandbescheidung, Kochherd, Küchenschränke und Kochgeräte. Die Wände sind in einem passenden Farbenton gestrichen, die Wandgesimse mit malerischen Stilleben geschmückt, die Wandpaneele aus hellgelben Kacheln hergestellt, — alles Wahrzeichen des guten Geschmacks und der peinlichsten Sauberkeit. Neben dieser mehr äußerlichen Gegenwartsaufgabe ist auch für die Hauptaufgabe, den eigentlichen Kochbetrieb, das Beste gewählt, was für die Erhaltung der Gesundheit und das wirtschaftliche Leben von Bedeutung und Vorteil ist. Es bedarf wohl kaum des Nachweises und der Begründung über die Notwendigkeit einer zweckentsprechenden inneren Kucheinrichtung, da

jedem bekannt ist, daß eine sachgemäße Kucheinrichtung nicht ohne Einfluß und Bedeutung für die Nahrungsaufnahme des Menschen ist. Deshalb ist ein möglichst vollkommener Kochherd eine Hauptbedingung für eine zeitgemäße, gute Küche.

Sie ist nicht die schöne äußere Form allein entscheidend, sondern die Konstruktion, die zugleich auch auf die Menge des Verbrauchs und auf die Art des Brennstoffes Rücksicht nimmt. Es muß möglichst alle erzeugte Wärme nutzbar gemacht werden. Auch nach dieser Richtung hin ist die 1. Schulküche musterhaft eingerichtet.

Da das Kochen mit Gas in Berlin in allen Familien Eingang finden soll, so sind reine Gasherde und kombinierte Herde in getrennten Abteilungen aufgestellt worden, um den vorhandenen Bedürfnissen ganz zu entsprechen. Es ist hier nicht die Stelle, um auf die Vorzüglichkeit dieser Herde und ihre Einrichtung einzugehen. Nur auf eins soll hingewiesen werden, daß das Kochen mit Gas neben Bequemlichkeit und Sauberkeit auch den Vorzug der Billigkeit hat.

Anzufügen wäre hier nur noch ein kurzes Wort für die Hebung der wirtschaftlichen Lage und Bekämpfung sittlicher Schäden unserer Jugend, indem kurz der Zweck dieser Einrichtung gestreift wird.

Diese Schulküche, wie auch alle übrigen, hat zunächst den Zweck, nicht mehr schulpflichtigen Mädchen aller Stände, hauptsächlich aber den in gewerblichen Betrieben beschäftigten Frauen und Mädchen Gelegenheit zu bieten, sich in ihrer freien Zeit, besonders abends, die zur Führung einer guten einfachen und bürgerlichen Küche nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen. Die Kochteilnehmerinnen sollen in den Stand gesetzt werden, einen Haushalt selbstständig führen zu können.

Sie werden deshalb nicht bloß im Kochen unterwiesen, sondern auch unter anderem mit den Rührwerken der wichtigsten Nahrungsmittel, sowie mit dem Einmachen von Früchten, Einkäufen, Servieren usw. vertraut gemacht.

Aus der Glendstatistik.

Das Obdach der Stadt Berlin hatte eine Reihe von Jahren hindurch eine ununterbrochene Mehrung der zu beherbergenden nämlich Obdachlosen gehabt. Im Etatsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) ist, wie wir aus dem jetzt vorliegenden Jahresbericht der Obdachverwaltung erfahren, diese Aufwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. Für die Etatsjahre 1906 bis 1911 wurden 549 406, 629 178, 896 300, 960 863, 1 091 494, 1 130 404 beherbergte nämlich Obdachlose gezählt, es war mithin im Zeitraum von sechs Jahren eine Verdoppelung der Frequenz eingetreten. Das Etatsjahr 1912 hat nun mit 1 235 615 beherbergten nämlich Obdachlosen abgeschlossen, so daß man den Beginn einer Abwärtsbewegung vermuten möchte. Die Minderung von 1911 zu 1912 ist allerdings ganz gering und kaum nennenswert. Sie beträgt mit nur 4780 noch nicht mal soviel wie z. B. die Belegungsziffer eines einzigen Wintertages, deren Maximum im letzten Winter sich auf 6186 (am 31. Januar 1913) belief. Der Bericht hebt besonders hervor, daß die Zahl der jugendlichen Obdachlosen, die schon seit einigen Jahren im Rückgang war, sich weiter vermindert hat. Es fehlt aber wieder, wie in den Berichten der früheren Jahre, jede Angabe darüber, mit welchen Zahlen die jugendlichen überhaupt an der Obdachfrequenz beteiligt waren. In einem Gegensatz zum Stillstand der Frequenzzunahme, der für 1912 bei der Abteilung für nämlich Obdachlose zu bemerken ist, steht die gleichzeitige Mehrung der Insassen der Familienabteilung. Aufgenommen wurden diesmal 732 Familien mit 2149 Köpfen und außerdem 1849 Einzelpersonen, während im vorhergehenden Jahr nur 630 Familien mit 1898 Köpfen und außerdem 2072 Einzelpersonen aufgenommen worden waren. Beachtung verdient auch, daß die Dauer des Aufenthalts in der Familienabteilung sich beträchtlich gesteigert hat. In 1912 kam auf jeden Insassen eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 23 Tagen, gegenüber nur 16 Tagen im Vorjahr. Ueber die wirtschaftlichen Ursachen, die dem Obdach die Hilfesuchenden zutreiben, sagt der Bericht wieder — wie üblich — kein Wort.

Wie kann die Frequenz des Obdachs sich in dem Etatsjahr 1913 gestalten, das am 1. April begonnen hat? Noch ist nicht die Hälfte des neuen Etatsjahres verfloßen, aber schon jetzt haben wir recht Unerfreuliches darüber zu melden. In den ersten Monaten war bei der Familienabteilung der Zustrom von obdachlosen Familien noch stärker als in denselben Monaten von 1912. Die Abteilung für nämlich Obdachlose aber hatte gegenüber 1912 wieder eine Frequenzsteigerung, die sehr bedeutend war. In den fünf Monaten April bis August von 1913 mußten schon wieder 404 817 Obdachlose beherbergt werden, gegenüber 357 065 in denselben fünf Monaten des Vorjahres. Jede Hoffnung auf einen Umschwung zum Besseren, die etwa durch das Ergebnis von 1912 geweckt worden ist, muß gegenüber diesen Zahlen schwinden. Welche Plut von Glend wird erst im Winter sich über das Obdach ergießen!

Zum Falle Ranke

Ist das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Veröffentlichung: Der Magistrat Berlin vertritt die Meinung, daß die anscheinend amtliche Notiz, die gestern durch Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitet wurde, in ihren wesentlichen Punkten bereits durch die gestrige städtische Erklärung ihre Erledigung findet. Diese Notiz befaßt sich auf die Erörterung, ob die Sonderbesteuerung von Objekten über 5 Millionen Mark im Kreise Rieberbarium wirtschaftlich gerechtfertigt sei und ob bei der Genehmigung der Steuererhöhung eine ungewöhnliche Beschleunigung abgefordert habe. Aber sie läßt die Frage unbeantwortet, ob es für zulässig angesehen wird, eine Steuerordnung zu erlassen, durch die ein bereits in die Erreichung getretener Rechtsakt getroffen werde. Wenn sonst Steuer- oder Zollerhöhungen stattfinden, so sucht man nach Uebergangsbestimmungen, um im Laufe befindlicher Rechtsverhältnisse nicht zu schädigen. Hier ist das Umgekehrte der Fall. Der Eigentumsübergang Lantes gibt den Anlaß, ihn und nur ihn allein nachträglich zu besteuern. Die Erklärung der Regierung enthält ebensowenig wie die des künftigen Landrats eine Widerlegung der in der Magistratsvorlage ausgestellten Behauptung, daß kein anderes Objekt als Lanke der so höchst ausführlich gestellten neuen Steuer unterfällt. Der eigentliche springende Punkt wird also in der Regierungserklärung übergangen. Wenn die Eile im Falle Lanke mit dem Hinweis darauf bestritten wird, daß die Genehmigung der Berliner Steuerordnungen gleichfalls Beschleunigung erfahren habe, so hätte hinzugefügt werden sollen, daß die Aufsichtsbehörde die Berliner Steuerordnungen bereits monatelang vorher im Besitz gehabt und der technischen Prüfung unterzogen hat, daher die Abfertigung binnen wenigen Tagen einen von langer Hand vorbereiteten, lediglich formalen Akt darstellt. Dies trifft im Fall Lanke, bei dem übrigens noch die Instanz des Verwaltungsgerichts hinzutritt, nicht zu, eben weil erst das Bekanntwerden des bevorstehenden Anlaufes Anlaß zu dem alsbaldigen und eiligen Vorgehen gab, wie dies ja übrigens der Herr Landrat selbst gegeben hat.



## Mit Vorzicht zu genießende Wissenschaft.

Uns wird geschrieben: Dieser Tage hat die „Humboldt-Akademie“ im Interimsteil des „Vorwärts“ ihre Wintervorlesungen angekündigt. In einem Rundschreiben, das den Organisationen zugeht, wurde überdies auf den „Hinzutritt ausgezeichnet empfohlener Dozenten“ hingewiesen.

Die Berliner Arbeiterschaft hat bisher den Darbietungen der „Humboldt-Akademie“ (die sich im Untertitel „Volkshochschule“ nennt) mit wohlwollender Neutralität gegenüber gestanden. Wird sie diese Stellung ändern müssen? —

Zu den „ausgezeichnet empfohlenen Dozenten“, deren Hinzutritt besonders betont wird, gehört ein gewisser Dr. Wilhelm Sternberg. Dieser Mann soll in der „Mathematisch-naturwissenschaftlich-medizinisch-technischen Abteilung“ der Akademie zwei Vorträge halten: einen über „Die diätetische Küche für Magen-, Darm- und Zuckerkranke“, den zweiten über „Die Physiologie des Genusses der Genußmittel“.

Das klingt recht harmlos und — wissenschaftlich, wenn nur nicht derselbe Dr. Wilhelm Sternberg vor Jahren daselbst wissenschaftliche Mängel um all die Vorträge geknirscht hätte, die er im Auftrag und im Solde der reichsten Brauapitalisten Deutschlands an allen Ecken und Enden hielt. Bis ihm durch die vom Deutschen Arbeiter-Affinitätenbunde herausgegebenen Broschüre „Das Brauapital und seine Knappen“ das Handwerk gelegt wurde.

Als „wissenschaftlicher“ Vortragsvortragender des Breslauer Sch. Kommerzienrats Hoase und anderer Vierkönige kam Dr. Wilhelm Sternberg von da an nicht mehr in Betracht, und auch seine schriftstellerische Tätigkeit im Sinne des Alkoholgenusses erlitt einen empfindlichen Stoß. Einflußreiche Freunde sorgten dafür, daß Sternberg beim jüngsten Ordensregen ein kleines Kreuz auf die brennende Wunde gelegt bekam, und jetzt schiebt er sich in die Kurse der Humboldt-Akademie hinein.

Wahrscheinlich hat sich die Zeitung dieser Anstalt um Dr. Sternbergs Vergangenheit nicht gekümmert. Sonst wäre der Vorstoß einfach unerklärlich. Jedenfalls darf man in bezug auf die Sternbergschen Vorträge mit Herrn v. Jagow sagen: Wir warnen Reugierige!

Die Gemeindefschulen Berlins werden mit Beginn des Winterhalbjahres auf 308 vermehrt. Gegenwärtig haben wir, abgesehen von 19 Hilfsschulen und 2 Schwerhörigenschulenschulen, 306 Gemeindefschulen der normalen Art. Zum Winter wird eröffnet eine 307. Gemeindefschule für Mädchen im Nietschhaus Raugarder Str. 5, das schon die 306. Gemeindefschule beherbergt, und eine 308. Gemeindefschule für Knaben und Mädchen in den Schulbaraden am Leopoldplatz, die bisher von der 72. Schule benutzt wurden. Hingru kommt außerdem eine auf dem Schulgrundstück Danziger Str. 62a in Baraden unterzubringende Schule für Mädchen, die die Bezeichnung „21. Gemeindefschule“ erhält. Die bisherige 21. Schule auf dem Schulgrundstück hinter der Garnisonkirche war bereits in der Auflösung und geht jetzt ganz ein, bis auf ein paar Restklassen, die zunächst noch als Filiale der auf demselben Grundstück befindlichen 24. Schule weitergeführt werden. Die „neuen“ Gemeindefschulen sind übrigens nur zum Teil als Zuwächse anzusehen. So ist die neue 307. Schule weiter nichts als eine Erweiterung der Filiale der 306. Schule, die schon besteht und mit im Nietschhaus Raugarder Str. 5 untergebracht ist. Auch die „neue“ 21. Schule ist nichts anderes als die Erweiterung einer Filiale, derjenigen der 200. Schule, die schon seit dem vorigen Jahre besteht und in den Baraden der Danziger Straße haust. Ähnlich wird zum Winter eine Schule für Schwerhörige, jetzt die dritte, im Nietschhaus Straßmannstraße 5 aus den bisherigen Restklassen der dort befindlichen 6. Hilfsschule gebildet. Zu berichten ist auch über einige Schulzüge, die infolge Fertigstellung neuer Schulhäuser möglich geworden sind. Nach dem Neubau Antonstr. 10/15 ziehen die 14. Schule aus dem Nietschhaus Müllerstr. 30, die 72. Schule aus den Baraden am Leopoldplatz, die 14. Hilfsschule aus dem alten Schulhaus Schulstraße 14/15. Die 56. Schule, bisher im Nietschhaus Koloniestr. 8, erhält als Heim den Neubau an der Göttenburger Straße, in den auch bereits die 18. Hilfsschule, gleichfalls aus dem Nietschhaus Koloniestr. 8, übersiedelt ist. Der Neubau Lütticher Str. 47/48 nimmt die 55. Schule und die 301. Schule auf, die beide bisher das Nietschhaus Lütticher Str. 4 benutzten. In Lütticher Str. 4 muß aber, weil da draußen der Schulmangel noch immer nicht behoben ist, eine Filiale der 55. Schule weitergeführt werden. Verlegt wird auch die 11. Hilfsschule aus dem Nietschhaus Brunnensstr. 188 nach dem Schulhaus Bergstr. 58, das durch Eingliederung der bisher hier untergebrachten Filiale der 210. Schule frei wird. Nietschhäuser und Schulbaraden spielen, wie man sieht, eine wichtige Rolle in dieser Zusammenstellung. Leider bleiben noch übergenug davon auch nach Fertigstellung der erwähnten neuen Schulhäuser übrig.

Ein Sonderzug zur Internationalen Vauschausestellung wird am nächsten Sonntag, den 21. d. M., von Berlin nach Leipzig abgehen werden. Abfahrt vom Anhalter Bahnhofe 7.35 vorm., Ankunft in Leipzig Hauptbahnhof 10.10 vorm. Rückfahrt Sonntagabend 11.10, Abfahrt in Berlin 1.35 nachts. Die Fahrpreise betragen je für Hin- und Rückfahrt: 3.00 M. (III.) und 4.40 M. (II. Klasse). Die Rückfahrt darf auch noch an den drei folgenden Tagen gegen Zulassung einer halben Fahrkarte derselben Klasse angetreten werden. Der Verkauf der Sonderfahrkarten findet bis Sonnabend 7 Uhr am Anhalter Bahnhof statt, falls die zur Verfügung stehenden Plätze nicht schon früher vergeben sind.

Die polizeiliche Kontrolle der Taubenbörse und Taubenböden, die zum ersten Male im vorigen Jahre stattfand und in diesem Jahre erneuert worden ist, hat in den Kreisen der Berliner Taubenzüchter starken Widerspruch herausgefordert. Angeblich sind es sanitäre Gründe, die zur verschärften Kontrolle geführt haben. Man glaubt aber in den beteiligten Kreisen, daß mit dieser Kontrolle vielleicht gar eine Hilfsaktion zugunsten der Steuerbehörde verknüpft ist. Nach einer Angabe von anscheinend sachverständiger Seite soll es in Berlin 5000 Züchter mit einer halben Million Individen geben. Sind doch dem Verband der Berliner Taubenzüchter nicht weniger als fast 40 Vereine angegeschlossen. In den Berliner Markthallen finden wir einige Stände, wo rein gewerbmäßig ausschließlich mit Tauben gehandelt wird. Weitere Zuchtstätten sind zahlreich, schon durch die gemalte Taube an der Schaufensterscheibe oder durch einen Taubenkäfig im Schaufenster kenntliche Gastwirtschaften, die vielfach noch die ausdrückliche Bezeichnung „Zur Taubenbörse“ führen. Hier wird aber in der Regel nicht von Gast zu Gast gehandelt, sondern der Gastwirt ist der Verkaufsvermittler mit einem minimalen Gewinn, der pro Stück 20 bis 30 Pf. gewöhnlich nicht überschreitet. Reinstaffige Tiere, die selten sind und Werte bis zu 300 M. repräsentieren, werden meist auf dem Wege der Vereine und der alljährlichen Tauben-ausstellungen gehandelt. Die Arten sind außerordentlich vielfältig. Allein die Berliner Spielarten umfassen Dutzende von Sorten mit charakteristischen Namen, die nur für den Kenner Bedeutung haben. Mit Vorliebe wird der Taubenzüchtersport in Arbeiterkreisen, auch in den Laubenkolonien, gepflegt. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, wie augenblicklich, müssen viele solche kleinen Züchter schweren Herzens ihre Taubenbestände, die nicht unerhebliche Futterkosten verursachen, verkaufen. Eine eingehendere Kontrolle der Taubenböden hat noch nicht stattgefunden, nur eine Feststellung ihrer Zahl. Dagegen sieht sich die Behörde die „Taubenbörsen“, also die Gastwirtschaften, in denen viele Arbeiter zusammenkommen, um ihre Erfahrungen auf dem Gebiete des Taubensports auszutauschen, mit recht auffällender Reugier an. Auf eine Anfrage, was die Kontrolle bedeuten sollte, hat das Polizeipräsidium geantwortet, daß die Erhebungen in den Taubenbörsen seitens der einzelnen Polizeireviere lediglich im öffentlichen gesundheitspolizeilichen Interesse der beteiligten Gastwirtschaften vorgenommen werden.

Der Reußländer Stichkanal, der vom Endpunkt des alten Reußländer Schiffahrtskanals bei der südlichen Gasanstalt nach dem

Teltowkanal geführt wird, ist jetzt im Rohbau nahezu fertig und auch schon fast auf seiner ganzen Strecke mit breitem Wasser gefüllt. Die neue Wasserlinie, die in einer guten Stunde be- gangen werden kann, weist nicht weniger als vier Brücken auf, die zwar schon den notwendigen Uebergang für Fußgänger ge- statten, aber noch nicht dem öffentlichen Verkehr übergeben sind. Die erste Brücke liegt dicht bei der Gasanstalt, wo auch schon ein mächtiger Laufkanal sich den neuen Wasserweg zuzumie- gemacht hat, die zweite und wichtigste gegenüber dem Säd- ringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße, die dritte bei der Köllnischen Allee, die vierte kurz vor der Einmündung in den Teltowkanal. Wogger sind allenthalben tätig und haben noch viel zu tun, das schmutzige Wasserbett zu vertiefen. Bis zum Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße ist ein eisernes Ufergitter aufgeführt, dahinter ist noch alles weit zurück. Die Brücken sind aus grauem Sandstein, in der Architektur äußerlich einfach, zeigen aber breiten Fahrbahnen. Die projektirte Uferpromenade auf der Treptower Seite läßt sich vorläufig erst denken. Koch ist hier alles Sandwässer. Es wird ungeheurer Arbeit, aber auch ungeheurer Kosten bedürfen, ehe mit der verbesserten Schifffahrt die übrige Ver- kehrsverbesserung einigermaßen mitkommt. Das Charakteristikum der ganzen Gegend ist ja bekanntlich die Laubenkolonie. Nirgends in der Berliner Umgebung hat diese Schöpfung des Volkes ähnlichen Umfang angenommen als auf den weitgedehnten Köllnischen Wiesen. Die vier Brücken über den Stichkanal sind also in weiser Voraus- sicht darauf berechnet, daß hier später eine großartige Bauaktivität einsetzt, die das Wiesen- und Laubengelände, also einen doppelt so großen Komplex als der Treptower Park, schließ- lich ganz ausfüllt. Die Verlängerungen der Karpfenteichstraße bis zur Reußländer Gasanstalt und der Treptower Parkstraße bis zum Sädbringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße dürften Hauptverkehrs- adern werden. An den breiten Sand- und Feldwegen zwischen den Laubenkolonien erkennt man schon heute die kommende Entwicklung und damit die bauliche Verbindung Reußlöns mit Treptow und Baumgartenweg. Ehe es aber soweit ist und den Laubenkolonien auf den Köllnischen Wiesen der Garau gemacht wird, kann noch eine Spanne Zeit vergehen.

Durch einstürzende Erdmassen verletzt wurde gestern der auf dem Grundstück der Norddeutschen Eiswerke, Köpenicker Straße, mit Aus- schachtungsarbeiten beschäftigte Bauarbeiter K. Der Verunglückte mußte infolge der erlittenen Verletzungen nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft werden.

Beim Rollschuhlaufen verunglückt ist gestern der 7-jährige Schüler Kurt Kutschmann. Der Knabe lief in der Alten Jakobstraße Roll- schuhe und versuchte an der Ecke der Schmiedstraße kurz vor einem in der Richtung nach der Frankfurter Allee fahrenden Straßenbahn- wagen der Linie 8 über das Gleis zu gelangen. Dabei blieb er mit einem Rollschuh in der Schienenrinne hängen und vermochte sich nicht zu befreien. Infolge der kurzen Entfernung konnte der Fahrer seinen Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen; der kleine K. geriet mit dem rechten Fuß unter den Schaugrahmen und erlitt einen Bruch des Oberschenfels. Durch Anheben des Wagens mittels der mitgeführten Binden wurde der Verunglückte befreit und nach der nahen eierlichen Wohnung gebracht. Nachdem ihm dort ein Kot- band angelegt worden war, wurde der Knabe nach dem Rudolf- Virchow-Krankenhaus geschafft.

Ein Betriebsunfall hat sich in der Fabrik von Vordardt, Kott- buser Ufer 40, zugetragen. Im Maschinenraum war der 20 Jahre alte Schlosser Bruno Höpner, Wassertorstr. 40 wohnhaft, damit be- schäftigt, einen Reibrücken auf ein Radfahren aufzulegen. Er stand dabei auf einer Ritze, die plötzlich umkippte. Höpner ab und fiel so unglücklich in eine Wiesenrinne hinein, daß diese sich ihm in den Körper einbohrte. Man schaffte den jungen Menschen schleunigst nach dem Krankenhaus Bethanien, wo die Verletzung schwere innere Verletzungen feststellten.

Das Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters bei Hoppoldt war, wie uns mitgeteilt wird, auch am Sonnabend wieder so über- füllt, daß die Besucher erneut unter dem Lärm von und erwählten Mühsand zu leiden hatten. Allgemein war man der Meinung, daß die mit dem Billettvertrieb betrauten Organe nicht die genügende Ueberacht über die Anzahl der zu verkaufenden Einlaßkarten haben können, denn anders wäre ein solcher Zustand nicht zu erklären.

Erhängt aufgefunden wurde am 15. d. M. in der Tegeler Heide ein 40—45 Jahre alter Mann, 1,70 Meter groß, von schlanker Statur, mittelblondes Haar, vorn glatte, mittelblonde Schnur- und Lockenart, hageres, längliches Gesicht, blaugraue Augen. — Bekleidung: schwarzer steifer Filzhut mit braunem Futter und Firma: E. Schenckend, Hamburg-Fimsbüttel, Gärtnerstr. 121, dunkelblau- gestreifter, guterhaltener Jackettanzug, schwarze Halbhausröhre, braune hellgestreifte Strümpfe, weißes Hemd, grz. R. weißes Hemd und Stehkragen, schwarzer Säckel (Sack), dunkle, weiß- gestreifte Hosenträger. — Die Leiche befindet sich in der Tegeler Leichenhalle. — Retogewesenen wollen sich im dortigen Amtsbureau — Zimmer 41 — oder auf der Polizeiwache melden.

Zum Bau der Nord-Süd-Bahn. Das Polizeipräsidium macht be- kannt: Wegen Einbaues der Panlebrücke und Rampensicherung auf der Nordseite der Spree wird der Schiffbauerdamm zwischen Schläter- steig und Weidendammer Brücke in vier Perioden, je nach dem Fort- schritt der Arbeiten, in diesen Tagen gesperrt, und zwar: 1. Periode. Schiffbauerdamm zwischen Straße am Jirkus und Albrechtstraße. 2. Periode. Schiffbauerdamm zwischen Schlätersteig und Zufahrts- straße zu Montis Operetten-Theater; ferner Albrechtstraße von Nr. 11 bis zum Schiffbauerdamm. 3. Periode. Schiffbauerdamm zwischen Weidendammer Brücke und Theaterzufahrts-Straße; ferner Straße am Jirkus und Jirkus-Schumann bis Schiffbauerdamm. 4. Periode. Schiffbauerdamm zwischen Straße am Jirkus und Albrechtstraße. Die Regelung der An- und Abfahrt, sowie die Auf- stellung der Fuhrwerke für Montis Operetten-Theater, bezw. Jirkus Schumann wird folgendermaßen geregelt: 1. Periode. Die Anfahrt der Wagen erfolgt nur durch den Schiffbauerdamm von der Albrecht- straße und Marschallbrücke. 2. Periode. Die Anfahrt der Wagen erfolgt nur durch den Schiffbauerdamm von der Weidendammer Brücke her. Die Abfahrt erfolgt in umgekehrter Richtung. Wagen- aufstellung: Unbestellte an der Häuserseite Schiffbauerdamm, Spitze vor Nr. 4. Bestellte an der Wasserseite in gleicher Höhe. 3. Periode. a) Für Montis Operetten-Theater. Die Anfahrt der Wagen erfolgt nur durch den Schiffbauerdamm von der Albrechtstraße und Marschall-Brücke her. Die Abfahrt der Wagen erfolgt durch die Straße am Jirkus nach der Karlstraße. b) Für den Jirkus Schumann. Die Anfahrt der Wagen erfolgt nur von der Karlstraße her. Die Abfahrt erfolgt durch die Jirkusdurchfahrt und die Straße am Jirkus nach der Karlstraße. Bestellte Wagen stellen sich vor dem Hause am Jirkus 9, Spitze nach Montis Operetten-Theater auf. 4. Periode. Die Anfahrt der Wagen erfolgt nur durch den Schiffbauerdamm von der Weidendammer Brücke her. Die Abfahrt erfolgt in umgekehrter Richtung: Wagenaufstellung: Unbestellte an der Häuserseite, Schiff- bauerdamm, Spitze vor Nr. 4. Bestellte an der Wasserseite in gleicher Höhe.

Der Männer-Gesangverein Gesundbrunnen Harmonie (Chor- meister Hermann Schulten) veranstaltet am Sonntag, den 21. Sept., im großen Saale der Brauerei Friedrichshain ein Konzert. Mit- wirkende: Konzert- und Operettensängerin Margarethe Blume (Kurfürsten-Oper), Berliner Kontrassaxophonist Orestes (Dirigent Musik- direktor Fritz Blume), am Flügel und Orgel: Fritz Blume. Anfang des Konzerts 5 Uhr. Billetts im Vorverkauf 50, an der Kasse 60 Pf. Nach dem Konzert: Ball bei großem Orchester.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelverun- reinerung hatte der Magistrat am Montag die dafür eingesetzte Deputation zusammengerufen. Die Verhandlungen standen unter dem Eindruck der großen Arbeitslosigkeit. Wäre eine Steigerung derselben mit Beginn des Winters zu befürchten, dann wäre die Sitzung schließlich für später anberaumt worden, da nach Mitteilung des zuständigen Dezerenten die Preise wichtiger Nahrungsmittel im Sinken begriffen seien. Für Fleisch treffe das ohne weiteres zwar nicht zu; im Gegen- teil: es sei zu befürchten, daß der Preis für Rindfleisch enorm an- ziehen werde. So aber wolle man auch in dieser Beziehung vor- beugend wirken.

Mit dem Bezug russischen Fleisches seien gute Erfahrungen gemacht worden, nur des Sommers wegen wurde derselbe unter- brochen. Ein in Höhe von einigen Tausend Mark entstandener Schaden lasse sich weit machen, wenn das unterbrochene Vertrags- verhältnis mit Berlin: Fleisch aus Rußland abzunehmen, wieder hergestellt und solches durch die Stadt verkauft werde. Der Wie- antrieb in Rußland sei groß, große Mengen Fleisch können insolge- dessen eingeführt werden; außerdem seien die Einrichtungen dafür noch vorhanden, so daß als jetzt gelte, daß das Fleisch bedeutend billiger wie hiesiges abgegeben werden könne.

Der Konsumgenossenschaft, der der Fleischverkauf übertragen worden war, wurden warme Worte der Anerkennung für ihre Tätig- keit ausgesprochen. Ursprünglich wurde in drei Läden verkauft, schließlich schon in sieben und da der Vertrag mit der Genossenschaft eine große Bewegungsfreiheit zuläßt, besteht die Garantie, daß erforderlichen Falles noch mehr Verkaufsstellen eingerichtet werden können.

Die Deputation beschloß, zunächst den Bezug von russischem Fleisch in die Wege zu leiten und den Verkauf desselben wieder dem Konsumverein zu übertragen. Sollten die Verhältnisse dazu zwingen, dann soll auch Vorkehrung getroffen werden, daselbst auf den einen oder anderen Wochenmarkt zu vertreiben.

Ferner soll der Schutzleistung größtmögliche Aufmerksam- keit gewidmet werden.

Schließlich sollen zwecks Errichtung einer zweiten Volksspei- sehalle im Nordwesten der Stadt die Verhandlungen weiter geführt werden.

Bemerkt sei noch, daß mit dem Verkauf wilder Kaninchen in den Seefischhandlungen in einigen Wochen begonnen werden soll.

### Schöneberg.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird von den Liberalen ein sonderbarer Trick angewendet. Jeder Wähler erhält einen Brief, in dem ein abgeschmacktes Loblied auf den liberalen Kandidaten gelungen wird; außerdem liegt eine an die Bezirksgröße V a m b e r g bezw. Rickalsti adressierte Karte bei mit dem Ersuchen, für den auf der Karte bezeichneten Kandidaten zu stimmen. Viele Wähler senden die Karte mit einem Ver- merk zurück, der teilweise die Meinung des Wählers wieder- gibt, anderenteils für den Empfänger nicht schmeichelt. Auf dem Rubert oben rechts wird die Nummer der Wählerliste vermerkt, ebenso auf der darin liegenden Karte. Auf dieser Nummer wird dann die Karte vorsichtig aufgelegt; kommt die Karte ohne Unter- schrift zurück, so kann der Abwender, der gleichzeitig Empfänger ist, sofort feststellen, wie der Wähler heißt, der den Vermerk ab- geschickt oder sonst eine Unterlassungsbefehle begangen hat. Es muß um beide Sorten Liberalismus sehr schlecht stehen, wenn zu der- artigen die Wähler beeinflussenden Mitteln gegriffen werden muß. Merkmale und besondere Kennzeichen spielen hierbei nur im wirt- schaftlichen Kampf eine Rolle; jetzt scheinen sich auch die Liberalen so unfaier Mittel im Kommunalwahlkampf bedienen zu wollen. Die beste Antwort der Wählerchaft ist, daß sie diesem Geschreibsel der Bezirksgrößen keine Beachtung schenken und am Tage der Wahl auf den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme ver- einigen.

### Friedenau.

Gewerbegerichtswahlen. Am Montag, den 22. September, von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, finden in unserem Ort die Wahlen zum Gewerbegericht in der Turnhalle des Gymnasiums, Handjerystraße 95/96 statt.

Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet und am Ort Wohnung oder Beschäftigung hat.

Als Ausweis der Arbeitnehmer genügt ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb des Gemeindebezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Die Anerkennung anderer Ausweise bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen.

Formulare zu den Vereinigungen werden im Gemeindebureau, Feuerstr. 8, Zimmer Nr. 2, unentgeltlich abgegeben.

Es ist nun Pflicht der am Ort beschäftigten und wohnhaften Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß die Beteiligung an der Wahl nichts zu wünschen übrig läßt, so daß wir eine glatte Wahl der Liste der freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben.

### Neußölln.

Zur Vorbereitung der Delegiertenwahlen für die Reußlöner Handwerkerkassenklasse finden zwei große öffentliche Mitglieder- versammlungen statt, und zwar: Donnerstag, den 18. September, abends 7/8 Uhr in der „Neuen Philharmonie“ zu Berlin, Köpenicker Straße 96 und Freitag, den 26. September, abends 7/8 Uhr in den „Bürgerhäusern“ zu Reußölln, Bergstr. 142.

In beiden Versammlungen sollen nach Erörterung der Frage: „Was ist zu tun, um unsere Kassenklasse zu einem segensreichen Institut auszubauen?“ die Kandidaten für die bevorstehenden Delegiertenwahlen aufgestellt werden. Im Interesse der Order- führung geordneter Zustände sind diese Wahlen von außerordent- licher Wichtigkeit, der Besuch der angelegten Versammlungen daher dringend zu empfehlen.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich der 60 Jahre alte Fabrikant Gr. aus der Thüringer Straße 17. Vorgefunden fand man ihn in seinem Privatkontor tot auf. Er hatte den Gasbehälter geöffnet, und der ganze Raum war mit Gas angefüllt. Wiederbelebungsversuche, die ein Arzt anstellte, blieben erfolglos. Die Ursache der Tat soll in geschäftlichen Mißverhältnissen zu suchen sein.

Heute abend 8 1/2 Uhr spricht bei Wariß, Hermannstr. 49, in der Jugendsektion Genosse Fritz Carl über: „Kapitalkonzentration“. Nachdem Diskussion und Verschiedenes. Der Referent wird die Entwicklungsformen und Ausprägungen des Kapitalismus eingehend darlegen. Da die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung letzten Endes der Ausgang der elenden Lage des Volkes ist, ist es Pflicht der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, diese Versammlung zu be- suchen.

### Ober-Schönebeide.

Die Schließung der katholischen Volksschule hat sich aus Anlaß der Erkrankung des Schuldieners an Diphtherie notwendig gemacht. Es wird inzwischen eine umfassende Desinfizierung des ganzen Ge- bäudes vorgenommen, um nach einigen Tagen den Schulbetrieb wieder aufzunehmen.

In den letzten Tagen sind wieder mehrere Fälle dieser Erkrankung im Orte vorgekommen.

Der besoldete Schiffe Dr. Kühn, der sein Amt noch nicht lange verwaltet, wird seine Dienste am Orte aufgeben, da er zum Bürger- meister in Schneide gewählt ist.







